**Landwirtschaft und Lebensmittelversorgungskette - unlautere Handelspraktiken in Geschäftsbeziehungen**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Richtlinie (EU) 2019/633 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019L0633)

**WAS IST DER ZWECK DIESER RICHTLINIE?**

* Sie legt eine Mindestliste **unlauterer Handelspraktiken fest, die**in den Beziehungen zwischen Käufern und Lieferanten in der Lieferkette für Landwirtschaft und Lebensmittel verboten sind, und legt Mindestregeln für die Anwendung dieser Verbote fest.
* Ziel ist es, große Unternehmen daran zu hindern, kleine und mittlere Lieferanten aufgrund ihrer schwächeren Verhandlungsmacht auszubeuten, und zu verhindern, dass die Kosten dieser Praktiken auf die Primärproduzenten fallen.

**WICHTIGE PUNKTE**

Diese Regeln schützen kleine und mittlere Lieferanten sowie größere Lieferanten, deren Jahresumsatz 350 Millionen Euro nicht überschreitet . Der Schutz basiert auf der relativen Größe von Lieferant und Käufer in Bezug auf den Jahresumsatz. Diese Lieferanten sind in 5 Umsatzunterkategorien unterteilt :

* bis zu 2 Millionen Euro;
* zwischen 2 und 10 Millionen Euro;
* zwischen 10 und 50 Millionen Euro;
* zwischen 50 und 150 Millionen Euro; und
* zwischen 150 und 350 Millionen Euro.

**Verbot unlauterer Geschäftspraktiken**

Die Richtlinie verbietet unter allen Umständen die folgenden **unlauteren Geschäftspraktiken**:

* die [Zahlung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:mi0074) über einen Zeitraum von 30 Tagen für landwirtschaftliche und verderbliche Lebensmittel hinaus;
* die Zahlung über einen Zeitraum von 60 Tagen hinaus an andere landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel;
* die kurzfristigen Stornierungen für verderbliche Agrar- und Lebensmittelprodukte;
* die einseitigen Änderungen der Bedingungen eines Liefervertrags durch den Käufer;
* Die vom Käufer geforderten Zahlungen beziehen sich nicht auf den Verkauf von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen.
* die Zahlungen, die der Käufer für die Beschädigung oder den Verlust von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen verlangt, wenn diese Verschlechterung oder dieser Verlust nicht auf Fahrlässigkeit oder Verschulden des Lieferanten zurückzuführen ist;
* die Weigerung des Käufers, einen Liefervertrag trotz Aufforderung des Lieferanten schriftlich zu bestätigen;
* rechtswidrige Verwendung der Geschäftsgeheimnisse des Lieferanten durch den Käufer;
* die kommerziellen Vergeltungsmaßnahmen des Käufers gegen den Lieferanten, wenn der Lieferant seine vertraglichen oder gesetzlichen Rechte ausübt;
* die Entschädigungskosten, die durch die Prüfung des Zusammenhangs Kundenbeschwerden mit dem Verkauf von Produkten durch den Lieferanten entstehen, obwohl der Lieferant keine Fahrlässigkeit oder kein Verschulden begangen hat.

Die Richtlinie verbietet die folgenden **unlauteren Geschäftspraktiken**, es sei denn, sie wurden zuvor vom Lieferanten und vom Käufer klar und eindeutig **vereinbart**:

* die Rückgabe nicht verkaufter Agrar- und Lebensmittelprodukte durch den Käufer an den Lieferanten, ohne für diese nicht verkauften Produkte oder ohne die Entsorgung solcher Produkte oder beides zu bezahlen;
* die Verpflichtung des Lieferanten, eine Zahlung für die Lagerung, Anzeige, Referenzierung oder Bereitstellung seiner Agrar- und Lebensmittelprodukte auf dem Markt zu leisten;
* die Aufforderung des Käufers an den Lieferanten, die Kosten zu tragen, die mit Preisnachlässen für Agrar- und Lebensmittelprodukte verbunden sind, die der Käufer im Rahmen von Werbemaßnahmen verkauft;
* die Aufforderung des Käufers an den Lieferanten, die Werbung oder Vermarktung des Käufers für Agrar- und Lebensmittelprodukte zu bezahlen;
* die Abrechnung mit dem Lieferanten durch den vom Personal verantwortlichen Käufer, um die Räumlichkeiten für den Verkauf der Produkte durch den Lieferanten zu arrangieren.

**Beschwerden und Vertraulichkeit**

Die Länder der Europäischen Union (EU) benennen **nationale Durchsetzungsbehörden**. Lieferanten können Beschwerden an die Vollzugsbehörde in ihrem eigenen Land oder an das Land des Käufers richten, der im Verdacht steht, eine illegale Handelspraxis zu betreiben.

Auf Ersuchen muss die Durchsetzungsbehörde die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um einen angemessenen Schutz der Identität des Beschwerdeführers und aller anderen Informationen zu gewährleisten, deren Offenlegung den Interessen des Beschwerdeführers oder der Lieferanten schaden würde.

**Befugnis der Vollzugsbehörden**

Die Durchsetzungsbehörden müssen über ausreichende Befugnisse und Fachkenntnisse verfügen, um:

* Ermittlungen einleiten und durchführen;
* Informationen von Käufern und Lieferanten verlangen ;
* führen unangekündigte Inspektionen vor Ort;
* gegebenenfalls anordnen , dass eine verbotene Praxis aufhört;
* Bußgelder und andere gleichermaßen wirksame Sanktionen verhängen und vorläufige Maßnahmen gegen den Täter ergreifen;
* Entscheidungen veröffentlichen.

EU-Länder können den freiwilligen Einsatz wirksamer und unabhängiger ADR-Mechanismen fördern.

Die EU-Länder stellen sicher, dass die Durchsetzungsbehörden effektiv miteinander und mit der Kommission zusammenarbeiten und bei Ermittlungen mit grenzüberschreitender Dimension gegenseitige Unterstützung leisten.

Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) wird von dem unterstützt [Ausschuß für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/agriculture/committees/cmo_fr) durch die Verordnung (EU) Nr etabliert o1308/2013 (Synthese siehe [die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte in der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:0302_1) ).

**SEIT WANN GILT DIESE RICHTLINIE ?**

Sie muss spätestens bis zum 1. Mai 2021 in das nationale Recht der EU-Länder aufgenommen werden . Die EU-Länder müssen die Maßnahmen ab dem 1. November 2021 anwenden .

**KONTEXT**

Siehe auch:

* [Die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken in der Landwirtschafts- und Lebensmittelversorgungskette](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/key_policies/documents/brochure-utp-directive_en.pdf) ( *Europäische Kommission*).

**HAUPTDOKUMENT**

Richtlinie (EU) [2019/633](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019L0633) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über unlautere Geschäftspraktiken in den Geschäftsbeziehungen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 59-) 72)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Richtlinie (EU) [2016/943](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32016L0943) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 zum Schutz von nicht bekannt [gegebenem](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32016L0943) Know-how und Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb, Verwendung und Offenlegung (ABl. L 157 vom 15.6.2016) S. 1-18)

Verordnung (EU) Nr o[1308/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1308) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) o922/72, (EWG) o234/79, (EG) o1037/2001 und (EG) o1234/2007 (ABl L 347 vom 20.12.2013, S.. 671-854)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EU) Nr o1308/2013 wurden in das Originaldokument aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1308-20190101) hat nur dokumentarischen Wert.

Richtlinie 2011/7 [/ EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32011L0007) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug bei Handelsgeschäften (ABl. L 48 vom 23.2.2011, S. 1-10)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02011L0007-20110315) .

letzte Aktualisierung 29.08.2019

**Audiovisuelle Mediendienste - Richtlinie (RBL)**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Audiovisuelle Mediendienste - Richtlinie 2010/13 / EU ( über audiovisuelle Mediendienste - Richtlinie )](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32010L0013)

**WAS IST DER ZWECK DIESER RICHTLINIE?**

Ziel ist es, einen Binnenmarkt für audiovisuelle Mediendienste [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:am0005%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) in der Europäischen Union (EU) zu schaffen und dessen ordnungsgemäße Funktionsweise sicherzustellen, während gleichzeitig zur Förderung der kulturellen Vielfalt und zur Gewährleistung eines angemessenen Verbraucherschutz- und Kinderschutzniveaus beigetragen wird.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Europäische Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste ( AVMS- Richtlinie ) regelt die EU-weite Koordinierung der nationalen Gesetze für alle audiovisuellen Medien, ob traditionelle Fernsehsendungen oder Rundfunkdienste. Audiovisuelle Medien auf Anfrage [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:am0005%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) .

Mit der Richtlinie (EU) [2018/1808 wird](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32018L1808) die [AVMS-](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32018L1808) Richtlinie im Rahmen der Strategie für den digitalen Binnenmarkt [geändert](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32018L1808) und aktualisiert , um:

* Ausweitung bestimmter audiovisueller Regeln auf Videoplattformen sowie auf audiovisuelle Inhalte, die auf bestimmten Social-Media-Diensten geteilt werden;
* Lockerungsbeschränkungen im Fernsehen;
* Stärkung der Förderung europäischer Inhalte;
* Kinder schützen und Hassreden wirksamer bekämpfen;
* Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden.

Die EU-Länder müssen die **Empfangsfreiheit**gewährleisten und die Übertragung audiovisueller Medien aus anderen EU-Ländern nicht behindern. Strengere Regeln als die in dieser Richtlinie festgelegten können von Ländern unter bestimmten Umständen und nach bestimmten Verfahren angewendet werden. Die nationalen Behörden sollten die Co-Regulierung und Selbstregulierung durch **nationale Verhaltenskodizes**fördern .

**Werbung**

Audiovisuelle Werbung muss als solche leicht erkennbar sein und darf nicht:

* benutze unterschwellige Techniken;
* tragen Angriff auf die Würde des Menschen;
* jede Art von Diskriminierung einbeziehen oder fördern;
* gesundheits- oder sicherheitsschädliches Verhalten fördern ;
* Verhalten fördern , das den Umweltschutz ernsthaft beeinträchtigt.

Audiovisuelle Werbung ist verboten :

* Förderung von Zigaretten und anderen Tabakerzeugnissen sowie von elektronischen Zigaretten und Nachfüllflaschen;
* Förderung alkoholischer Getränke, die sich speziell an Minderjährige richten, oder Förderung des übermäßigen Konsums solcher Getränke unter einer Reihe von Beschränkungen;
* Förderung von verschreibungspflichtigen Medikamenten oder medizinischen Behandlungen;
* Ausnutzung der Unerfahrenheit von Minderjährigen, ihrer Leichtgläubigkeit oder des besonderen Vertrauens, das sie in Erwachsene haben, oder Präsentation von Minderjährigen ohne Grund in gefährlichen Situationen.

Sponsoring und Produktplatzierung werden ebenfalls durch zusätzliche Anforderungen abgedeckt. Darüber hinaus haben Fernsehsender eine größere Flexibilität in Bezug auf die Werbezeit mit einer neuen Grenze von 20 % für den Zeitraum zwischen 6 und 18 Uhr sowie zwischen 18 Uhr und Mitternacht.

**Kinderschutz**

Die EU-Länder müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Programme, die "die körperliche, geistige oder moralische Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen" können, nur unter Bedingungen zur Verfügung gestellt werden, unter denen Minderjährige sie normalerweise nicht nutzen können. Sie können sie hören oder sehen, insbesondere durch die Wahl der Zeitpunkt des Programms, Verwendung von Werkzeugen zur Überprüfung des Alters oder andere technische Maßnahmen im Verhältnis zu den Schäden, die das Programm verursachen könnte. Die schädlichsten Inhalte wie Pornografie und unentgeltliche Gewalt unterliegen den strengsten Maßnahmen.

Minderjährige profitieren auch von einem höheren Maß an Online- Schutz : Video-Sharing-Plattformen müssen daher Maßnahmen ergreifen, um sie vor schädlichen Inhalten zu schützen.

Produktplatzierung ist auch bei Programmen für Kinder verboten. In Bezug auf Werbung für Kinder, die Lebensmittel und Getränke mit hohem Fett-, Salz- und Zuckergehalt unangemessen fördern, sollten die EU-Länder durch Verhaltenskodizes die Anwendung von Selbstregulierung und Co-Regulierung fördern.

**Hassrede**

Audiovisuelle Mediendienste dürfen keine Anstiftung zu Gewalt oder Hass gegen eine Gruppe von Menschen oder ein Mitglied einer Gruppe enthalten und auf Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, ethnischer oder sozialer Herkunft, genetischen Merkmalen, Sprache, Religion oder Weltanschauung beruhen , politische oder sonstige Meinung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Vermögen, Geburt, Behinderung, Alter, sexuelle Orientierung oder Nationalität gemäß [Artikel 21 der EU-Grundrechtecharta](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://fra.europa.eu/fr/charterpedia/article/21-non-discrimination) .

Jede öffentliche Provokation zur Begehung einer [terroristischen Straftat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4322328) ist ebenfalls verboten.

**Barrierefreiheit**

Die Anbieter sollten kontinuierlich und schrittweise daran arbeiten, die Zugänglichkeit ihrer Dienste für Menschen mit Behinderungen zu verbessern, und werden aufgefordert, Aktionspläne zu entwickeln, um dies zu erreichen.

Die EU-Länder sollten einen Online-Ansprechpartner benennen, der Informationen bereitstellt und Beschwerden zu Zugänglichkeitsproblemen entgegennimmt. Notfallinformationen, die der Öffentlichkeit über audiovisuelle Mediendienste zur Verfügung gestellt werden, insbesondere bei Naturkatastrophen, sollten auf eine Weise bereitgestellt werden, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich ist.

**Video teilen**

Dienstleister für Video-Sharing-Plattformen [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:am0005%26from%3DEN%23keyterm_E0003#keyterm_E0003) müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um einerseits Minderjährige vor Inhalten zu schützen, die ihre körperliche, geistige oder moralische Entwicklung beeinträchtigen könnten, und andererseits die breite Öffentlichkeit vor Anstiftung zu Gewalt oder Hass oder öffentliche Provokation, um eine terroristische Straftat zu begehen.

Diese Maßnahmen umfassen unter anderem:

* die Mechanismen für Benutzer, um einen nicht konformen Inhalt zu melden, und wirksame Verfahren für den Umgang mit Beschwerden von Benutzern;
* von Maßnahmen und Bildungsinstrumenten für wirksame Medien und die Sensibilisierung der Nutzer für diese Maßnahmen und Instrumente.

In Bezug auf Beschränkungen für Werbung und andere Arten von Inhalten haben Anbieter von Videoplattformplattformen die gleichen Verpflichtungen wie Anbieter von audiovisuellen Diensten, da sie nur begrenzte Kontrolle über die Werbung auf ihren Websites ausüben können. Plattformen, für die sie nicht verantwortlich sind, verkaufen oder organisieren.

**Förderung europäischer und unabhängiger Werke**

On-Demand-Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten müssen sicherstellen, dass ihre Kataloge einen Anteil von mindestens 30 % an europäischen Werken enthalten und dass sie ausreichend präsentiert werden.

**SEIT WANN GILT DIESE RICHTLINIE ?**

Die ursprüngliche AVMS- Richtlinie ist seit dem 5. Mai 2010 in Kraft . Die durch die Richtlinie (EU) 2018/1808 eingeführten Änderungen gelten seit dem 18. Dezember 2018 und müssen spätestens am 19. September 2020 in EU-Ländern rechtskräftig sein.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Audiovisuelle Mediendienste](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/digital-single-market/en/audiovisual-media-services-directive-avmsd) (AVMD) [Richtlinie](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/digital-single-market/en/audiovisual-media-services-directive-avmsd) ( *Europäische Kommission*)
* [Digitaler Binnenmarkt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/commission/priorities/digital-single-market_fr) ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Audiovisueller Mediendienst :**Dienst, der der Öffentlichkeit unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendienstleisters Programme zur Verfügung stellt, die dazu bestimmt sind, über elektronische Kommunikationsnetze auf Anfrage oder per Rundfunk zu informieren, zu unterhalten oder aufzuklären.

**Audiovisueller Mediendienst auf Abruf:**Ein audiovisueller Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter zum Anzeigen von Programmen zum vom Benutzer gewählten Zeitpunkt und auf individuelle Anfrage basierend auf einem vom Anbieter von Mediendiensten ausgewählten Programmkatalog bereitgestellt wird.

**Video-Sharing-Plattform-**Service **:**Ein Service-Angebot für die Öffentlichkeit, Programme oder Videos oder beides, die vom Benutzer erstellt wurden und nicht unter der redaktionellen Verantwortung des Anbieters der Video-Sharing-Plattform stehen, um zu informieren, zu unterhalten oder aufzuklären. über elektronische Kommunikationsnetze, deren Organisation vom Anbieter der Video-Sharing-Plattform festgelegt wird, wobei insbesondere automatische Mittel oder Algorithmen, insbesondere Anzeige, Markup und Sequenzierung, verwendet werden.

**HAUPTDOKUMENT**

Richtlinie [2010/13 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32010L0013) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 über die Koordinierung bestimmter Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsbestimmungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Erbringung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L. 95, 15.4.2010, S. 1-24)

Nachfolgende Änderungen der Richtlinie 2010/13 / EG wurden in das Originaldokument aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02010L0013-20181218) hat nur dokumentarischen Wert.

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Richtlinie (EU) [2017/541](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex%253A32017L0541) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475 / JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671 / JI des Rates (ABl. L 88 vom 31.3. 2017, S. 6-21)

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt in Europa“ ( [KOM (2015) 192](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0192) endg. Vom 6.5.2015)

[Charta der Grundrechte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12012P/TXT) der Europäischen Union (ABl. C 326 vom 26.10.2012, S. 391-407)

Richtlinie [2002/21 / EG](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32002L0021) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste ("Rahmenrichtlinie") (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 33-50)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02002L0021-20091219) .

letzte Änderung **Die Beiträge der EU-Länder zum EU-Haushalt**

Die Europäische Union (EU) hat Regeln für die Modalitäten und Verfahren festgelegt, die von den EU-Ländern für ihre Beiträge zum EU- [Haushalt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/budget.html) einzuhalten sind , die [die Eigenmittel der EU darstellen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/community_own_resources.html) .

**HANDLUNG**

Verordnung (EU, Euratom) Nr o[609/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R0609) des Rates vom 26. Mai 2014 über die Regeln und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen Eigenmittel, die Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer und das Eigenmittel auf Basis von BNE und Maßnahmen zu treffen Cashflow Bedürfnisse

**SYNTHESE**

Die Europäische Union (EU) hat Regeln für die Modalitäten und Verfahren festgelegt, die von den EU-Ländern für ihre Beiträge zum EU- [Haushalt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/budget.html) einzuhalten sind , die [die Eigenmittel der EU darstellen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/community_own_resources.html) .

**WAS IST DAS GEGENSTAND DIESER VERORDNUNG?**

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| - - | Sie definiert die Regeln für die Modalitäten und Verfahren, die die EU-Länder einhalten, um der Europäischen Kommission die eigenen Ressourcen der EU zur Verfügung zu stellen. Eigene Ressourcen stellen **den Hauptteil der Einnahmen dar, die den EU-Haushalt finanzieren, und umfassen:**   |  |  | | --- | --- | | - - | die Einfuhrzölle aus Drittländern und die Steuern auf die Zuckerproduktion in der EU; |  |  |  | | --- | --- | | - - | die Einnahmen aus einem Anteil an der [Steuer auf](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l31057)Wertsteuern (MwSt) von EU - Ländern gesammelt; |  |  |  | | --- | --- | | - - | die Einnahmen aus dem Bruttonationaleinkommen \* (BNE) jedes EU-Landes. | |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Außerdem werden die Maßnahmen definiert, um gegebenenfalls die Cashflow-Anforderungen (d. H. Die Cashflow-Anforderungen) zu erfüllen. |

**WICHTIGE PUNKTE**

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Eigene Ressourcen müssen der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt werden, damit sie die im Haushaltsplan vereinbarten erforderlichen Zahlungen leisten kann. |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Die EU-Länder müssen Geschäftsbücher und Unterlagen über die von ihnen gesammelten Eigenmittel führen und diese jederzeit der Kommission vorlegen können. |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Jedes EU-Land muss seine eigenen Ressourcen dem zu diesem Zweck im Namen der Kommission eröffneten Konto bei seinem Finanzministerium oder bei der von ihm benannten Stelle gutschreiben. |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | EU-Länder müssen getrennte Konten für nicht eingezogene Zölle führen. Sie müssen Informationen zu dieser Rechnungslegung bereitstellen und der Kommission vierteljährliche Erklärungen vorlegen. Auf diese Weise ist die Kommission in der Lage, die Maßnahmen der EU-Länder bei der Rückgewinnung dieser eigenen Ressourcen zu überwachen, insbesondere derjenigen, die durch Betrug und Unregelmäßigkeiten verursacht werden. |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Um in allen Fällen die Finanzierung des Unionshaushalts zu gewährleisten, stellen die EU-Länder der EU in Form von konstanten Zwölftel pro Monat die im Haushalt vorgesehenen Eigenmittel zur Verfügung. Sie können anschließend die so zur Verfügung gestellten Beträge auf der Grundlage der tatsächlichen Grundlage der eigenen Ressource auf der Grundlage der Mehrwertsteuer und der entsprechenden Änderungen des BNE anpassen, sobald diese vollständig bekannt sind. |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Die Auswirkungen von Änderungen der BNE-Daten nach Ende eines jeden Geschäftsjahres auf die Finanzierung von Bruttominderungen (Kürzungen einiger Beiträge auf der Grundlage des BNE der EU-Länder) sollten geklärt werden. |

**WANN GILT DIESE VERORDNUNG ?**

Seit dem 1. stJanuar 2014.

**KONTEXT**

Verordnung (EU, Euratom) Nr o[609/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R0609) ist eine der drei Klagen Komponentenpaket gemeinhin als „Eigenmittel“ im Zusammenhang mit dem [mehrjährigen Finanzrahmen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/multiannual_financial_framework.html) der EU - dem EU - Haushalt für den Zeitraum 2014- 2020. Die anderen beiden Akte in diesem Paket sind:

|  |  |
| --- | --- |
| - - | Beschluss [2014/335 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:0601_3) des Rates [, Euratom](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:0601_3) vom 26. Mai 2014 über das System der Eigenmittel der Europäischen Union |

|  |  |
| --- | --- |
| - - | der [Verordnung (EU, Euratom) Nr o608/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:0601_4) des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung von Maßnahmen des Eigenmittelsystems der Europäischen Union umzusetzen. |

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/budget/mff/resources/index_fr.cfm) der [Europäischen Kommission zu EU-Eigenmitteln](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/budget/mff/resources/index_fr.cfm) .

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**\* Bruttonationaleinkommen (BNE ):**Die Summe des Einkommens der Einwohner einer Volkswirtschaft während eines bestimmten Zeitraums.

**VERWEISE**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **Handlung** | **In Kraft treten** | **Datum der Bewerbung** | **Frist für die Umsetzung in den Mitgliedstaaten** | **Offizielle Zeitung** |
| Verordnung (EU, Euratom) Nr o[609/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R0609) | Mit dem Beschluss [2014/335 / EU, Euratom](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0335) des Rates | 1.1.2014 | - - | [ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 1. 39-52](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:OJ.L_.2014.168.01.0039.01.FRA) |

**VERWANDTE RECHTSAKTE**

Beschluss [2014/335 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0335) des Rates [, Euratom](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0335) vom 26. Mai 2014 über das System der Eigenmittel der Europäischen Union ( [ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105-111](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:OJ.L_.2014.168.01.0105.01.FRA) )

Verordnung (EU, Euratom) Nr o[608/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R0608) des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung von Maßnahmen des Eigenmittelsystems der Europäischen Union Durchführung ( [ABl L 168 vom 2014.06.07, Seite 29-38](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:OJ.L_.2014.168.01.0029.01.FRA) )

letzte Aktualisierung 16.09.2015

17.05.2019

**Leitlinien zum Konzept der Beeinträchtigung des Handels**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Leitlinien zum Konzept der Auswirkungen auf den Handel mit den Artikeln 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52004XC0427%252806%2529)

**WAS IST DER ZWECK DIESER RICHTLINIEN?**

* Der [Artikel 101](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E101) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) [frühen Artikel 81 des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft (EGV)] verbietet Vereinbarungen [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l26113%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) und Praktiken , die die Wirkung der Verhinderung, Einschränkung oder das Spiel zu verzerren Wettbewerb (vertikale [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l26113%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) und horizontale [\* Vereinbarungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l26113%26from%3DEN%23keyterm_E0003#keyterm_E0003) ) mit bestimmten Ausnahmen (in Absatz 3 angegeben).
* Der [Artikel 102](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E102) AEUV (ex Artikel 82 AEUV ) verbietet den Missbrauch durch Unternehmen, die eine beherrschende Stellung innehaben.
* Die beiden Artikel gelten nur, wenn festgestellt werden kann, dass die Vereinbarungen und Praktiken **den Handel zwischen Ländern der Europäischen Union (EU) *wesentlich*beeinflussen**können .
* Diese Leitlinien der [Europäischen Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) zielen darauf ab, die Methodik für die Anwendung des Konzepts der **Beeinträchtigung des Handels**zwischen EU-Ländern in Bezug auf Wettbewerbsfälle zu erläutern und festzulegen und damit die Rechtsprechung des [Gerichtshofs der Europäischen Union widerzuspiegeln](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_court_justice.html) .

**WICHTIGE PUNKTE**

* In Bezug auf **Artikel 101 AEUV**kann das gesamte Abkommen zwar den Handel zwischen EU-Ländern beeinträchtigen, das EU-Recht gilt jedoch für das gesamte Abkommen, einschließlich seiner Teile, die für sich genommen den Handel zwischen EU-Ländern nicht beeinträchtigen. Wenn die vertraglichen Beziehungen zwischen denselben Parteien mehrere Aktivitäten umfassen, müssen diese Aktivitäten, um Teil desselben Abkommens zu sein, in direktem Zusammenhang stehen und Teil desselben gesamten Handelsabkommens sein. Wenn nicht, stellt jede Aktivität eine separate Vereinbarung dar.
* Im Fall von **Artikel 102 AEUV**muss der Missbrauch den Handel zwischen EU-Ländern beeinträchtigen. Das Verhalten, das Teil einer allgemeinen Strategie des marktbeherrschenden Unternehmens ist, muss im Hinblick auf seine Gesamtwirkung bewertet werden. Wenn ein Unternehmen in einer beherrschenden Stellung verschiedene Praktiken anwendet, um dasselbe Ziel zu verfolgen (z. B. Praktiken zur Ausschaltung oder Verdrängung von Wettbewerbern), reicht es aus , wenn Artikel 102 auf alle Praktiken anwendbar ist, die Teil dieses Allgemeinen sind Strategie, dass mindestens einer von ihnen wahrscheinlich den Handel zwischen EU-Ländern beeinträchtigen wird.
* Die Leitlinien konzentrieren sich auf drei Hauptaspekte und zielen darauf ab, Folgendes zu klären:
  + das **Konzept des Handels zwischen EU-Ländern**, das nicht auf den traditionellen grenzüberschreitenden Handel mit Produkten und Dienstleistungen beschränkt ist. Es hat einen breiteren Anwendungsbereich, der alle internationalen Wirtschaftstätigkeiten einschließlich der Niederlassung [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l26113%26from%3DEN%23keyterm_E0004#keyterm_E0004) abdeckt . Das Konzept geht davon aus, dass sich dies auf grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten auswirken muss, an denen mindestens (Teile von) zwei EU-Ländern beteiligt sind.
  + Der Begriff **"wahrscheinlich betroffen"**hat die Aufgabe, die Art der erforderlichen Auswirkungen auf den Handel zwischen EU-Ländern zu definieren. Nach dem vom Gerichtshof entwickelten Standardtest muss es möglich sein , auf der Grundlage einer Reihe objektiver rechtlicher oder tatsächlicher Elemente mit **hinreichender Wahrscheinlichkeit**davon auszugehen, dass die Vereinbarung oder die Praxis einen Einfluss ausüben kann direkt oder indirekt, tatsächlich oder potenziell, auf Handelsströme zwischen EU-Ländern. Wenn die Vereinbarung oder Praxis wahrscheinlich die Struktur des Wettbewerbs in der EU beeinflusst, fällt die Angelegenheit unter EU-Recht.
  + das Konzept der **"Sensibilität"**: Das Kriterium der Auswirkung auf den Handel enthält ein **quantitatives Element,**das die Anwendbarkeit des EU-Rechts auf Vereinbarungen und Praktiken beschränkt, die voraussichtlich Auswirkungen in einem bestimmten Ausmaß haben werden. Die Sensitivität kann insbesondere in Bezug auf die Position und Bedeutung der betroffenen Unternehmen auf dem Markt für die betreffenden Produkte beurteilt werden. Diese Beurteilung hängt von den Umständen des Einzelfalls ab, insbesondere von der Art der Vereinbarung oder Praxis, der Art der betreffenden Produkte und der Marktposition der betreffenden Unternehmen.
* Nach Ansicht der Kommission können die Abkommen den Handel zwischen EU-Ländern grundsätzlich **nicht**wesentlich beeinträchtigen, wenn zwei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind :
  + Der **Gesamtmarktanteil**der Parteien auf einem relevanten EU-Markt beträgt höchstens 5 %. und
  + in dem Fall von **horizontalen Vereinbarungen**, der **durchschnittliche Jahresumsatz**erreicht von Unternehmen mit der betreffenden Waren nicht über 40 Millionen Euro. Im Fall von **vertikalen Vereinbarungen**, die **erzielte Gesamtumsatz des Lieferanten**mit den betroffenen Produkten nicht mehr als 40 Millionen Euro.
* Die Leitlinien enthalten eine Analyse der verschiedenen Formen von Vereinbarungen und Praktiken, die Informationen darüber liefern, wie das Konzept der Handelsbeeinträchtigung in der Praxis angewendet werden sollte.
* Das Handelsauswirkungskriterium ist ein autonomes Kriterium des EU-Rechts mit Zuständigkeitscharakter. Sie wird jeweils getrennt und getrennt von der Beurteilung der Wettbewerbsbeschränkung bewertet.

**SEIT WANN GELTEN DIESE RICHTLINIEN ?**

Sie haben sich seit dem 27. April 2004 beworben .

**KONTEXT**

Siehe auch:

* [Kartellrecht - Überblick](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/competition/antitrust/overview_en.html) ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Kartell:**Eine Gruppe ähnlicher, aber unabhängiger Unternehmen, die ihre Bemühungen kombinieren, um Preise festzusetzen, die Produktion zu begrenzen oder Märkte oder Kunden zu teilen.

**Vereinbarungen vertikal:**Vereinbarungen zwischen Unternehmen auf verschiedene Ebenen der Lieferkette tätig ist , zum Beispiel , wenn ein Unternehmen an die zweiten Produktionsmaterialien zur Verfügung stellt.

**Vereinbarungen horizontal:**Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern.

**Gründung:**Die Freiheit von Unternehmen (ob Selbständige, liberale Berufe oder juristische Personen wie Unternehmen), die legal in einem EU-Land tätig sind, eine wirtschaftliche Tätigkeit in einem stabilen und kontinuierlichen Rahmen in einem anderen EU-Land auszuüben.

**HAUPTDOKUMENT**

[Mitteilung der Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52004XC0427%252806%2529) mit [dem](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52004XC0427%252806%2529) Titel „Leitlinien zum Konzept der Auswirkungen auf den Handel mit den Artikeln 81 und 82 des Vertrags“ (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81-96)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Dritter Teil - Interne Politiken und Maßnahmen der Union - Titel VII - Gemeinsame Regeln für Wettbewerb, Besteuerung und Angleichung von Gesetzen - Kapitel 1 - Wettbewerbsregeln - Abschnitt 1 - Anwendbare Regeln an Unternehmen - [Artikel 101](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E101) (ex Artikel 81 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 88-89)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Dritter Teil - Interne Politiken und Maßnahmen der Union - Titel VII - Gemeinsame Regeln für Wettbewerb, Besteuerung und Angleichung von Gesetzen - Kapitel 1 - Wettbewerbsregeln - Abschnitt 1 - Anwendbare Regeln an Unternehmen - [Artikel 102](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E102) (ex Artikel 82 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 89)    

Verordnung (EG) n o[1/2003](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32003R0001) vom 16. Dezember 2002 über die Durchführung der Wettbewerbsregeln der Artikel 81 und 82 EG - Vertrag (ABl L 1 vom 4.1.2003, S.. 1-25)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EG) n o1/2003 wurden in das Originaldokument aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02003R0001-20090701) hat nur dokumentarischen Wert.

letzte Aktualisierung 29.05.2020

**Stärkung der Verbraucherrechte und Förderung des Vertrauens**

Das Verbrauchervertrauen ist ein wesentliches Element einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft.

**HANDLUNG**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine europäische Verbraucheragenda - Förderung von Vertrauen und Wachstum [ [KOM (2012) 225](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52012DC0225) endg. Vom 22.5.2014].

**SYNTHESE**

2012 legte die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Verabschiedung einer europäischen Verbraucheragenda vor, um das Vertrauen und das Wachstum zu fördern, indem die Verbraucher in den Mittelpunkt des Binnenmarktes gestellt werden.

Zwei Jahre später veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Verbraucherpolitik, der zwischen Januar 2012 und Dezember 2013 durchgeführt wurde, um die seit 2012 ergriffenen Initiativen zur Vertrauensbildung zu bewerten, insbesondere zur Steigerung des Online- und grenzüberschreitenden Einkaufs.

**WAS IST DAS OBJEKT DER KOMMUNIKATION?**

2012 legte die Kommission ihre strategische Vision für die Verbraucherpolitik für die kommenden Jahre fest. Darin sind 61 Maßnahmen zur Gewährleistung und Stärkung des Verbrauchervertrauens in einem sich ständig weiterentwickelnden Unternehmenssektor aufgeführt. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf die Verbrauchersicherheit, den Zugang zu Informationen, [Rechtsbehelfe](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:090402_1) und deren [Durchsetzung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l32047) und zielen darauf ab, sicherzustellen, dass die Verbraucherrechte mit sich schnell ändernden Technologien in Einklang gebracht werden.

**WAS SIND DIE ERGEBNISSE?**

Ein 2014 veröffentlichter Bericht der Kommission kam zu dem Schluss, dass 50 der im Rahmen der Europäischen Verbraucheragenda festgelegten Maßnahmen bis Dezember 2013 umgesetzt wurden. 11 müssen daher noch angewendet werden.

Der Bericht 2014 zeigt Folgendes:

* In Bezug auf die Förderung der **Verbrauchersicherheit**hat die Kommission mehrere Vorschläge zur allgemeinen Produktsicherheit und Marktüberwachung angenommen. Andere spezifischere Initiativen betreffen Touristenunterkünfte, Medizinprodukte, Kosmetika sowie Tier- und Pflanzengesundheit.
* auf **Kenntnis der Verbraucherrechte zu verbessern**, hat die Kommission gezielte Informationen über Verbraucherschutz und startete benutzerfreundliche Websites und Datenbanken. Es hat einen Dialog mit den Hauptakteuren des Sektors wie Verbraucherverbänden, Unternehmen und Aufsichtsbehörden über die beiden Hauptthemen der Umweltaussagen und die Art und Weise der Durchführung von Online- Vergleichen aufgenommen .
* Im Hinblick auf die Stärkung **der Durchsetzung der Verbraucherschutzbestimmungen**wurden wichtige Vorschläge im Bereich der Streitbeilegung sowie [alternativer](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:0904_3) und [Online](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:0904_2) -Sammelklagen angenommen .
* In Bezug auf **die Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in wichtigen Politikbereichen**hat die Kommission Finanzdienstleistungen, digitalen Märkten, Energie, Verkehr, Nahrungsmitteln und nachhaltigem Konsum Vorrang eingeräumt.

**KONTEXT**

Die Verbraucherausgaben machen etwas mehr als 50% des Bruttoinlandsprodukts der EU aus. Dies gibt jedem einen überwiegenden kollektiven Einfluss auf die Gesundheit der europäischen Wirtschaft. Die Gewährleistung des Vertrauens der Verbraucher ist daher eine grundlegende Säule des EU-Binnenmarktes.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der [Generaldirektion Justiz und Verbraucher](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/consumers/eu_consumer_policy/our-strategy/index_en.htm) der Europäischen Kommission.

**VERWANDTE RECHTSAKTE**

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: Bericht über die Verbraucherpolitik (Juli 2010 - Dezember 2011), der der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen beigefügt ist: Eine europäische Verbraucheragenda - Förderung Vertrauen und Wachstum [ [SWD (2012) 132 Finale](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52012SC0132) vom 22.5.2012].

[Verbraucherpolitischer Bericht der](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/consumers/strategy-programme/policy-strategy/documents/consumer_policy_report_2014_en.pdf) Europäischen Kommission von Januar 2012 bis Dezember 2013.

letzte Aktualisierung 05.01.2015

**Internationale Kulturbeziehungen - Eine EU-Strategie**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Gemeinsame Mitteilung [JOIN (2016) 29 final] - Auf dem Weg zu einer EU-Strategie im Bereich der internationalen Kulturbeziehungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52016JC0029)

[Artikel 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E006)

**WAS IST DAS GEGENSTAND DER KOMMUNIKATION UND ARTIKEL 6 AEUV?**

* In der Mitteilung wird eine Strategie zum Aufbau wirksamerer internationaler Kulturbeziehungen (z. B. Austausch von Ideen, Ansichten und Meinungen zwischen verschiedenen Kulturen) vorgeschlagen, um der Priorität der [Europäischen Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) nachzugehen, die Europäische Union (EU) zu einem stärkeren Akteur zu machen auf der Weltbühne ein besserer internationaler Partner und ein wichtiger Beitrag zu nachhaltigem Wachstum.
* Es präsentiert ein **Modell der kulturellen Zusammenarbeit**zwischen EU-Ländern, nationalen Kulturorganisationen sowie öffentlichen und privaten Einrichtungen, die "Kulturdiplomatie" einsetzen, um eine Weltordnung zu fördern, die auf Frieden, [Rechtsstaatlichkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/rule_of_law.html%3Flocale%3Dfr) , Meinungsfreiheit, gegenseitigem Verständnis und Achtung der Grundwerte beruht .
* Obwohl die Kulturpolitik in erster Linie ein Vorrecht der EU-Länder ist, sieht Artikel 6 AEUV vor, dass die EU dazu beitragen kann, die Aktivitäten der EU-Länder in diesem Bereich zu unterstützen, zu koordinieren und zu ergänzen.

**WICHTIGE PUNKTE**

Kultur ist nicht auf Kunst oder Literatur beschränkt. Es umfasst eine breite Palette von Aktivitäten, die vom interkulturellen Dialog [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4298957%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) bis zum Tourismus, von Bildung und Forschung bis zum Kreativsektor, vom Schutz des kulturellen Erbes bis zur Förderung neuer Technologien und vom Handwerk bis zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung reichen .

Es spielt auch eine wichtige Rolle in der **EU-Außenpolitik,**wo kulturelle Zusammenarbeit dazu beiträgt, Stereotypen und Vorurteile abzubauen, und wo der Dialog Konflikte verhindern und Versöhnung fördern kann. Es hilft uns, auf globale Herausforderungen wie die Integration von Flüchtlingen, den Kampf gegen gewaltsame Radikalisierung und den Schutz des kulturellen Erbes der Welt zu reagieren. 

Kultur kann auch ein Instrument sein, um **wichtige wirtschaftliche und soziale Vorteile**wie Bürgerbeteiligung und Tourismuseinnahmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU zu realisieren.

Die Strategie baut auf früheren Mitteilungen über die EU- [Kultur und die internationalen Beziehungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:cu0002) sowie die [Rolle der Kultur in der EU-Entwicklungszusammenarbeit auf, indem](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:11010202_3) sie diese aktualisiert, und konzentriert sich auf die Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit in **drei Hauptbereichen**:

* **Förderung einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung**durch Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft und Unterstützung der Rolle der lokalen Gebietskörperschaften. Hier einige konkrete Beispiele:
  + das [Programm „Creative Networks“](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.asef.org/projects/programmes/2955-asef-creative-networks) der Asia-Europe Foundation;
  + die Unterstützung der EU im südlichen Mittelmeerraum für ein Projekt zur Entwicklung von Zentren in der Kultur- und Kreativwirtschaft mit der [UNIDO (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.unido.org/) ;
  + Ein [europäisches Netzwerk kreativer Plattformen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://creativehubs.eu/) , an dem alle am [Programm „Kreatives Europa“](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1002_1) teilnehmenden Länder (insbesondere Georgien, Moldawien, Serbien, die Türkei und die Ukraine) beteiligt sind.
* Förderung friedlicher Beziehungen zwischen Gemeinschaften und Völkern mit unterschiedlichen religiösen Überzeugungen. Der Dialog kann durch Maßnahmen, die auf bestimmte kulturelle Kontexte und Interessen zugeschnitten sind, dazu beitragen, gerechte, friedliche und integrative Gesellschaften zu fördern, die die Menschenrechte respektieren und die lokalen Empfindlichkeiten berücksichtigen. Sie beinhalten:
  + Zu den Programmen zur Entwicklung der Kultur in der [Östlichen Partnerschaft](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/eastern-partnership_en) gehören Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine.
  + eine Unterstützung für die [Anna Lindh Foundation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.annalindhfoundation.org/) und ihr Netzwerk von Organisationen in 42 Ländern [der Union für den Mittelmeerraum](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ufmsecretariat.org/) .
* **Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des kulturellen Erbes**durch Förderung der Forschung, Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern und Beteiligung am Schutz von Kulturerbestätten. Die Wiederherstellung und Förderung des kulturellen Erbes zieht Touristen an und stimuliert das Wirtschaftswachstum. Beispielsweise:
  + die Forschung im Rahmen des Jahres [2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:2701_3) , um neue Lösungen für die Erhaltung und Bewirtschaftung der vom Klimawandel und des kulturellen Erbes bedrohten Kultur zu finden, an denen Nicht-EU-Länder teilnehmen können;
  + die Bekämpfung des Handels mit Kulturgütern, einschließlich der Unterstützung der Ausbildung von Zollbeamten, die Grenzkontrollen zugewiesen sind, um an der Früherkennung gestohlener Gegenstände teilzunehmen;
  + die Arbeit in Zusammenarbeit mit der [UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://fr.unesco.org/) zur Schaffung eines **raschen Reaktionsmechanismus**zum Schutz von Kulturerbestätten. Der [EU-Regionalfonds als Reaktion auf die Syrienkrise wird](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/countries/syria/madad_en) auch zum Schutz des kulturellen Erbes und zur Förderung der kulturellen Vielfalt beitragen.

Die europäische Zusammenarbeit im Kulturbereich umfasst sowohl die EU als auch die Entwicklungsländer und kann gestärkt werden:

* durch Bündelung von Ressourcen und Zusammenarbeit in Nicht-EU-Ländern;
* durch Stärkung der Zusammenarbeit mit nationalen Kulturinstituten innerhalb der EU;
* durch zunehmenden Rückgriff auf EU-Botschaften in Nicht-EU-Ländern ( [Delegationen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/about/eu-delegations_en) );
* durch die Schaffung von Häusern europäischer Kultur, die Dienstleistungen für die lokale Bevölkerung erbringen, an gemeinsamen Projekten teilnehmen und Stipendien sowie Kultur- und Bildungsaustausch anbieten sollen;
* durch die Organisation gemeinsamer EU-Kulturveranstaltungen;
* durch Konzentration auf strategische internationale Partner;
* durch den Austausch von Studenten, Forschern und ehemaligen Studenten zwischen EU-Mitgliedsländern und Drittländern.

Diese kulturelle Strategie kann mit vorhandenen Ressourcen ermutigt werden , wie zum Beispiel:

* [das Partnerschaftsinstrument](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:28_1) (europäisches Sensibilisierungsinstrument);
* [das europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1302_1) ;
* [das Instrument, das zu Stabilität und Frieden beiträgt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:110102_3) ;
* [das Programm „Kreatives Europa“](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe_en) (Förderung des kulturellen Erbes);
* [die Erweiterungspolitik der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enlargement.html) (einschließlich der Kulturpolitik);
* [die europäische Nachbarschaftspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/neighbourhood_policy.html%3Flocale%3Dfr) (Beziehungen zu 16 Nachbarländern);
* [das Instrument der Entwicklungszusammenarbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:110102_1) ;
* [das Cotonou-Abkommen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:r12101) (Zusammenarbeit zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten).

**KONTEXT**

* [Europäische Kulturagenda](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/culture/policy/strategic-framework_fr)
* [Globale Strategie für die Europäische Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://europa.eu/globalstrategy/fr)
* [Europäisches Jahr des Kulturerbes im Jahr 2018](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/culture/news/20160830-commission-proposal-cultural-heritage-2018_en)

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Interkultureller Dialog :**Austausch von Ideen, Ansichten und Meinungen zwischen verschiedenen Kulturen.

**Hauptdokumente**

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat: Auf dem Weg zu einer EU-Strategie im Bereich der internationalen Kulturbeziehungen [ [JOIN (2016) 29 final](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52016JC0029) , 8.6.2016]

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Teil 1: Grundsätze - Titel I: Kategorien und Zuständigkeitsbereiche der Union - [Artikel 6](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E006) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 52–53)  

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Schlussfolgerungen des](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252804%2529) Rates zur Kultur in den Außenbeziehungen der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (ABl. C 417 vom 15.12.2015, S. 41-43)

[Schlussfolgerungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:42008X1221%252802%2529) des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die im Rat zusammentreten, zur Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs in den Außenbeziehungen der Union und ihrer Mitgliedstaaten (ABl. C 320 vom 16.12.2008) , S. 10-12)

letzte Aktualisierung 17.07.2017

**IT im Zollbereich**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Entscheidung 2009/917 / JI über den Einsatz von IT im Zollbereich](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32009D0917)

**WAS IST DAS THEMA DIESER ENTSCHEIDUNG?**

* Es ersetzt und aktualisiert das [Übereinkommen über den Einsatz von Informationstechnologie im](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:41995A1127%252802%2529)[Zollbereich](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0766)[(GUS-Übereinkommen)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:41995A1127%252802%2529) von 1995. Darüber hinaus garantiert es die Einhaltung der Verordnung (EG) Nr. [766/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0766) , mit der die Verordnung (EG) Nr. [515/97 geändert wird](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31997R0515) [siehe [Zusammenfassung zum Zollinformationssystem (GUS)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/ALL/%3Furi%3DLEGISSUM:l11037) ] in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Europäischen Union (EU) und der [Europäischen Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) , um die korrekte Anwendung der Zollvorschriften und der Landwirtschaft sicherzustellen.
* Ziel der GUS ist es, schwerwiegende Verstöße gegen nationale Gesetze zu verhindern sowie diese zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, indem durch eine schnellere Verbreitung von Informationen die Effizienz der Kooperations- und Kontrollverfahren der Zollverwaltungen aus EU-Ländern gestärkt wird.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die GUS besteht aus einer zentralen **Datenbank, auf**die von jedem EU-Land aus zugegriffen werden kann. Sie enthält ausschließlich die Daten, einschließlich personenbezogener Daten, die zur Erreichung ihres Ziels in folgenden Bereichen erforderlich sind :

* die Waren (Produkte, die gekauft oder verkauft werden können);
* Transportmittel;
* Unternehmen;
* die Menschen;
* die Trends im Betrug;
* die verfügbaren Fähigkeiten;
* die Inhaftierten, Beschlagnahmten oder Beschlagnahmten; und
* das inhaftierte, beschlagnahmte oder beschlagnahmte Bargeld.

**Datenschutz**

* Die Richtlinie (EU) [2016/680](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32016L0680) gilt für den Datenschutz, sofern in dieser Entscheidung nichts anderes bestimmt ist.
* Die GUS enthält die Daten (einschließlich personenbezogener Daten), die zur Erreichung der Systemziele durch Aktivitäten wie Beobachtung und Berichterstattung, verdeckte Überwachung, spezifische Kontrollen sowie strategische und operative Analysen erforderlich sind.
* Diese Entscheidung respektiert die Grundrechte und entspricht den Grundsätzen, die insbesondere in der [Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt sind](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/charter_fundamental_rights.html) . Es hindert die EU-Länder nicht daran, ihre verfassungsmäßigen Regeln für den Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten anzuwenden.
* Nur EU-Länder, die die GUS-Datenbank füttern, dürfen die eingegebenen Informationen ändern, hinzufügen oder löschen.
* Die Daten werden nur für die Zeit aufbewahrt, die erforderlich ist, um das Ziel zu erreichen, das ihre Einführung motiviert hat. Die Notwendigkeit, sie aufzubewahren, wird mindestens einmal im Jahr vom Lieferantenland überprüft.

**Identifikationsdatei der Zollermittlungsdateien**

* Eine spezielle Datenbank mit dem Namen " Identifizierungsdatei für Zolluntersuchungsdateien " wurde eingerichtet, damit die nationalen Behörden wissen können, ob die Personen oder Unternehmen, auf die sich ihre eigenen Ermittlungen beziehen, auch in anderen EU-Ländern Erhebungen unterzogen wurden oder wurden. Für die Zwecke dieser Akte teilen die EU-Länder untereinander und mit [Europol](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:23040102_1) und [Eurojust](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4369105) eine Liste schwerwiegender Verstöße gegen nationale Gesetze, nämlich solche, die mit Freiheitsentzug von mindestens 12 Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 15.000 Euro bestraft werden .
* Ein EU-Land ist nicht verpflichtet, Informationen mit dieser speziellen Datei zu teilen, wenn eine solche Aufzeichnung die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigen könnte.
* Die Daten werden drei Jahre lang aufbewahrt, wenn kein Verstoß festgestellt wurde, und sie werden zwölf Monate nach der letzten Untersuchung gelöscht. Diese Frist erstreckt sich auf sechs Jahre im Falle einer Straftat, die nicht zu einer Verurteilung geführt hat, oder auf zehn Jahre im Falle einer Verurteilung.

**Kontrolle und Verwaltung**

* Jedes EU-Land benennt eine oder mehrere nationale Aufsichtsbehörden, die für den Schutz personenbezogener Daten zuständig sind, um die in dieser Entscheidung genannten Daten unabhängig zu überwachen. Eine gemeinsame Aufsichtsbehörde, der zwei Vertreter der jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörde aus jedem EU-Land angehören, wurde ebenfalls eingerichtet.
* Der [Europäische Datenschutzbeauftragte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:0102_11) überwacht die Aktivitäten der Kommission in Bezug auf die GUS.
* Ein Ausschuss, der sich aus Vertretern der Zollverwaltungen der EU-Länder unter Beteiligung der Kommission zusammensetzt, ist für die Umsetzung und ordnungsgemäße Anwendung des Beschlusses (einstimmig) sowie für das ordnungsgemäße Funktionieren eines technischen und eines zuständigen Ausschusses verantwortlich betriebliche Sicht der SID (Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit).

**SEIT WANN GILT DIESE ENTSCHEIDUNG ?**

Es gilt seit dem 27. Mai 2011.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Zollinformationssystem](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://edps.europa.eu/data-protection/supervision-coordination/customs-information-systems_en) ( *Europäischer Datenschutzbeauftragter*)

**HAUPTDOKUMENT**

Beschluss [2009/917 / JI](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32009D0917) des Rates vom 30. November 2009 über den Einsatz von IT im Zollbereich (ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 20-30)

Aufeinanderfolgende Änderungen der Entscheidung 2009/917 / JI wurden in den Grundtext aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02009D0917-20091230) hat nur dokumentarischen Wert.

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Richtlinie (EU) [2016/680](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32016L0680) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 über den Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung und Aufdeckung von Straftaten, Ermittlungen und Strafverfolgung in Bezug auf die Angelegenheit oder die Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen sowie die Freizügigkeit solcher Daten und Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977 / JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89-131)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02016L0680-20160504) .

Verordnung (EG) Nr. [515/97](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31997R0515) des [Rates](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31997R0515) vom 13. März 1997 über die gegenseitige Unterstützung der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und über die Zusammenarbeit zwischen ihnen und der Kommission im Hinblick auf die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Anwendung der Zollvorschriften und der Landwirtschaft (ABl. L 82) 22.3.1997, S. 1-16)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:01997R0515-20160901) .

letzte Aktualisierung 08.11.2019

**EU-Entwicklungspolitik**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Artikel 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E004)

[Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E208)

[Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d des Vertrags über die Europäische Union (EUV)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021)

**EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DEN VERTRÄGEN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Nach [Artikel 4 AEUV ist](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E004) die Europäische Union (EU) für die Durchführung von Tätigkeiten und eine gemeinsame Politik im Bereich der [Entwicklungszusammenarbeit zuständig](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/development_aid.html) . Die EU-Länder können in diesem Bereich auch ihre eigenen [Kompetenzen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competences.html) ausüben .

Das Hauptziel der EU-Entwicklungspolitik [gemäß Artikel 208 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E208) ist die Verringerung der Armut und langfristig ihre Beseitigung. Artikel 208 verlangt auch, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die im Rahmen [der Vereinten Nationen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://www.un.org/fr/) (UN) und anderer einschlägiger internationaler Organisationen eingegangenen Verpflichtungen einhalten .

Die Entwicklungspolitik der Union verfolgt auch die Ziele der Außenpolitik der EU, insbesondere die in [Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021) des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegten, nämlich die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und Umweltentwicklung der Entwicklungsländer mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen.

Entsprechend den in Artikel 21 Absatz 2 EUV festgelegten Zielen trägt die Entwicklungspolitik unter anderem auch zur Unterstützung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, zur Wahrung des Friedens und zur Verhinderung von Konflikten sowie zur Verbesserung der Qualität der EU bei Umwelt und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen der Welt unterstützen Bevölkerungsgruppen, Länder und Regionen, die von Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Katastrophen betroffen sind, und fördern ein internationales System, das auf einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit und einer guten globalen Regierungsführung beruht.

**WICHTIGE PUNKTE**

**Internationale Verpflichtungen**

*Ein stärkeres Europa auf internationaler Ebene*

Die EU bemüht sich, alle ihr und ihren Mitgliedsländern zur Verfügung stehenden Mittel zusammenzubringen, um für eine friedlichere und erfolgreichere Welt zu arbeiten. Die Umsetzung der umfassenden [globalen EU-Strategie (SGUE)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eeas.europa.eu/topics/eu-global-strategy_fr) für [Außen- und Sicherheitspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) begann im Jahr 2017. Die Strategie definiert die grundlegenden Interessen der EU und ihre Prinzipien des Engagements und bietet eine Vision einer glaubwürdigeren, verantwortungsvolleren und reaktionsfähigeren EU in der Welt . Die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) werden auch Querschnittselemente bei der Umsetzung der EUGS darstellen

Die EU und ihre Mitgliedsländer bilden zusammen den größten Geber der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA). Der [**Europäische Entwicklungsfonds (EEF)**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1103_1) ist das wichtigste Instrument der EU für Entwicklungshilfe zur Unterstützung von 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) sowie [überseeischen Ländern und Gebieten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1105_1) im Titel des [Cotonou-Abkommens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3DLEGISSUM:r12101) . 

Das [Instrument der](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:110102_1) EU für [Entwicklungszusammenarbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:110102_1) zielt darauf ab, die Armut in Entwicklungsländern zu verringern und eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und gute Gesundheit zu fördern.

*Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Europäische Konsens über die Entwicklung*

Die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld) (oder Agenda 2030) und ihre 17 [SDGs](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/) , die 2015 von den 193 UN-Mitgliedstaaten verabschiedet wurden , bilden den neuen globalen Rahmen für die Beseitigung der Armut und die Erreichung einer nachhaltigen globalen Entwicklung. “ Bis 2030. 

Laut SGUE haben die EU-Staaten in ihrem [neuen europäischen Konsens über die Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:42017Y0630%252801%2529) der Grundsätze von 2017 ihre Institutionen und ihre Mitgliedsländer bei ihrer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern angeleitet, um zur Umsetzung des Programms im Jahr 2030 beizutragen, und die [Programmaktion von Addis Abeba](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/2015/08/AAAA_Outcome.pdf) wurde verabschiedet von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 und dem [Pariser Übereinkommen über den Klimawandel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:20010104_1) .

Der Konsens bringt die EU-Entwicklungsmaßnahmen mit den SDGs in Einklang und dreht sich um die 5 Ps, die die Agenda 2030 definieren (Bevölkerung, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft).

*Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung*

Die EU ist Vertragspartei der Aktionsagenda von Addis Abeba, einer Einigung, die eine Partnerschaft von 193 UN-Mitgliedsländern auf der **dritten internationalen Konferenz**der **Vereinten Nationen über Entwicklungsfinanzierung**erzielt hat . Diese Vereinbarung ist ein wesentlicher Bestandteil der Agenda 2030 und schafft ein neues Umsetzungsparadigma durch den effizienten Einsatz finanzieller und nichtfinanzieller Ressourcen sowie durch die Priorisierung nationaler Maßnahmen und einer soliden Politik. Seine Interventionsbereiche umfassen:

* inländische öffentliche Mittel;
* private Unternehmen und nationale und internationale Finanzmittel ;
* die internationale Entwicklungszusammenarbeit;
* der internationale Handel als Motor der Entwicklung;
* die Verschuldung und die Tragfähigkeit der Verschuldung;
* die Lösung systemischer Probleme;
* die Wissenschaft, Technologie, Innovation und der Aufbau von Kapazitäten.

*Externer Investitionsplan*

Um zur Erreichung der SDGs beizutragen und öffentliche und private Investitionen zu mobilisieren, hat die EU 2017 den [Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4314965) und die EFSD-Garantie geschaffen. Diese Maßnahmen sind Teil des EU- [Plans](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/commission/eu-external-investment-plan_fr) für [externe Investitionen (EIP)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/commission/eu-external-investment-plan_fr) , der darauf abzielt, die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika südlich der Sahara zu bewältigen und den Übergang durch Reformen in der [Nachbarschaft](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/overview_en) der EU sicherzustellen .

*Post-Cotonou-Abkommen*

Einige [Verhandlungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3930_fr.htm) sind im Gange, um die künftigen Beziehungen der EU zu den AKP-Ländern neu zu definieren. Derzeit sind sie im Cotonou-Abkommen definiert, das 2020 ausläuft . Dieses Abkommen hat dazu beigetragen, die Armut zu verringern, die Stabilität zu erhöhen und die AKP-Staaten in die Weltwirtschaft zu integrieren.

*Entwicklungseffektivität und gemeinsame Programmplanung : Besser mit den EU-Ländern zusammenarbeiten*

Die EU setzt sich dafür ein, dass die Entwicklungshilfe so effizient wie möglich eingesetzt wird, um die SDGs zu erreichen. In dieser Hinsicht unterstützt es mehrere internationale Abkommen, darunter:

* die [Pariser Erklärung von 2005 und die Accra-Aktionsagenda von 2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/cad/efficacite/34579826.pdf) ;
* das [Busan-Ergebnisdokument 2011](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://effectivecooperation.org/wp-content/uploads/2016/03/OUTCOME_DOCUMENT_-_FINAL_FR.pdf) ; und
* das [Nairobi-Ergebnisdokument von 2016](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://effectivecooperation.org/wp-content/uploads/2017/05/OutcomeDocumentFRfinal.pdf) .

Die wichtigsten Prinzipien **der Entwicklungseffektivität**, die auf dem hochrangigen Treffen in Nairobi im Jahr 2016 neu definiert wurden, sind:

* die Aneignung von Entwicklungsprioritäten durch Entwicklungsländer;
* die Transparenz und gegenseitige Rechenschaftspflicht;
* die kooperationsorientierten Entwicklungsergebnisse; und
* die Einbeziehung aller Beteiligten in Partnerschaften, die allen offen stehen.

Diese Grundsätze werden durch Programme und Projekte sowie durch [**gemeinsame Programmierung**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/info/aid-development-cooperation-fundamental-rights/ensuring-aid-effectiveness/joint-programming-development-cooperation_en) in die Praxis umgesetzt : Die verschiedenen Entwicklungspartner der EU (d. H. Die EU und die Länder der EU) arbeiten in einem Partnerland zusammen, um die Entwicklungszusammenarbeit zu planen. 

*Politische Kohärenz für die Entwicklung*

Durch [Policy Coherence for Development (PCD)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/info/policies/international-cooperation-and-development_en) beabsichtigt die EU, die negativen Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer zu minimieren. Sein Zweck ist:

* Förderung von Synergien zwischen den verschiedenen EU-Politiken zum Nutzen der Partnerländer und Unterstützung der SDGs;
* Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

Um sicherzustellen, dass es für die Verfolgung der SDGs weiterhin relevant ist, hat die EU die PCD in alle Arbeiten der Kommission zur Umsetzung der Agenda 2030 einbezogen. Die EU-Länder haben auch eigene Mechanismen eingeführt, um die PCD in ihre nationalen Politiken einzubeziehen. Der [EU- Bericht 2019 über politische Kohärenz für die Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/swd-2019-20-pcdreport_en.pdf) untersucht die Fortschritte der EU-Institutionen und -Länder in Bezug auf PCD im Zeitraum 2015-2018.  

**Populationen**

*Armut und Abbau von Ungleichheiten*

Die [ODD 1](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/poverty/) (Beseitigung der Armut) und [10](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/inequality/) (Bekämpfung von Ungleichheiten und Diskriminierung) stehen im Mittelpunkt der EU-Entwicklungspolitik. 

Die vorläufigen Ergebnisse der 2017 von der Kommission eingeleiteten Studie zur Ungleichheitsanalyse zeigen, dass:

* In Entwicklungsländern ist die Einkommensungleichheit hoch und im Durchschnitt höher als vor 30 Jahren.
* Einkommensungleichheit scheint in einigen lateinamerikanischen Ländern (Brasilien, Peru, Mexiko), während es in einigen asiatischen Ländern (China und Vietnam) zugenommen hat zu gefallen; und
* Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara sind die Regionen der Welt, die am stärksten von Ungleichheit geprägt sind.

Die Ungleichheit auf nationaler Ebene bleibt ein großes Hindernis für schnelles Wachstum und Armutsbekämpfung. Obwohl die extreme Armut weltweit weiter abnimmt, ist sie in Afrika, insbesondere in der Region südlich der Sahara, immer noch weit verbreitet.

*Menschliche Entwicklung*

Zu den Prioritäten der EU-Entwicklungspolitik gehören die Beseitigung der Armut ( [SDG 1](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/poverty/) ), die Bekämpfung von Ungleichheiten und Diskriminierung ( [SDG 10](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://sustainabledevelopment.un.org/sdg10) ) und die Beseitigung der Marginalisierung (d. H. Niemand zurücklassen). Die [menschliche Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/human-rights_en) interessiert sich für Menschen, ihre Möglichkeiten und ihre Entscheidungen. Die EU hilft Gesellschaften und Volkswirtschaften in Partnerländern, integrativer und nachhaltiger zu werden, so dass jeder von der Entwicklung profitiert und niemand zurückgelassen wird.

*Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau*

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein grundlegender Wert der EU (Artikel 2 EUV) und stellt ein politisches Ziel dar, das im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 19 AEUV) verankert ist . Durch die Förderung [der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/sdg/gender-equality_en) trägt die EU zur Verwirklichung von [SDG 5](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/gender-equality/) und der Agenda 2030 insgesamt bei, wie dies auch im Europäischen Konsens für Entwicklung von 2017 unterstrichen wird .  

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gerechte und integrative nachhaltige Entwicklung, da Frauen und Mädchen die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen. Die EU möchte sicherstellen, dass Frauen und Mädchen uneingeschränkt und gleichberechtigt am sozialen, wirtschaftlichen, politischen und zivilen Leben teilnehmen können. Insbesondere unterstützt die Union die Beseitigung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und Hindernisse für die Gleichstellung der Geschlechter, wie diskriminierende Gesetze oder ungleicher Zugang zu Dienstleistungen und Justiz, Bildung und Gesundheit, Beschäftigung und wirtschaftlicher Stärkung sowie politische Partizipation, insbesondere durch Anfechtung die sozialen Normen und Geschlechterstereotypen und die Unterstützung von Frauenbewegungen und der Zivilgesellschaft.

Der EU-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter (2016-2020) legt den Rahmen für die Erreichung dieser vorrangigen Ziele weltweit durch die Außenpolitik der Union fest. Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) veröffentlichte ihren ersten [Bericht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10102/2017/EN/SWD-2017-288-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF) über die Umsetzung dieser [2016-2020 Aktionsplan](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/62f7aa16-c438-11e7-9b01-01aa75ed71a1) in 2017.     

Eine der [wichtigsten Initiativen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://spotlightinitiative.org/) der EU ist die [Spotlight-Initiative](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://spotlightinitiative.org/) (500 Mio. EUR), eine einzigartige Partnerschaft mit den Vereinten Nationen zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Diese Initiative bringt Partnerregierungen und Zivilgesellschaften aus Asien, Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika, der Karibik und dem Pazifik zusammen.

*Migration, Vertreibung und Asyl*

Während die Themen Migration und Mobilität nicht neu sind, ist die Zahl der internationalen Migranten in den letzten Jahren auf 258 Millionen im Jahr 2017 gestiegen (gegenüber 220 Millionen im Jahr 2010 und 173 Millionen im Jahr 2000). Die meisten internationalen Migranten sind Bürger von Entwicklungsländern, in denen selbst über 85 % der weltweit vertriebenen Menschen leben.

Migrationsherausforderungen stehen weiterhin ganz oben auf der europäischen Agenda. Im Jahr 2017 hat die Europäische Kommission den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Migration im Einklang mit der Agenda 2030 und dem Konsens über die Entwicklung weiterhin proaktiv angegangen . Die Entwicklungszusammenarbeit der EU hat im Rahmen der [Europäischen Migrationsagenda](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0240) , der [Valletta- Erklärung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.consilium.europa.eu/media/21840/12-political-declaration-fr.pdf) , des [Partnerschaftsrahmens für Migration](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52016DC0385) und des neuen europäischen Ansatzes zur [Vertreibung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52016DC0234) in vollem Umfang einen entscheidenden Beitrag zu den allgemeinen Bemühungen der Union zur Bekämpfung der Migration geleistet von Entwicklungszielen und -prinzipien.   

Durch eine Reihe von Entwicklungsinstrumenten wie den [Notfall-Treuhandfonds für Afrika](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa/eu-emergency-trust-fund-africa_en) und [den EU-Regionaltreuhandfonds für Syrien](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/trustfund-syria-region/content/home_en) , aber auch durch regelmäßige geografische Instrumente hat die Europäische Kommission Maßnahmen in Partnerländern umgesetzt, um die Herausforderungen anzugehen und den Kurzschluss zu nutzen und langfristige Chancen, die sich aus der Migration ergeben.

Die Maßnahmen konzentrierten sich insbesondere auf drei Aspekte :

* 1)

die Determinanten und Grundursachen irregulärer Migration und Zwangsumsiedlung ansprechen ;

* 2)

Stärkung der Kapazitäten der Partner zur Verbesserung des Managements von Migration und Flüchtlingen;

* 3)

Maximieren Sie die Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung.

Durch diesen umfassenden Ansatz hat die 2017 gewährte Unterstützung dazu beigetragen, den Dialog und die Partnerschaft mit den Partnerländern im Bereich Migration zu stärken und greifbare Ergebnisse zu erzielen, indem das Migrationsmanagement verbessert, der Schutz von Migranten und Flüchtlingen gewährleistet und die positiven Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung maximiert wurden.

Unter anderem hat die EU 2017 folgende Ziele erreicht :

* verpflichtet € 3 Mrd. auf die [Einrichtung für Flüchtlinge in der Türkei](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4300997) ; und
* Aufstellung eines [90- Millionen-Euro-Programms](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017JC0004) zum Schutz und zur Unterstützung bedürftiger Menschen in Libyen und zur Unterstützung der Stabilisierung der Aufnahmegemeinschaften mit Schwerpunkt auf der zentralen Mittelmeerroute;
* genehmigte zum 31. Dezember 2017 143 Projekte mit einem Gesamtwert von 2.388 Mrd. EUR aus dem EU-Treuhandfonds für Afrika;
* Im September 2017 verabschiedete die Kommission für Asien, Afghanistan, Bangladesch, Pakistan und den Irak eine Sondermaßnahme in Höhe von 196 Mio. EUR, um die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus langwierigen Vertreibungen und Migrationen in Asien und im Nahen Osten ergeben.

*Kultur, Bildung und Gesundheit*

Die EU erkennt die Rolle der [Kultur](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/culture_en) für das Wirtschaftswachstum an und betrachtet sie als Schlüsselelement und unterstützendes Instrument für :

* soziale Inklusion;
* Redefreiheit;
* Identitätsbildung;
* die Stärkung der Zivilgesellschaft;
* Konfliktverhütung.

Im Jahr 2017 verabschiedete die EU:

* die Schlussfolgerungen zum [strategischen Ansatz der EU im Bereich der internationalen Kulturbeziehungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017XG0615%252803%2529) ;
* eine Reihe von Programmen, wie z. B. [Investitionen in Kultur und Kreativität](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/commission-implementing-decision-c2017-8725-annex-2_en.pdf) , die darauf abzielen:
  + Verbesserung der kulturellen Governance in den Partnerländern;
  + die Schaffung von Arbeitsplätzen anregen; und
  + das kulturelle Erbe stärken.

Ziel von [SDG 4](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/education) ist es, bis 2030 eine integrative und gleichwertige Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten für lebenslanges Lernen für alle zu fördern . [Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/education_en) ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein öffentliches Gut. Es spielt auch eine wichtige Rolle bei der Erreichung anderer SDGs durch Lernen, Fähigkeiten und Bewusstsein.

Im Jahr 2017 hat die EU:

* unterstützte mehr als 45 Länder bei ihren Bemühungen zur Stärkung ihrer Bildungssysteme;
* Zusammenarbeit mit der [Globalen Partnerschaft für Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.globalpartnership.org/fr) , die die Grundbildung unterstützt, indem sie sich auf die ärmsten und fragilsten Länder konzentriert;
* verabschiedete ein 21- Millionen-Euro- Programm zur Deckung des Bildungsbedarfs in langwierigen Krisen mit dem Schwerpunkt auf der Verbesserung der Bildungsqualität in Lernumgebungen und dem Aufbau einer globalen Datenbank als Leitfaden für künftige Unterstützungsentscheidungen.

Um das [SDG 3](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/health/) zu Gesundheit und Wohlbefinden zu erreichen, setzte die EU ihre Bemühungen im [Gesundheitsbereich fort,](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/health/international_cooperation/global_health_en) indem sie den [Globalen Fonds](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.theglobalfund.org/fr/) und [GAVI, die Vaccine Alliance](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.gavi.org/fr/) , unterstützte und Forschungen zur Bekämpfung **vernachlässigter Infektionskrankheiten im Zusammenhang mit Armut durchführte**. Es hat auch regionale Initiativen wie das [Partnerschaftsprogramm für klinische Studien in Europa und Entwicklungsländer](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:270301_1) sowie andere multinationale Initiativen unterstützt.

Zusammen mit dem [Bevölkerungsfonds](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.unfpa.org/fr) der [Vereinten Nationen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.unfpa.org/fr) unterstützt die EU Bemühungen, die Verfügbarkeit hochwertiger **reproduktiver**und **mütterlicher Gesundheitsdienste zu**verbessern.

*Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft*

Mit einem von neun Menschen, die unter [Ernährungsunsicherheit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/knowledge4policy/global-food-nutrition-security_en) leiden , zielt [SDG 2](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/hunger/) darauf ab, den Hunger zu beenden, die Ernährungssicherheit zu erreichen, die Ernährung zu verbessern und eine nachhaltige Landwirtschaft bis 2030 zu fördern .

Nachhaltige Landwirtschaft wie nachhaltige Fischerei oder Aquakultur sind unerlässlich, um den Hunger zu beenden und die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Sie bleiben ein wesentlicher Treiber für die Beseitigung der Armut und die nachhaltige Entwicklung. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sind Schlüsselfaktoren für gute Ernährungsergebnisse.

Die EU war einer der Hauptinitiatoren der Veröffentlichung des [Globalen Berichts über Lebensmittelkrisen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/knowledge4policy/global-food-nutrition-security/global-report-food-crises_en) im Jahr 2017 . Dies ergab, dass sich fast 108 Millionen Menschen in einer Nahrungsmittelkrise oder in einer Notsituation befanden, und identifizierte die Notwendigkeit:

* Analyse der Hauptfaktoren der Ernährungsunsicherheit; und
* um weiterhin die Bemühungen , diese Herausforderungen zu meistern.

Die EU hat mehrere Initiativen ergriffen, um die Zahl der verkümmerten Kinder unter 5 Jahren bis 2025 um mindestens 7 Millionen zu senken. Im Zeitraum 2014-2020 wurden 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt.

Nachhaltige Landwirtschaft ist aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht ein zentrales Thema des Entwicklungszusammenarbeitsprogramms der EU mit ihren Partnerländern. In diesem Bereich konzentriert sich die Union auf Folgendes:

* Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft;
* die Unterstützung von Regierungsinitiativen und -programmen zur Förderung von Nachhaltigkeit und Innovation in der Landwirtschaft;
* die Förderung landwirtschaftlicher Praktiken und Technologien, die das ländliche Einkommen erhöhen und gleichzeitig in Bezug auf Wasser, Boden, Ökosysteme und biologische Vielfalt nachhaltig sind;
* Verbesserung des Zugangs der Landwirte zu Produktionsmitteln wie Land, Kapital usw., insbesondere durch Förderung der lokalen Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen Landwirten;
* Erhöhung der privaten Investitionen in den Agrarsektor;
* Empowerment von Frauen in der Landwirtschaft.

**Planet**

*Klimawandel*

Die EU hat sich verpflichtet , im Einklang mit dem Pariser Übereinkommen von 2015 und dem [SDG 13](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/climate-change/) einen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen den [Klimawandel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/capacity4dev/topics/climate-change-disaster-risk-reduction-desertification) zu leisten . Die Umsetzung national festgelegter Beiträge steht im Mittelpunkt des politischen Dialogs zwischen der EU und den Partnerländern, um den Klimawandel in ihre Politiken, Strategien, Investitionspläne und Projekte einzubeziehen, damit sie in vollem Umfang zum Pariser Übereinkommen und zu SDG 13 beitragen . EU-Bemühungen rund um den Klimawandel und die Agenda 2030 müssen Hand in Hand gehen.  

Die EU hat ihre Anstrengungen zum [Risikomanagement](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.unisdr.org/we/coordinate/sendai-framework) und zum Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an Veränderungen im Einklang mit dem [Sendai-Rahmen für die Reduzierung des Katastrophenrisikos](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.unisdr.org/we/coordinate/sendai-framework) verdoppelt . Die EU unterstützt auch die Umstellung auf eine emissionsarme, klimaresistente grüne Wirtschaft im Einklang mit [SDG 8](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/economic-growth/) für Wachstum und [SDG 12](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/sustainable-consumption-production/) für nachhaltigen Verbrauch und nachhaltige Produktion. Der Klimawandel ist mit der überwiegenden Mehrheit der SDGs verbunden.  

Im Zeitraum 2014-2018 investierte die EU 8,2 Milliarden Euro in die Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen. Der größte Teil der EU-Klimafinanzierung entfiel auf Anpassungsmaßnahmen (41 %), gefolgt von Synergiemaßnahmen sowohl bei der Anpassung als auch bei der Eindämmung (31 %) und bei Minderungsmaßnahmen (28 %). Ziel ist es, Maßnahmen zu fördern, die sowohl zur Anpassung als auch zur Minderung beitragen.

*Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen*

Die Umwelt und die natürlichen Ressourcen wie Land, Wasserressourcen, Wälder, [Fischbestände](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/dgs/maritimeaffairs_fisheries/magazine/fr/places/making-difference-how-fisheries-contribute-sustainable-development-around-globe) und die biologische Vielfalt sind für die Wirtschaft der Entwicklungsländer und die Lebensgrundlage ihrer Bürger von wesentlicher Bedeutung. Der nachhaltige Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung sind entscheidend, um die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (einschließlich der SDGs [6](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/water-and-sanitation/) , [12](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/sustainable-consumption-production/) , [14](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/oceans/) und [15](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/biodiversity/) ) zu erreichen, Armut und Hunger zu beseitigen und Gesundheit, Wohlbefinden, Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sowie nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten , während Ökosysteme erhalten und der Klimawandel bekämpft werden. Die EU unterstützt die Partnerländer bei der Verbesserung der Governance von Umwelt und natürlichen Ressourcen, der nachhaltigen Bewirtschaftung von Land, Wasser, Wäldern und anderen natürlichen Ressourcen, dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Bekämpfung der Umweltverschmutzung und der Förderung integrativer grüner Volkswirtschaften.

*Dauerhafte Energie*

Der Zugang zu modernen und nachhaltigen Energiedienstleistungen ist eines der Hauptziele der EU-Entwicklungshilfe. Im Jahr 2017 veröffentlichte die Kommission ein [Dokument](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15866-2017-INIT/en/pdf) , dass nachhaltige Energiezusammenarbeit trägt zur Umsetzung des Europäischen Konsens über die Entwicklung zeigt.

Im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2014-2020 wurden 3,7 Milliarden Euro für eine nachhaltige Energiezusammenarbeit für die Entwicklung bereitgestellt, um zur Erreichung der drei Ziele der EU bis 2020 beizutragen : Zugang zu Energie für rund 40 Millionen Menschen, Steigerung der erneuerbaren Energien Produktion von ca. 6,5 Gigawatt und Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels, wodurch ca. 15 Millionen Tonnen CO 2pro Jahr eingespart werden .

So möchte die EU beispielsweise einen Beitrag zu den Zielen der [Initiative](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.arei.org/) für [erneuerbare Energien in Afrika](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.arei.org/) leisten und bis 2020 eine Produktionskapazität für erneuerbare Energien von 5 GW erreichen, während 30 Millionen Menschen in Afrika Zugang zu nachhaltiger Energie erhalten und 11 Millionen Tonnen einsparen können von CO 2pro Jahr.

**Der Wohlstand**

*Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft*

Da der Investitionsbedarf in den Partnerländern beträchtlich ist und die Mittel von Regierungen und internationalen Organisationen nicht ausreichen, um diese zu decken, verwendet die EU **Blending**, bei dem EU-Zuschüsse mit Darlehen oder Fonds kombiniert werden. Eigenmittel aus öffentlichen und privaten Mitteln tragen somit zum [SDG 17 bei](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/globalpartnerships/) ( Stärkung der Mittel zur Umsetzung und der Partnerschaften zur Erreichung der Ziele). Der EU-Mischungsrahmen umfasst die folgenden regionalen Mischungsmechanismen : 

* [Investitionsfazilität für Lateinamerika](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://www.eulaif.eu/) ;
* [Investitionsfazilität für Asien](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/asia/asian-investment-facility-aif_en) ;
* [Investitionsfazilität für Zentralasien](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/central-asia/investment-facility-central-asia-ifca_en) ;
* [Karibische Investitionsfazilität](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/latin-america/caribbean-investment-facility_en) ;
* [Investitionsfazilität für den Pazifik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/pacific/investment-facility-pacific-ifp_en) ;
* [EU-Afrika-Treuhandfonds für Infrastruktur](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa/eu-africa-infrastructure-trust-fund-eu-aitf_en) ;
* Die [Investitionsplattform für Afrika](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa-investment-facility_en) und die [Investitionsplattform für die Nachbarschaft](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/neighbourhood-wide/neighbourhood-investment-platform_en) (verwaltet von der [Generaldirektion für Nachbarschafts- und Erweiterungsverhandlungen oder NEAR](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/about/directorate-general_en) ), die beide im Rahmen der ersten Säule der PIE in den DREF integriert sind (siehe Abschnitt „Externer Investitionsplan“). über).

Die FEDD-Garantie ist eine wichtige Neuerung und verwendet begrenzte öffentliche Mittel, um insbesondere private Investitionen zu mobilisieren. Diese ermöglichen es, tragfähige Projekte zu unterstützen, die unter anderen Bedingungen Schwierigkeiten haben würden, einen echten Boom zu realisieren oder sich zu entwickeln, während sie sich auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern konzentrieren. Das EIP als Ganzes zielt darauf ab, Hindernisse für nachhaltige private Investitionen zu beseitigen und vorrangige Reformen durch einen verstärkten Dialog mit dem Privatsektor und den relevanten Interessengruppen zu unterstützen. Die Förderung nachhaltiger Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen (SDG 8) ist auch eines der Hauptziele der im September 2018 gestarteten Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze .

Die EU hat im November 2017 außerdem eine neue Strategie für die Handelshilfe verabschiedet , die darauf abzielt , gemeinsam mit den EU-Ländern [Wohlstand durch Handel und Investitionen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0667) zu [erreichen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0667) . Ziel dieser Initiative ist es, eine bessere Mobilisierung der [EU-Handelshilfe](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:dv0006) zu fördern , um den Entwicklungsländern zu helfen, die verschiedenen politischen Instrumente der Union, einschließlich Handelsabkommen und Präferenzregelungen (einschließlich [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/development/economic-partnerships/) und des [Allgemeinen Systems von)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:cx0003) , in vollem Umfang zu nutzen [Präferenzen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:cx0003) ) auf nachhaltige und integrative Weise.

*Landwirtschaftliches Wachstum*

Zwei Drittel der Armen der Welt sind für ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhängig, und viele Entwicklungsländer sind nach wie vor stark vom Handel mit nur wenigen Grundstoffen abhängig.

Die EU ist davon überzeugt, dass ein höheres Maß an verantwortungsvollen öffentlichen und privaten, nationalen oder internationalen Investitionen zugunsten der Landwirtschaft und der Agrarindustrie erforderlich ist, um die für ein nachhaltiges Wachstum und die Widerstandsfähigkeit ländlicher Gebiete in Entwicklungsländern erforderliche Dynamik zu schaffen. In diesem Ansatz kündigte Präsident Jean-Claude Juncker im September 2018 die Schaffung der neuen Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze an.

Investitionen des Privatsektors müssen durch die Schaffung eines gut regulierten und gepflegten Geschäftsumfelds stimuliert werden. Der öffentliche Sektor spielt dabei eine Schlüsselrolle. Ein hohes Risiko in Verbindung mit Produktions-, Finanzierungs- und Marktrisiken bleibt jedoch ein großes Hindernis für die Ausweitung der Investitionen des Privatsektors. Die EU trägt durch den Europäischen Auslandsinvestitionsplan dazu bei, diese Risiken zu verringern. Damit werden Land Governance-Maßnahmen in rund 40 Ländern mit einem Gesamtbudget von fast 240 Millionen Euro unterstützt. In Peru und Honduras schützen von der EU finanzierte Maßnahmen die Landrechte indigener Völker und garantieren ihnen Grundgüter (Beitrag zu SDG 2).

*Infrastruktur, Städte und Digitalisierung*

Um die Agenda 2030 zu erreichen, ist Folgendes erforderlich :

* Aufbau einer belastbaren Infrastruktur;
* Förderung einer nachhaltigen Industrialisierung, von der alle profitieren; und
* Innovation fördern ( [SDG 9](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/infrastructure/) ).

Die derzeitige **digitale Transformation**eröffnet neue Möglichkeiten, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern und den Zugang zu hochwertigen Grunddienstleistungen zu beschleunigen, aber auch um die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierungen zu verbessern und die Demokratie zu stärken. Um das Erreichen von SDG 9 zu unterstützen, gibt es eine Voraussetzung: gute Konnektivität und angemessene Regulierung.

Die EU hilft bei der Koordinierung der [gemeinsamen Infrastrukturstrategie zwischen Afrika und der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/agenda_jaes_rgi_2018.pdf) und nimmt am Vorstand des Programms für Verkehrspolitik in Afrika teil, das die Politik und Strategie der afrikanischen Regierungen und regionalen Wirtschaftsgemeinschaften unterstützt.

Die **rasche Verstädterung**, insbesondere in Asien und Afrika, wirft große Entwicklungsprobleme auf. Im Jahr 2017 wurde das [internationale Programm für städtische Zusammenarbeit entwickelt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/international/pdf/iuc_leaflet_en.pdf) , das die besten städtischen Praktiken zwischen EU-Städten und Städten strategischer Partner wie Indien und China teilt. In diesem Jahr stellen wir auch fest, dass ein spezifisches Investitionsfenster für „ nachhaltige Städte “ ( [SDG 11](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/cities/) ) in den PEI aufgenommen wurde .  

**Frieden**

*Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung*

Die EU stützt sich auf die Grundwerte der Achtung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte ( [Artikel 2](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M002) EUV). Die Förderung dieser Werte ist eine Schlüsselpriorität in den Außenbeziehungen ( [Artikel 21](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021) EUV), die in die globale Strategie der EU (EUGS) umgesetzt wurde. Mit ihren Entwicklungshilfeprogrammen unterstützt die Union die Partnerländer bei der Umsetzung des [SDG 16](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/peace-justice/) zu [Demokratie](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/democracy_en) , Zugang zur Justiz, Bekämpfung von Korruption, [Menschenrechten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/human-rights_en) und verantwortungsvoller Staatsführung. Zu den Aktivitäten, die in Partnerschaft mit Regierungen von Drittländern durchgeführt werden, gehören Wahlunterstützung und Unterstützung für Reformen in den Bereichen Demokratie, Justiz und Korruptionsbekämpfung sowie die Förderung der Unabhängigkeit der Medien und der Grundfreiheiten.  

Darüber hinaus spielt die EU mit ihrem [Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1302_1) , dessen Prioritäten vom EU-Aktionsplan für Menschenrechte, Mensch und Demokratie (2014-2019) inspiriert sind, eine weltweit führende Rolle . Dieses Instrument konzentriert sich auf die Stärkung internationaler Menschenrechtsorganisationen und -gerichte und richtet sich in erster Linie an die Zivilgesellschaft und unabhängige Aufsichtsbehörden, um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und der Menschenrechte zu gewährleisten. Demokratie.

So genehmigt das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte beispielsweise Sofortmaßnahmen und vertrauliche Projekte zum Schutz von Menschenrechtsorganisationen und Verteidigern, die in den schwierigsten Kontexten tätig sind.

EU-Delegationen werden gezielt unterstützt, **um Kapazitäten zur Förderung der Menschenrechte aufzubauen.**Für **die Meinungsfreiheit**wird beispielsweise Unterstützung durch zwei Programme bereitgestellt :

* Unterstützung der Demokratie; und
* [Media4Democracy](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://epd.eu/media4democracy/) .

*Zerbrechlichkeit und Belastbarkeit*

Im Jahr 2017 verabschiedete die EU eine [Verpflichtung auf Elastizität, die mehrere Sektoren gilt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017JC0021) . In sechs Ländern (Irak, Myanmar / Burma, Nigeria, Uganda, Sudan und Tschad) wurde ein Pilotprozess gestartet, um einen breiteren Ansatz für den Zusammenhang zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden in fragilen Kontexten zu testen.

Im Jahr 2017 wurden die Arbeiten zur Resilienz und zum Kampf gegen Fragilitäten auch in den folgenden 4 Bereichen fortgesetzt.

* Stärkung des Resilienzrahmens, insbesondere durch Annahme der gemeinsamen Mitteilung „Ein strategischer Ansatz für Resilienz bei den Außenmaßnahmen der EU“.
* Entwicklung und Umsetzung eines [integrierten Ansatzes für externe Konflikte und Krisen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/globalstrategy/en/integrated-approach-conflicts) , der relevante EU-Institutionen und -Instrumente sowie EU-Länder für ein besser koordiniertes und kohärentes externes Handeln zusammenbringt. Ihr Hauptziel ist es, die Auswirkungen der EU zu stärken, indem sie dazu beiträgt, Konflikte und Krisen zu verhindern, zu bewältigen und zu lösen.
* Stärkung der Bedeutung der Resilienz in Konflikten und Krisen, insbesondere durch staatliche Reformen und Verträge, die zur Festigung der Resilienz beitragen, als Teil unserer Haushaltsunterstützungsmaßnahmen.
* Unterstützung des [internationalen Dialogs über Friedens- und Staatsbildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.pbsbdialogue.org/fr/) , der von Regierungen fragiler Länder und [Organisationen der](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/civil_society_organisation.html) Zivilgesellschaft (CSOs) geführt wird.

*Sicherheit*

Das [Instrument zur Stabilitäts- und Friedensverordnung (IcSP)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:110102_3) ist das wichtigste Finanzinstrument der Kommission zur Verbesserung von Stabilität, Frieden und Widerstandsfähigkeit in den Partnerländern. Seine internationale Reichweite und sein Schwerpunkt auf Sicherheit machen es zu einem ergänzenden Instrument zu anderen Finanzinstrumenten, insbesondere wenn bestimmte geografische oder thematische Instrumente in Abhängigkeit von den Kriterien der offiziellen Entwicklungshilfe nicht verwendet werden können. Es ermöglicht auch die Behandlung transregionaler oder globaler Probleme. Im Rahmen des programmierbaren Teils des IcSP, der von der [Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/international-partnerships/about-us_en) (DEVCO) verwaltet wird, laufen mehr als 260 Projekte, von denen 70 Länder profitieren . Diese Projekte werden gemeinsam von Agenturen aus Partnerländern und EU-Ländern durchgeführt.

Sie decken eine breite Palette von Themen ab, zum Beispiel: Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus; technische Hilfe für Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Terrorismus, chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen, organisierter Kriminalität, Drogenhandel oder Geldwäsche; Kapazitätsaufbau zur Verbesserung der Justizsysteme oder sogar des Schutzes kritischer Infrastrukturen. Zu den Unterstützungsinstrumenten gehören die Schulung von Ausbildern, Unterstützung vor Ort, simulierte oder reale grenzüberschreitende Feldübungen sowie die Entwicklung nationaler Aktionspläne auf der Grundlage von Bedarfs- und Risikobewertungen. Seit Januar 2018 kann die EU den Kapazitätsaufbau zur Unterstützung von Sicherheit und Entwicklung (RCSD) unterstützen. Auf diese Weise können den Armeen der Partnerländer Schulungen und Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden, um Aktivitäten durchzuführen, die unter außergewöhnlichen Umständen die Entwicklungsziele unterstützen.

Dank seines mehrdimensionalen Ansatzes, der sowohl vorsätzliche (Terrorismus, Kriminalität), zufällige (Seveso, Fukushima) als auch Umweltrisiken (Ebola) abdeckt, trägt das IcSP zu mehreren SDGs der Vereinten Nationen sowie zu Schlüsselprinzipien des europäischen Konsenses für Entwicklung bei, einschließlich wichtiger vorrangige Maßnahmen in der Nachbarschaft der EU.

*Nukleare Sicherheit*

Die Europäische Kommission fördert nicht die Kernenergie, die in der alleinigen Verantwortung einer Landesregierung liegt, sondern die nukleare Sicherheit. Jeder nukleare Unfall hat globale Auswirkungen auf die Gesellschaften. Die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit ist daher für die Sicherheit der europäischen Bürger und der Umwelt von größter Bedeutung.

Mit seinem mehrdimensionalen Ansatz, der nukleare Sicherheit, Gesundheit, Umwelt und andere damit zusammenhängende Themen abdeckt, trägt das [Instrument der](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/funding/funding-instruments-programming/funding-instruments/instrument-nuclear-safety-cooperation_en) Zusammenarbeit im Bereich der [nuklearen Sicherheit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/funding/funding-instruments-programming/funding-instruments/instrument-nuclear-safety-cooperation_en) zu vielen Schlüsselbereichen des europäischen Entwicklungskonsenses bei, einschließlich Maßnahmen. Hauptprioritäten in der EU-Nachbarschaft, in Zentralasien und im Iran.

Die Nachbarschaft der EU stellt in der Tat bestimmte Herausforderungen dar, die hauptsächlich Länder betreffen, die sich für die Nutzung der Kernenergie entscheiden, wie Weißrussland und die Türkei, solche, die die Lebensdauer von Reaktoren verlängern, wie Armenien und die Türkei. Die Ukraine sowie diejenigen, die radioaktive Abfälle stilllegen und verwalten .

**Partnerschaften**

Der [ODD 17](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/sustainabledevelopment/fr/globalpartnerships/) bezieht sich auf eine Partnerschaft für Entwicklung und betonte die Bedeutung integrativer und plattformübergreifender Mittel als Mittel zur wirksamen Umsetzung des Programms 2030. Die EU setzt sich dafür ein, den ODD 17 sowohl durch eigene Maßnahmen und externe Ressourcen als auch durch ihre Teilnahme zu erreichen seine Umsetzung auf andere Weise. Die EU beteiligt sich weiterhin an UN-Entwicklungsprozessen, insbesondere an der [Globalen Partnerschaft für effektive Entwicklungszusammenarbeit (GPEDC)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://effectivecooperation.org/) , die derzeit die Wirksamkeit der Entwicklung auf Länderebene überwacht.

*Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft*

Mit der Annahme der [Mitteilung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52012DC0492) von [2012](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52012DC0492) erkennt die Europäische Kommission Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) als Akteure der Regierungsführung und nicht mehr nur als Dienstleister an. Um die SDGs umzusetzen, verfolgt die EU auch einen integrativen und ganzheitlichen Ansatz, der die gesamte Gesellschaft berührt, indem sie ihr Engagement für nichtkonventionelle zivilgesellschaftliche Organisationen wie Stiftungen, Diaspora, Gewerkschaften, Berufsverbände usw. erweitert. Insbesondere Stiftungen spielen in dieser Hinsicht eine wachsende und einflussreiche Rolle.

Die Europäische Kommission hat den Dialog und die Konsultation über die SDGs gefördert, insbesondere durch das Forum für Entwicklungspolitik, das Raum für den Austausch von Multi-Stakeholdern über Entwicklungspolitik bietet. Es hat 25 Rahmenpartnerschaftsabkommen mit internationalen und regionalen Netzwerken der Zivilgesellschaft unterzeichnet, um zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei zu helfen, einen Beitrag zur regionalen und globalen Politikgestaltung zu leisten, insbesondere im Hinblick auf die erfolgreiche Umsetzung der SDGs.

Auf nationaler Ebene hat die EU 107 Fahrpläne für ihr Engagement in der Zivilgesellschaft ausgearbeitet . Diese Roadmaps bilden den umfassenden strategischen Rahmen eines Landes und umfassen die gesamte EU-Hilfe (einschließlich der Hilfe von EU-Delegationen und -Ländern) für die Zivilgesellschaft. Die Roadmaps wurden als gemeinsame Initiative der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer konzipiert, um das Engagement Europas für die Zivilgesellschaft zu stärken.

Für den Zeitraum 2014-2020 hat die EU im Rahmen des CSO-Programms für lokale Behörden 1,4 Mrd. EUR für die Unterstützung von CSO auf globaler und nationaler Ebene bereitgestellt. Der Schwerpunkt liegt auf Partizipation, Partnerschaft und Multi-Stakeholder-Dialogen, um die Grundwerte der Agenda 2030 widerzuspiegeln .

Der [Bericht 2017 über das Engagement der EU für die Zivilgesellschaft enthält](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/capacity4dev/public-governance-civilsociety/documents/report-eu-engagement-civil-society) die zahlreichen Formen der Unterstützung sowie Beispiele. In dem Bericht werden auch die Mittel erwähnt, die zur Stärkung dieses Engagements eingesetzt wurden. 

*Zusammenarbeit mit Geberländern*

Die Europäische Union ist zusammen mit ihren Mitgliedsländern der [weltweit größte Geber offizieller Entwicklungshilfe](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2075_en.htm) : Ihre Unterstützung macht fast 57 % der gesamten Hilfe aus, die die Geber dem Entwicklungshilfeausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung leisten. Die EU arbeitet auch an gemeinsamen Politiken sowie auf nationaler Ebene, um gemeinsame Ansätze, einschließlich [gemeinsamer Programmplanung,](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/info/aid-development-cooperation-fundamental-rights/ensuring-aid-effectiveness/joint-programming-development-cooperation_en) umzusetzen .

Darüber hinaus führt die Europäische Kommission im Einklang mit der Partnerschaft zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Aktionsprogramms von Addis Abeba sowie zur Stärkung des Multilateralismus einen **regelmäßigen Dialog über die Entwicklung mit außereuropäischen Partnern**wie Australien. Kanada, Korea, die Vereinigten Staaten und Japan. Der Kreis der Partner wächst dank des Engagements für neue oder aufstrebende Geber wie die in der arabischen Welt weiter.

*Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen*

Die EU arbeitet auch strategisch mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen zusammen. Zusätzlich zu der umfangreichen Unterstützung durch diese Organisationen und Institutionen werden regelmäßige strategische Dialoge auf hoher Ebene organisiert. Die EU engagiert sich daher insbesondere in folgenden Bereichen:

* Der Entwicklungsprozess der **Vereinten Nationen**bezog sich auf das politische hochrangige Forum und das Forum zur Finanzierung der Entwicklung. Sie zeigt auch ihre Unterstützung für die Vereinten Nationen durch die [erneuerte Entwicklungspartnerschaft](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eeas.europa.eu/delegations/guyana_en/51265/EU-UN%2520renewed%2520partnership%2520in%2520development) zwischen der [EU und](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eeas.europa.eu/delegations/guyana_en/51265/EU-UN%2520renewed%2520partnership%2520in%2520development) den Vereinten Nationen (2018).
* die Diskussionen und Beratungen der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/developpement/) für [wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/developpement/) durch ihre Teilnahme am Entwicklungshilfeausschuss (DAC);
* die **G20**und die **G7**, um sicherzustellen, dass sie ihr Engagement für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer SDGs unterstreichen ;
* die Stärkung der **Partnerschaften mit internationalen Finanzinstitutionen**wie die Weltbank - Gruppe (WBG) und die Internationalen Währungsfonds (IWF), sowie mit **europäischen Finanzinstitutionen und regionalen Entwicklungsbanken**.

**Globale Reichweite**

[Liste der Länder, die für EU-Entwicklungshilfe in Frage kommen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/international-partnerships/where-we-work_en)

**Hauptdokumente**

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Teil 1 - Grundsätze - Titel I - Kategorien und Zuständigkeitsbereiche der Union - [Artikel 4](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E004) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 51-52)       

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 1 - Entwicklungszusammenarbeit - [Artikel 208](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E208) (ex Artikel 177 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 141)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 1 - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union - Union - [Artikel 21 Absatz 2 )](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021) ( [d)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 28-29)   

letzte Aktualisierung 09.07.2019

**Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Mitteilung [ KOM ( 2015) 600 endg.] Über die Maßnahmen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0600)

[Artikel 119 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E119)

[Artikel 120 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E120)

[Artikel 121 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E121)

**WAS IST DAS THEMA DIESER KOMMUNIKATION UND DER ARTIKEL DES VERTRAGS ÜBER DIE GELD- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK ?**

In der Mitteilung werden die erforderlichen Maßnahmen festgelegt, um die erste Phase der [Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/economic_monetary_union.html) , die am 1. Juli 2015 eingeleitet wurde, vor Beginn des Jahres 2017 abzuschließen . Seitdem hat die Europäische Kommission sie um ein [Dokument erweitert Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0291) .

Die Artikel 119, 120 und 121 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union befassen sich mit der Wirtschafts- und Geldpolitik der Europäischen Union (EU). Nach diesen Artikeln stimmen die EU-Länder zu:

* ihre Wirtschaftspolitik koordinieren;
* arbeiten in Richtung einer Konvergenz ihrer Wirtschaftsleistung; und
* handeln nach den Grundsätzen einer offenen Marktwirtschaft.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Kommunikation fordert :

* [ein europäisches Semester](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_semester.html)[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:1402_4%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001)**reorganisiert**in:
  + bessere Integration der nationalen Erwägungen und der Erwägungen der [Eurozone](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurozone.html) ,
  + mit verstärkter Aufmerksamkeit für die Leistung im sozialen Bereich und im Bereich der Beschäftigung,
  + Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz durch Festlegung von Kriterien und Anwendung bewährter Verfahren;
  + Unterstützung von Reformen durch [Europäische Struktur- und Investitionsfonds und](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/structural_cohesion_fund.html) technische Hilfe;
* [eine wirtschaftspolitische Steuerung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/economic_governance.html)**verbessert**in:
  + Verringerung der Komplexität und Erhöhung der Transparenz der Steuerregeln,
  + Stärkung der Verfahren zur Bekämpfung [makroökonomischer Ungleichgewichte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/mip.html) ;
  + Schaffung eines Systems nationaler Wettbewerbsbehörden, die für die Bereitstellung unabhängigen Fachwissens zuständig sind;
  + Einrichtung eines beratenden [Europäischen Haushaltsausschusses](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/economy_finance/graphs/2016-10-20_european_fiscal_board_en.htm) zur Verbesserung der Haushaltsüberwachung des Euroraums;
* **Eine externe Vertretung des Euro wurde verstärkt,**indem die Länder des Euroraums ermutigt wurden, auf internationaler Ebene mit einer Stimme zu sprechen, insbesondere innerhalb des [Internationalen Währungsfonds](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.imf.org/external/french/index.htm) .
* **der Wunsch nach einer echten Finanzunion**, insbesondere durch:
  + Gründung einer [Bankenunion](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/europe_banking_union.html) ,
  + Genehmigung eines [europäischen Einlagensicherungssystems](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/banking-union/european-deposit-insurance-scheme_fr) ,
  + Aufbau einer [Union der Kapitalmärkte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:2405_5) ;
* eine **demokratischere Legitimität**, die wirksamer ist, indem die parlamentarische Kontrolle über die Entwicklungen der WWU gestärkt und eine engere Einbeziehung der nationalen Parlamente entwickelt wird.

Im Mai 2017 veröffentlichte die Kommission ein Konzeptpapier zur WWU auf der Grundlage der Mitteilung von 2015. Dieses Gesetz fördert **vier Grundsätze**zur Stärkung der einheitlichen Währung und zur gemeinsamen Behandlung von Fragen von gemeinsamem Interesse, die nationale Grenzen überschreiten. Diese sind:   

* **Beschäftigung**, **Wachstum**, **soziale Gerechtigkeit**, **wirtschaftliche Konvergenz**und **finanzielle Stabilität**, die Hauptziele der WWU;
* **die Solidarität**und **Verantwortung**, **Risikominderung**und **Risikoteilung**, die eng miteinander verbunden sind;
* **Die WWU-Mitgliedschaft**steht allen EU-Ländern offen (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs ( [1](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:1402_4%26from%3DEN%23BREXIT#BREXIT) ) und Dänemarks, die sich [entschieden](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/opting_out.html) haben [, nicht beizutreten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/opting_out.html) ). Der Binnenmarkt ist für eine wirksame einheitliche Währung von wesentlicher Bedeutung, und seine Integrität muss gewahrt bleiben.
* die **Entscheidungsfindungsmethode**, die transparenter und demokratischer werden muss.

In dem Dokument wurde die Notwendigkeit von Fortschritten in **drei Bereichen hervorgehoben**:

* die Schaffung einer **echten Finanzunion**, insbesondere durch eine stärkere Widerstandsfähigkeit des Bankensektors;
* die Verwirklichung der **Wirtschaftsunion und eine stärker integrierte fiskalische**Verbesserung der makroökonomischen Stabilisierung im Euroraum;
* die Stärkung der Architektur der WWU durch eine **bessere Verteilung der nationalen Zuständigkeiten und Entscheidungen**rund um den Euroraum in einem gemeinsamen Rechtsrahmen.

**KONTEXT**

Im Juni 2015 legten die Präsidenten der Kommission, [das Europäische Parlament](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html) , die [Europäische Zentralbank](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_central_bank.html) , der Gipfel der Eurozone und die [Eurogruppe](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurogroup.html) ihren Bericht (den Bericht der ["fünf Präsidenten"](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/5-presidents-report_fr.pdf) ) über den Abschluss der WWU vor. Die Mitteilung enthält weitere Einzelheiten zum ersten Schritt des in ihrem Bericht enthaltenen Aktionsplans.

Das Reflexionspapier der Kommission zur WWU ist Teil einer Reihe, die im März 2017 mit der Veröffentlichung des Weißbuchs über die Zukunft Europas gestartet wurde und Folgendes umfasst:

* ein Reflexionspapier über die [soziale Dimension Europas](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0206) und
* ein Reflexionspapier über [die Zukunft der EU-Finanzen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0358) .

Weitere Informationen finden Sie unter:

* ["Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Kommission unternimmt konkrete Schritte zur Stärkung der WWU"](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5874_fr.htm) - Pressemitteilung ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Europäisches Semester :**bietet einen Rahmen für die Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitik in der EU.

**Hauptdokumente**

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Dritter Teil - Interne Politiken und Maßnahmen der Union - Titel VIII - Wirtschafts- und Geldpolitik - [Artikel 119](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E119) (ex Artikel 4 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6. 2016, S. 1) . 96-97)  

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Dritter Teil - Interne Politiken und Maßnahmen der Union - Titel VIII - Wirtschafts- und Geldpolitik - Kapitel 1 - Wirtschaftspolitik - [Artikel 120](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E120) (ex Artikel 98 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 97)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Dritter Teil - Innenpolitik und Maßnahmen der Union - Titel VIII - Wirtschafts- und Geldpolitik - Kapitel 1 - Wirtschaftspolitik - [Artikel 121](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E121) (ex Artikel 99 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 97-98)   

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und die Europäische Zentralbank über die Maßnahmen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion [ [KOM ( 2015) 600](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0600) endg. Vom 21.10.2015]

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion [ [KOM (2017) 291](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0291) endg. Vom 31.5.2017]

[„Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/5-presidents-report_fr.pdf) , Bericht von Jean-Claude Juncker in enger Zusammenarbeit mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz, 22.6.2015

letzte Aktualisierung 01.12.2017

( [1](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:1402_4%26from%3DEN%23src.BREXIT#src.BREXIT) ) Das Vereinigte Königreich tritt aus der Europäischen Union aus und wird ab dem 1. Februar 2020 ein Drittland (Nicht-EU-Land) .

**Statistiken zum lebenslangen Lernen**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Verordnung (EG) n o452/2008 - Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während des gesamten Lebens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452)

[Verordnung (EU) 2019/1700 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen zur Gründung und Haushalte und zur Änderung der Verordnung (EG) n o452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700)

**WAS IST DER ZWECK DIESER VORSCHRIFTEN ?**

Die Verordnungen schaffen einen gemeinsamen Rahmen für statistische Standards für die Erstellung harmonisierter Daten im Bereich der lebenslangen allgemeinen und beruflichen Bildung.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Vorschriften decken folgende Bereiche ab :

* 1.

die Bildungs- und Ausbildungssysteme;

* 2.

die anderen Statistiken zur allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens (z. B. Statistiken zum Humankapital sowie zu den sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen der Bildung).

Die Erstellung von Statistiken auf dem Europäischen Union (EU) Ebene wird durch die Implementierung von statistischen Einzelmaßnahmen erreicht wie zum Beispiel:

* für den ersten Bereich die regelmäßige und regelmäßige Übermittlung von Statistiken durch EU-Länder;
* im Rahmen des zweiten Bereichs zusätzliche Variablen und Indikatoren aus anderen Erhebungen und statistischen Informationssystemen bereitzustellen;
* die Entwicklung , Verbesserung und Aktualisierung von Standards und Handbüchern, die statistische Rahmenbedingungen, Konzepte und Methoden definieren;
* im Rahmen des Qualitätsrahmens die Qualität der Daten verbessern.

Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) berücksichtigt die Kapazitäten der EU-Länder in Bezug auf die oben genannten Maßnahmen. Bei den erhobenen Daten werden gegebenenfalls auch regionale und geschlechtsspezifische Dimensionen berücksichtigt.

Die Kommission ( [Eurostat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4301897) ) stellt die Zusammenarbeit mit [dem Institut für Statistik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/)[der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) , der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) für [wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) (OECD) und anderen internationalen Organisationen sicher, um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten und Doppelarbeit bei zu vermeiden die internationale Ebene.

**Bildungssysteme (UOE)**

Ab dem Schuljahr 2012/ 2013: Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 Statistiken über die Bildungs- und Ausbildungssysteme betreffen.

**Umfrage zur Erwachsenenbildung**

Umfrage 2016 über die Ausbildung von Erwachsenen: Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 über die Statistik über die Beteiligung von Erwachsenen in der Ausbildung während der gesamten Lebens.

**SEIT WANN GELTEN DIESE VORSCHRIFTEN ?**

Verordnung (EG) n o452/2008 gilt seit dem 24. Juni 2008 eingetragen .

Die Änderungsverordnung (EU) 2019/1700 gilt ab dem 1. Januar 2021.

**KONTEXT**

* Um Strategien für lebenslanges Lernen zu entwickeln und die Umsetzung dieser Strategien zu überwachen, ist die Erstellung vergleichbarer statistischer Daten von größter Bedeutung.
* Der im Mai 2009 verabschiedete [strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/education/policies/european-policy-cooperation/et2020-framework_fr) legt mehrere Ziele fest, die bis 2020 erreicht werden sollen. Die in den EU-Ländern erzielten Fortschritte werden in den Jahresberichten nach Ländern bewertet, und die EU legt auch Empfehlungen vor.
* Auf der Grundlage der bereitgestellten Informationen werden im [gemeinsamen Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) über die [europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:150102_2) wichtige vorrangige Bereiche und konkrete Fragen genannt , die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Dieser gemeinsame Bericht wurde im November 2015 angenommen.
* Weitere Informationen finden Sie unter:
  + [Allgemeine und berufliche Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/eurostat/fr/web/education-and-training/overview) ( *Eurostat*).

**Hauptdokumente**

Verordnung (EG) n o[452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens (ABl L 145 vom 4.6.2008, S.. 227-233)

Verordnung (EU) [2019/1700](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf Basis von Daten auf individueller Ebene von Proben gesammelt Festlegung, zur Änderung der Verordnungen (EG) n o808/2004 (EG), n o452/2008 und (EG) n o1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) n o577/98 (ABl L 261I von 2019.10.14, Seite 1-32)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Gemeinsamer Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) des Rates und der Kommission über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung („ Allgemeine und berufliche Bildung 2020“) - Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl C 417, 15.12.2015, S. 25-35)

Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 zur Durchführung der Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens, wie bezüglich der Statistiken über die Beteiligung von Erwachsenen im Laufe des Lebens der Ausbildung und die Verordnung (EU) Nr zur Aufhebung o823/2010 der Kommission (ABl L 316 vom 4.11. 2014, S.. 4-43)

Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 abgeschlossen wird Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung aller im Laufe des Lebens, wie zu Statistiken über allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5-10)

letzte Aktualisierung 09.01.2020

**Europäischer Fonds für Steuerpflichtige**

**ZUSAMMENFASSUNG VON DOKUMENTEN:**

[Verordnung (EU) 2015/1017 - der Europäische Fonds für Steuerungen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R1017)

**WAR IST DER ZWECK DIESER VERORDNUNG?**

* Diese Regelungsordnung gehört ein:
  + einen einzelnen Fonds für öffentliche Rechte (EFSI);
  + einen EU-Garantiefonds;
  + eine europäische Plattform für Investitionsberatung; und
  + ein politisches Investitionsvorhabenportal.
* Zudem werden die zuständigen operativen Richtlinien werden.

**WICHTIGE ECKPUNKTE**

Der EFSI-Schaden durch die Rechte von Risikoübernahmekap-Verträgen und die [Europäische Investitionsbank (EIB)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_investment_bank.html) durch seine EU-Garantie und einen guten Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen mit bis zu 3.000 Steuern. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf [**kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/sme.html) und kleinen Unternehmen mit **mittelgroßer Marktkapitalisierung**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:1701_3%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) .

Die Leitungsstruktur des EFSI besteht aus:

* einem Lenkungsrat;
* einem bekehmsführenden Direktor;
* einem stellvertretenden Interessenvertretungsdirektor; und
* ein Investitionsausschuss.

Die Verwaltung des EFSI muss auf einer von einer der zwischen [Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) und der EIB.

Bedenken sind die vom EFSI. Ziel dieses Vorhaben ist die Rechte von Arbeitsbedingungen und Verwaltungsbedingungen.

**Für eine Förderung**durch den EFSI muss Vorhaben

* Verwirklichung tragfähiger und persönlicher durchführbar sein;
* die Mobilisierung von Kapital des privaten Sektors gehört;
* mit der EU-Politik gehört sein; und
* **Unterscheidenlichkeit**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:1701_3%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) widerrecht, dass sie dazu gehören, Marktversagen oder suboptimale Investitionsbedingungen zu regeln.

**EU-Garantie und EU-Garantiefonds**

Die Garantie kann gestellt werden, um etwa Ihre Ziele zu ändern:

* Forschung, Entwicklung und Innovation, zum Beispiel durch
  + Projekte im gleichen mit [Horizont 2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html)
  + Forschungsinfrastruktur
  + Wissens- und Technologietransfer;
* Entwicklung des Energiesektors (z. B. Energieeffizienz, interessantebare Energien), Verkehrsinfrastrukturen und -ausrüstungen sowie Umweltschutz und Ressourceneffizienz;
* Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien;
* Humankapital (Bildung), Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Gesundheit (Arzneimittelere Arzneimittel);
* zum Beispiel Betriebskapital und Risikofinanzierung.

Die EU-Garantie kann erhalten werden, um EIB-Rechte oder andere Formen von Finanzen oder Kredit, persönliche Rechte von nationalen [Förderbanken](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eib.org/about/partners/npbis/index.htm) oder -instituten, Investitionsplattformen oder -fonds, zu decken. Die Verträge von Finanzmittel oder Garantien der EIB für den [Europäischen Investitionsfonds (EIF)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:o10007) kommen auch für die Deckung durch die Garantie infrage.

Die Höhe der EU-Garantie darf **16 Milliarden EUR**nicht geprüft werden.

Die EU-Garantiefonds werden aus dem [Gesamthaushalt der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/budget.html) und anderen Quellenquellen wie z. B. gehört aus getätigten behinderten.

**Europäische Plattform für Investitionsberatung**

* Die [Plattform](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eib.org/eiah/index.htm) wird in Form von Beratung bei der Entwicklunglung, Vorbereitung und Entwicklung von Investitionsvorhaben.
* Sie dient als **auch Anlaufstelle**für technische Hilfe in den für die EFSI-Richtlinien, in den Energieeffizienz- und Verkehrsinfrastrukturen.
* Die EU gehört einen Beitrag von maximal 20 Millionen EUR pro Jahr zur Deckung der Kosten bis Ende 2020.

**Europäisches Investitionsvorhabenportal**

Es besteht darin, dass es sich um eine öffentliche zugängliche [Datenbank handelt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/eipp/desktop/de/index.html) , die Informationsfreundliche [Datenbank](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/eipp/desktop/de/index.html) , die Informationen über die Berechtigung und das Vorhaben in der EU-Zuständigkeit.

**Interessen zwischen dem**[**Europäischen Parlament (EP)**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html)**und der Europäischen Investitionsbank (EIB)**

Im Frühjahr 2017 unterzeichneten das EP und sterben EIB Eine [Vereinbarung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:22017A0519%252801%2529) according der - Verordnung (EU) 2015/1017 (Artikel 17). Die Vertragsübernahme der Verantwortlichen für die Informationenaustausch zwischen dem EP und der EIB, die für das Auswahlverfahren für die Richtlinien und die stellvertretendthrütor und die stellvertretendthrüsenden Dftsk Dftsk.

Auf Verlangen des EP haben der Kontakt des Lenkungsrates und des Leitsführende Direktors des EFSI dem EP-Bericht über die Leistung des EFSI zu erstatten. Das kann die Anhaltspunkte für die EP, die Vorlage von Berichten und die Beantwortung von Fragenfragen.

**Beschwerden der EFSI**

Bestimmte der Tatsache, dass der EFSI für eine Anfangsphase von 3 Jahren wurde, wurde die Verordnung (EU) 2015/1017 im Dezember 2017 durch die Verordnung (EU) [2017/2396](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32017R2396) geändert, die:

* die Eignung des EFSI bis zum Ende des Fortschritts [mehr des Finanzrahmens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/multiannual_financial_framework.html) , um weniger als **500 Milliarden Euro**und der Privatinvestitionen und der öffentlichen Rechte bis zum Jahr 2020 zu gehören;
* die Höhe der **EU-Garantie**auf **26 Milliarden Euro**Rechte;
* den **Beitrag der EIB**auf **7,5 Milliarden Euro**für den vollständigen Investitionszeitraum;
* das **Zielquote der EU-Garantien auf 35%**der Gesamtgarantieverpflichtungen der EU anpasst, um einen Schutzes Schutz zu gegeben;
* ermöglicht stirbt Übertragung Nach aus der Zuteilung ein das Instrument zur Vernetzung Europa [Connecting Europe Facility (CEF)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:3207_2) according die - Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 Eulen aus den Erlosen und Rückzahlungen im Rahmen der [CEF-Darlehensinstruments](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/growth-and-investment/financing-investment/connecting-europe-facility-cef-financial-instruments_de) und das [fawelhensinstruments](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/growth-and-investment/financing-investment/connecting-europe-facility-cef-financial-instruments_de) und die [2020 Energie Klimäschen, Fonds und Infrastruktur (Marguerite-Fonds)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.marguerite.com/about-us/background/) zur teilweisen Verwaltung des Beitrags aus dem Gesamthaushalt der EU in den EU-Garantiefonds für die Verwaltung.

**WANN TRITT DIE VERORDNUNG IN KRAFT?**

Sie ist am 4. Juli 2015 in Kraft getreten.

**HINTERGRUND**

Weiterführende Informationen:

* [Investitionsoffensive für Europa](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/commission/priorities/jobs-growth-and-investment/investment-plan_de) ( *Europäische Kommission*)
* [Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eib.org/efsi/index.htm) ( *Europäische Investitions*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Mittelgroße Marktkapitalisierung:**obwohl es keine einheitlichen EU-Definition gibt, enthält diese Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung im Allgemeinen zwischen 250 und 3.000 Mitarbeitern.

**Berechtigung:**in diesem Zusammenhang werden Finanzielle Mittel durch den EFSI einstaatliche Abwicklung eines EU-Landes, Finanzierungen durch EU-Programm oder Steuern EIB-Finanzierungen nicht verwaltet.

**HAUPTDOKUMENT**

Verordnung (EU) [2015/1017](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R1017) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für Steuerungen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Verwaltung der Verordnungen (EU) Nr. EU) Nr. 1316 / 2013 - der Europäische Fonds für Steuerpflichtige (ABl. L 169 vom 1.7.2015, S. 1-38)

Die im Nachhinein Steuernen Rechte der Verordnung (EU) 2015/1017 wurde in den Originaltext eingezogen. Diese [konsolidierte Fassung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02015R1017-20171230) hat den dokumentarischen Charakter.

**VERBUNDENE DOKUMENTE**

Mitteilung der Kommission und des Europäischen Parlaments und der Ratte - Gemeinsam für Beschäftigung und Wachstum: Die Rolle der nationalen Förderbanken im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa ( [KOM (2015) 361 final](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0361) vom 22.7.2015)

[Vereinbarung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:22017A0519%252801%2529) according die - Verordnung (EU) 2015/1017 der Europaischen Parlament und den Preis vom 25. Juni 2015 über die Europaischen Fond für strategische Investitionen, sterben europäische Plattform für Investitionsberatung und die europäischen Investitionsvorhabenportal Eulen zur Ärungen1 / 129 2013 und (EU) Nr. 1316/2013 - der Europäische Fonds für Steuerpflichtige (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 1-8)

Letzte Aktualisierung: 25.03.2019

**Statistiken zum lebenslangen Lernen**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Verordnung (EG) n o452/2008 - Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während des gesamten Lebens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452)

[Verordnung (EU) 2019/1700 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen zur Gründung und Haushalte und zur Änderung der Verordnung (EG) n o452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700)

**WAS IST DER ZWECK DIESER VORSCHRIFTEN ?**

Die Verordnungen schaffen einen gemeinsamen Rahmen für statistische Standards für die Erstellung harmonisierter Daten im Bereich der lebenslangen allgemeinen und beruflichen Bildung.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Vorschriften decken folgende Bereiche ab :

* 1.

die Bildungs- und Ausbildungssysteme;

* 2.

die anderen Statistiken zur allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens (z. B. Statistiken zum Humankapital sowie zu den sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen der Bildung).

Die Erstellung von Statistiken auf dem Europäischen Union (EU) Ebene wird durch die Implementierung von statistischen Einzelmaßnahmen erreicht wie zum Beispiel:

* für den ersten Bereich die regelmäßige und regelmäßige Übermittlung von Statistiken durch EU-Länder;
* im Rahmen des zweiten Bereichs zusätzliche Variablen und Indikatoren aus anderen Erhebungen und statistischen Informationssystemen bereitzustellen;
* die Entwicklung , Verbesserung und Aktualisierung von Standards und Handbüchern, die statistische Rahmenbedingungen, Konzepte und Methoden definieren;
* im Rahmen des Qualitätsrahmens die Qualität der Daten verbessern.

Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) berücksichtigt die Kapazitäten der EU-Länder in Bezug auf die oben genannten Maßnahmen. Bei den erhobenen Daten werden gegebenenfalls auch regionale und geschlechtsspezifische Dimensionen berücksichtigt.

Die Kommission ( [Eurostat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4301897) ) stellt die Zusammenarbeit mit [dem Institut für Statistik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/)[der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) , der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) für [wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) (OECD) und anderen internationalen Organisationen sicher, um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten und Doppelarbeit bei zu vermeiden die internationale Ebene.

**Bildungssysteme (UOE)**

Ab dem Schuljahr 2012/ 2013: Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 Statistiken über die Bildungs- und Ausbildungssysteme betreffen.

**Umfrage zur Erwachsenenbildung**

Umfrage 2016 über die Ausbildung von Erwachsenen: Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 über die Statistik über die Beteiligung von Erwachsenen in der Ausbildung während der gesamten Lebens.

**SEIT WANN GELTEN DIESE VORSCHRIFTEN ?**

Verordnung (EG) n o452/2008 gilt seit dem 24. Juni 2008 eingetragen .

Die Änderungsverordnung (EU) 2019/1700 gilt ab dem 1. Januar 2021.

**KONTEXT**

* Um Strategien für lebenslanges Lernen zu entwickeln und die Umsetzung dieser Strategien zu überwachen, ist die Erstellung vergleichbarer statistischer Daten von größter Bedeutung.
* Der im Mai 2009 verabschiedete [strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/education/policies/european-policy-cooperation/et2020-framework_fr) legt mehrere Ziele fest, die bis 2020 erreicht werden sollen. Die in den EU-Ländern erzielten Fortschritte werden in den Jahresberichten nach Ländern bewertet, und die EU legt auch Empfehlungen vor.
* Auf der Grundlage der bereitgestellten Informationen werden im [gemeinsamen Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) über die [europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:150102_2) wichtige vorrangige Bereiche und konkrete Fragen aufgeführt, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Dieser gemeinsame Bericht wurde im November 2015 angenommen.
* Weitere Informationen finden Sie unter:
  + [Allgemeine und berufliche Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/eurostat/fr/web/education-and-training/overview) ( *Eurostat*).

**Hauptdokumente**

Verordnung (EG) n o[452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens (ABl L 145 vom 4.6.2008, S.. 227-233)

Verordnung (EU) [2019/1700](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf Basis von Daten auf individueller Ebene von Proben gesammelt Festlegung, zur Änderung der Verordnungen (EG) n o808/2004 (EG), n o452/2008 und (EG) n o1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) n o577/98 (ABl L 261I von 2019.10.14, Seite 1-32)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Gemeinsamer Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) des Rates und der Kommission über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung („ Allgemeine und berufliche Bildung 2020“) - Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl C 417, 15.12.2015, S. 25-35)

Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 zur Durchführung der Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens, wie bezüglich der Statistiken über die Beteiligung von Erwachsenen im Laufe des Lebens der Ausbildung und die Verordnung (EU) Nr zur Aufhebung o823/2010 der Kommission (ABl L 316 vom 4.11. 2014, S.. 4-43)

Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 abgeschlossen wird Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung aller im Laufe des Lebens, wie zu Statistiken über allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5-10)

letzte Aktualisierung 09.01.2020

**Statistiken zum lebenslangen Lernen**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Verordnung (EG) n o452/2008 - Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während des gesamten Lebens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452)

[Verordnung (EU) 2019/1700 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen zur Gründung und Haushalte und zur Änderung der Verordnung (EG) n o452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700)

**WAS IST DER ZWECK DIESER VORSCHRIFTEN ?**

Die Verordnungen schaffen einen gemeinsamen Rahmen für statistische Standards für die Erstellung harmonisierter Daten im Bereich der lebenslangen allgemeinen und beruflichen Bildung.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Vorschriften decken folgende Bereiche ab :

* 1.

die Bildungs- und Ausbildungssysteme;

* 2.

die anderen Statistiken zur allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens (z. B. Statistiken zum Humankapital sowie zu den sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen der Bildung).

Die Erstellung von Statistiken auf dem Europäischen Union (EU) Ebene wird durch die Implementierung von statistischen Einzelmaßnahmen erreicht wie zum Beispiel:

* für den ersten Bereich die regelmäßige und regelmäßige Übermittlung von Statistiken durch EU-Länder;
* im Rahmen des zweiten Bereichs zusätzliche Variablen und Indikatoren aus anderen Erhebungen und statistischen Informationssystemen bereitzustellen;
* die Entwicklung , Verbesserung und Aktualisierung von Standards und Handbüchern, die statistische Rahmenbedingungen, Konzepte und Methoden definieren;
* im Rahmen des Qualitätsrahmens die Qualität der Daten verbessern.

Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) berücksichtigt die Kapazitäten der EU-Länder in Bezug auf die oben genannten Maßnahmen. Bei den erhobenen Daten werden gegebenenfalls auch regionale und geschlechtsspezifische Dimensionen berücksichtigt.

Die Kommission ( [Eurostat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4301897) ) stellt die Zusammenarbeit mit [dem Institut für Statistik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/)[der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) , der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) für [wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) (OECD) und anderen internationalen Organisationen sicher, um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten und Doppelarbeit bei zu vermeiden die internationale Ebene.

**Bildungssysteme (UOE)**

Ab dem Schuljahr 2012/ 2013: Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 Statistiken über die Bildungs- und Ausbildungssysteme betreffen.

**Umfrage zur Erwachsenenbildung**

Umfrage 2016 über die Ausbildung von Erwachsenen: Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 über die Statistik über die Beteiligung von Erwachsenen in der Ausbildung während der gesamten Lebens.

**SEIT WANN GELTEN DIESE VORSCHRIFTEN ?**

Verordnung (EG) n o452/2008 gilt seit dem 24. Juni 2008 eingetragen .

Die Änderungsverordnung (EU) 2019/1700 gilt ab dem 1. Januar 2021.

**KONTEXT**

* Um Strategien für lebenslanges Lernen zu entwickeln und die Umsetzung dieser Strategien zu überwachen, ist die Erstellung vergleichbarer statistischer Daten von größter Bedeutung.
* Der im Mai 2009 verabschiedete [strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/education/policies/european-policy-cooperation/et2020-framework_fr) legt mehrere Ziele fest, die bis 2020 erreicht werden sollen. Die in den EU-Ländern erzielten Fortschritte werden in den Jahresberichten nach Ländern bewertet, und die EU legt auch Empfehlungen vor.
* Auf der Grundlage der bereitgestellten Informationen werden im [gemeinsamen Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) über die [europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:150102_2) wichtige vorrangige Bereiche und konkrete Fragen aufgeführt, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Dieser gemeinsame Bericht wurde im November 2015 angenommen.
* Weitere Informationen finden Sie unter:
  + [Allgemeine und berufliche Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/eurostat/fr/web/education-and-training/overview) ( *Eurostat*).

**Hauptdokumente**

Verordnung (EG) n o[452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens (ABl L 145 vom 4.6.2008, S.. 227-233)

Verordnung (EU) [2019/1700](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf Basis von Daten auf individueller Ebene von Proben gesammelt Festlegung, zur Änderung der Verordnungen (EG) n o808/2004 (EG), n o452/2008 und (EG) n o1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) n o577/98 (ABl L 261I von 2019.10.14, Seite 1-32)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Gemeinsamer Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) des Rates und der Kommission über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung („ Allgemeine und berufliche Bildung 2020“) - Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl C 417, 15.12.2015, S. 25-35)

Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 zur Durchführung der Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens, wie bezüglich der Statistiken über die Beteiligung von Erwachsenen im Laufe des Lebens der Ausbildung und die Verordnung (EU) Nr zur Aufhebung o823/2010 der Kommission (ABl L 316 vom 4.11. 2014, S.. 4-43)

Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 abgeschlossen wird Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung aller im Laufe des Lebens, wie zu Statistiken über allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5-10)

letzte Aktualisierung 09.01.2020

**Statistiken zum lebenslangen Lernen**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Verordnung (EG) n o452/2008 - Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während des gesamten Lebens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452)

[Verordnung (EU) 2019/1700 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen zur Gründung und Haushalte und zur Änderung der Verordnung (EG) n o452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700)

**WAS IST DER ZWECK DIESER VORSCHRIFTEN ?**

Die Verordnungen schaffen einen gemeinsamen Rahmen für statistische Standards für die Erstellung harmonisierter Daten im Bereich der lebenslangen allgemeinen und beruflichen Bildung.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Vorschriften decken folgende Bereiche ab :

* 1.

die Bildungs- und Ausbildungssysteme;

* 2.

die anderen Statistiken zur allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens (z. B. Statistiken zum Humankapital sowie zu den sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen der Bildung).

Die Erstellung von Statistiken auf dem Europäischen Union (EU) Ebene wird durch die Implementierung von statistischen Einzelmaßnahmen erreicht wie zum Beispiel:

* für den ersten Bereich die regelmäßige und regelmäßige Übermittlung von Statistiken durch EU-Länder;
* im Rahmen des zweiten Bereichs zusätzliche Variablen und Indikatoren aus anderen Erhebungen und statistischen Informationssystemen bereitzustellen;
* die Entwicklung , Verbesserung und Aktualisierung von Standards und Handbüchern, die statistische Rahmenbedingungen, Konzepte und Methoden definieren;
* im Rahmen des Qualitätsrahmens die Qualität der Daten verbessern.

Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) berücksichtigt die Kapazitäten der EU-Länder in Bezug auf die oben genannten Maßnahmen. Bei den erhobenen Daten werden gegebenenfalls auch regionale und geschlechtsspezifische Dimensionen berücksichtigt.

Die Kommission ( [Eurostat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4301897) ) stellt die Zusammenarbeit mit [dem Institut für Statistik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/)[der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://uis.unesco.org/fr) , der [Organisation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) für [wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.oecd.org/fr/) (OECD) und anderen internationalen Organisationen sicher, um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten und Doppelarbeit bei zu vermeiden die internationale Ebene.

**Bildungssysteme (UOE)**

Ab dem Schuljahr 2012/ 2013: Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 Statistiken über die Bildungs- und Ausbildungssysteme betreffen.

**Umfrage zur Erwachsenenbildung**

Umfrage 2016 über die Ausbildung von Erwachsenen: Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 über die Statistik über die Beteiligung von Erwachsenen in der Ausbildung während der gesamten Lebens.

**SEIT WANN GELTEN DIESE VORSCHRIFTEN ?**

Verordnung (EG) n o452/2008 gilt seit dem 24. Juni 2008 eingetragen .

Die Änderungsverordnung (EU) 2019/1700 gilt ab dem 1. Januar 2021.

**KONTEXT**

* Um Strategien für lebenslanges Lernen zu entwickeln und die Umsetzung dieser Strategien zu überwachen, ist die Erstellung vergleichbarer statistischer Daten von größter Bedeutung.
* Der im Mai 2009 verabschiedete [strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/education/policies/european-policy-cooperation/et2020-framework_fr) legt mehrere Ziele fest, die bis 2020 erreicht werden sollen. Die in den EU-Ländern erzielten Fortschritte werden in den Jahresberichten nach Ländern bewertet, und die EU legt auch Empfehlungen vor.
* Auf der Grundlage der bereitgestellten Informationen werden im [gemeinsamen Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) über die [europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:150102_2) wichtige vorrangige Bereiche und konkrete Fragen aufgeführt, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Dieser gemeinsame Bericht wurde im November 2015 angenommen.
* Weitere Informationen finden Sie unter:
  + [Allgemeine und berufliche Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/eurostat/fr/web/education-and-training/overview) ( *Eurostat*).

**Hauptdokumente**

Verordnung (EG) n o[452/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R0452) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens (ABl L 145 vom 4.6.2008, S.. 227-233)

Verordnung (EU) [2019/1700](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R1700) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 einen gemeinsamen Rahmen für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf Basis von Daten auf individueller Ebene von Proben gesammelt Festlegung, zur Änderung der Verordnungen (EG) n o808/2004 (EG), n o452/2008 und (EG) n o1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) n o577/98 (ABl L 261I von 2019.10.14, Seite 1-32)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Gemeinsamer Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015XG1215%252802%2529) des Rates und der Kommission über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung („ Allgemeine und berufliche Bildung 2020“) - Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl C 417, 15.12.2015, S. 25-35)

Verordnung (EU) n o[1175/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober Jahr 2014 zur Durchführung der Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung während der gesamten Lebens, wie bezüglich der Statistiken über die Beteiligung von Erwachsenen im Laufe des Lebens der Ausbildung und die Verordnung (EU) Nr zur Aufhebung o823/2010 der Kommission (ABl L 316 vom 4.11. 2014, S.. 4-43)

Verordnung (EU) n o[912/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 abgeschlossen wird Verordnung (EG) n o452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und Ausbildung aller im Laufe des Lebens, wie zu Statistiken über allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5-10)

letzte Aktualisierung 09.01.2020

**Hochleistungsfähige, Verantwortige, kohlenstoffarme und laufende Energie**

Die Strategie der EU für die Wahrnehmung und die Wahrnehmung des Energiebereichs ist eine politische Kontrolle der Energiepolitik der EU. Ziel ist es, Energietechnologien und innovative Lösungen im Energiebereich auswirken.

**RECHTSAKT**

Mitteilung der Kommission und des Europäischen Parlaments, der Ratte, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Beziehungen: Beziehungen und Ansichten im Energiebereich ( [KOM (2013) 253 final](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52013DC0253) vom 2.5.2013)

**ZUSAMMENFASSUNG**

Die Strategie der EU für die Wahrnehmung und die Wahrnehmung des Energiebereichs ist eine politische Kontrolle der Energiepolitik der EU. Ziel ist es, Energietechnologien und innovative Lösungen im Energiebereich auswirken.

**WAR IST DER ZWECK DIESER MITTEILUNG?**

In der Mitteilung wird eine Strategie geändert, die die Rechtsvorschriften werden und mit dem Verhaltenleistet werden, dass die EU im Bereich Technologie und Innovation führender Führer ist, um so die Herausforderungswägungen im Energie beberenber hausu 2020 und darigen beigen hauswährigen bis 2020.

Es wird daraufhin abgezielt, [hochleistungsfähig, gegebenige, kohlenstoffarme und nachhaltige Energietechnologien](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Duriserv:180101_2) auf dem Markt zu bringen, damit die Ziele der Strategie [Europa 2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Duriserv:em0028) für intelligente, verständige und integrative gewinnbringen werden.

**WICHTIGE ECKPUNKTE**

In der Mitteilung werden zu den folgenden Grundsätzen:

* Betrachtung des Gesamtenergiesystems bei der Festlegung von Arbeiten;
* Stärkung der Verbindung zwischen Innovation und Energiepolitik;
* Bündelung finanzieller Ressourcen für Forschung und Innovation; sowie
* Fokussierung auf Interessen für die Zeit nach 2020.

Die Europäische Kommission wird zusammen mit am [EU-Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Duriserv:en0019) \* beteiligten Akteure (unter Leitung der Lenkungsgruppe des SET-Plan) stirbt Entwicklung eine Integrierten Fahrplan sicherstellen, der:

* 1.

die Technologiepläne der konsolidierten SET-Pläne ;

* 2.

die gesamte Forschungs- und Innovationskette (von der Grundlagenforschung bis hin zur Markteinführung) geschlossen; und

* 3.

klar Rollen und Aufgaben für die verschiedenen wie das [Europäische Energieforschungsbündnis](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eera-set.eu/) (EERA) und das [Europäische Innovations- und Technologieinstitut](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Duriserv:2702_1) (EIT) festlegt.

Zudem ist ein Aktionsplan für persönliche und individuelle Rechte zur Prüfung des Verhaltens Fahrplänen Arbeitsarbeiten.

Die Kommission soll das System für die [Kontrolle und die](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://setis.ec.europa.eu/set-plan-process/integrated-roadmap-and-action-plan) Kontrolle der [Rechte Fahrpläne und die Aktionspläne](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://setis.ec.europa.eu/set-plan-process/integrated-roadmap-and-action-plan) ausbauen, das sich auf das [Europäische Energietechnologie-Informationssystem](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://setis.ec.europa.eu/about-setis) (SETIS) und den SET-Plan stufen.

Die Kommission soll eine Koordinierungsstruktur (im Rahmen der Lenkungsgruppe des SET-Plans) zur Förderung der Förderung in Forschung und Innovation auf dem Gebiet der Energieeffizienzverwaltung.

Die Mitteilung fordert das Europäische Parlament und die Europäische Ratte auf:

* ihre Erfüllung für den SET-Plan zu bekräftigen;
* die unterschiedlichen Grundsätze und Entwicklungen für die Wahrnehmung und den Energiebereich in der gesamten EU zu billigen; und
* zu haben, dass die EU-Mittel und die nationalen und privaten Rechte dieser Strategie verwendet werden.

**HINTERGRUND**

Kohlenstoffarme Technologien (dh Solarenergie, Windkraft oder Kohlenstoffabscheidung und -speicherung) verfügen über großes Potenzial hinsichtlich der [senkung von Treibhausgasemissionen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/%3Furi%3Duriserv:2001_10) (THG-Emissionen), der Förderung Nachhaltiger Energie, der Förderung Nachhaltiger Energie der Förderung der Värterschälten der Väftskezen der Väftskezen der Virtschaffenwinger undiginger der Väftskezenwinger Undiginger Wie auch immer und auf diesem Gebiet in der Regel kostspielig, riskant und verlaufen langsam. Dies wird die Aufgabe einer Strategie für der Wahrnehmung und der Wahrnehmung im Energiebereich.

Weitere Informationen sind auf den Websites der Europäischen Kommission zum Thema [Technologie und Innovation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/energy/en/topics/technology-and-innovation) und zum [Strategieplan für Energietechnologie](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/energy/en/topics/technology-and-innovation/strategic-energy-technology-plan) .

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

\* Der **SET-Plan**soll die Entwicklung und Einführung der kohlenstoffarmer Aktivitäten erfolgen. Er dient der Förderung von Forschung und Innovation sowie der europaweiten Zusammenarbeit und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Senkung der mit dieser möglichen Kosten.

Letzte Aktualisierung: 26.08.2015

**Die Erweiterungsstrategie 2015**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Mitteilung [ KOM ( 2015) 611 endg.] - Die Erweiterungsstrategie der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0611)

**WAS IST DAS OBJEKT DIESER KOMMUNIKATION?**

Jedes Jahr verabschiedet die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) ihr „Erweiterungspaket“, das aus Dokumenten besteht, in denen ihre EU- [Erweiterungspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enlargement.html) erläutert wird .

Das Paket enthält [das Strategiepapier zur Erweiterung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0611) , in dem der Weg in [die Zukunft dargelegt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0611) und über die Fortschritte jedes [Kandidatenlandes](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/applicant_countries.html) und jedes potenziellen Kandidatenlandes berichtet wird. Dem Strategiedokument sind detaillierte Berichte für jedes Land beigefügt.

**WICHTIGE PUNKTE**

Zusätzlich zur Gesamtstrategie enthält das Paket die folgenden Berichte, in denen die Fortschritte der einzelnen Kandidaten und potenziellen Kandidatenländer im vergangenen Jahr sowie die Leitlinien für die Reformprioritäten dargelegt sind :

* [Montenegro-Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0210)
* [Der Bericht der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0212)
* [Albanien-Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0213)
* [Serbien 2015 Bericht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0211)
* [Türkei-Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0216)
* [Bosnien und Herzegowina Bericht 2015](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0214)
* [Kosovo-Bericht 2015 \*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0215)

**\***Diese Bezeichnung lässt die Standpunkte zum Status unberührt und steht im Einklang mit der [Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get%3FOpen%26DS%3DS/RES/1244%2520(1999)%26Lang%3DE%26Area%3DUNDOC) sowie [der Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.icj-cij.org/en/case/141) .

**KONTEXT**

* Weitere Informationen finden Sie auf der Seite [" Aktuellen Status prüfen "](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/enlargement/countries/check-current-status/index_en.htm) auf der Website der Europäischen Kommission.

**HANDLUNG**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die Erweiterungsstrategie der EU [ [KOM ( 2015) 611](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0611) endg. Vom 10.11.2015]

**VERWANDTE RECHTSAKTE**

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über Montenegro, zusammen mit der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die EU-Erweiterungsstrategie [ [SWD (2015) 210](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0210) endg. Vom 10.11 .2015]

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über Serbien, begleitet von der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die EU-Erweiterungsstrategie [ [SWD (2015) 211](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0211) endg. Vom 10.11 .2015]

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, begleitet von der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die Erweiterungsstrategie der EU [ [SWD (2015) 212 Finale](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0212) vom 10.11.2015]

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über Albanien, der der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen beigefügt ist - Die EU-Erweiterungsstrategie [ [SWD (2015) 213](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0213) endg. Vom 10.11 .2015]

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über Bosnien und Herzegowina, begleitet von der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die Erweiterungsstrategie EU [ [SWD (2015) 214 final](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0214) vom 10.11.2015]

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über das Kosovo \*, zusammen mit der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die EU-Erweiterungsstrategie [ [SWD (2015) 215 final](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0215) of 10.11.2015]

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - Bericht 2015 über die Türkei, zusammen mit der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Die EU-Erweiterungsstrategie [ [SWD (2015) 216](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0216) endg. Vom 10.11 .2015]

letzte Aktualisierung 19.07.2016

**Umsetzung der Entscheidung über die Initiative zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Durchführungsbeschluss 2014/660 / EU über die Musterfinanzierungsvereinbarung für den Beitrag des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zu einem gemeinsamen Instrument für unbeschränkte Garantien und einem Verbriefungsfinanzinstrument zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0660)

**WAS IST DAS THEMA DIESER ENTSCHEIDUNG?**

Es soll garantieren:

* dass die Finanzinstrumente der Europäischen Union (EU), die [kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/sme.html) , schnell reagieren können, indem sie ein Musterfinanzierungsabkommen schaffen, das darauf abzielt, einheitliche Bedingungen und Gleichbehandlung für und zwischen den teilnehmenden EU-Ländern unter Verwendung der verfügbaren Ressourcen sicherzustellen ;;
* kohärente Regeln für den Beitrag dieser Ressourcen zu einem einzelnen Finanzierungsabkommen, das von den teilnehmenden EU-Ländern und der [Europäischen Investitionsbank (EIB)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_investment_bank.html) oder dem [Europäischen Investitionsfonds (EIF) geschlossen wurde,](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eif.org/) sowie für die Bedingungen, die in Delegationsvereinbarungen für andere Quellen im Rahmen des Abkommens enthalten sind [COSME](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1901_3) (Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen) und [Horizont 2020-Programme](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html) .

**WICHTIGE PUNKTE**

**Umfang**

Mit dieser Entscheidung wird die Musterfinanzierungsvereinbarung für den finanziellen Beitrag festgelegt :

* der [Europäische](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:2602_3)[Fonds für](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:0301_1)[regionale Entwicklung und (EFRE)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:2602_3) und der [Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (EAFRD)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:0301_1) ;
* **unbegrenzte Garantie**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4340536%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) und **Verbriefung**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4340536%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) Finanzinstrumente für KMU; und
* abgeschlossen zwischen der EIB und dem EIF und jedem teilnehmenden EU - Land.

**Regeln**

Die Regeln für die Musterfinanzierungsvereinbarung sind im Anhang der Entscheidung aufgeführt. Sie decken eine Reihe von Elementen ab, darunter:

* Förder- und Ausschlusskriterien [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4340536%26from%3DEN%23keyterm_E0003#keyterm_E0003) ;
* allgemeine Grundsätze für die Umsetzung und Verwaltung der beiden Finanzinstrumente;
* territoriale Abdeckung;
* minimale Hebel, Zwischenwerte und Strafen bewirken ;
* Aufgaben und Pflichten des EIF;
* Auswahl von Finanzintermediären und Betriebsvereinbarungen;
* Führung;
* Beiträge.

**SEIT WANN GILT DIESE ENTSCHEIDUNG ?**

Es gilt seit dem 13. September 2014.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Ländliche Entwicklung 2014-2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020_fr) ( *Europäische Kommission*)
* [Europäischer Fonds für regionale Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/regional_policy/fr/funding/erdf/) ( *Europäische Kommission*)
* [Fondsmanagementsystem in der Europäischen Union - EFRE](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/sfc/en/2014/fund/erdf) ( *Europäische Kommission*)

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Uncapped Guarantee :**Bietet Banken, die neue Kreditportfolios **aufbauen, unbegrenzte**Portfoliogarantien und geplante teilweise Entlastung von den Kapitalanforderungen. Im Gegenzug übertragen die einleitenden Finanzinstitute die Vorteile dieser Instrumente in Form einer Akzeptanz eines höheren Kundenrisikos, eines geringeren Sicherheitenbedarfs und / oder geringerer Kosten auf KMU.

**Verbriefung:**Transaktionen, die durch ein bestehendes Kreditportfolio abgesichert sind. Im Gegenzug erklären sich die einleitenden Finanzinstitute ausdrücklich damit einverstanden, KMU in Regionen, die die Zulassungskriterien für in die Struktur eingezahlte europäische Mittel erfüllen, neue europäische Finanzmittel anzubieten.

**Neue Art der Finanzierung durch Kreditaufnahme**: Neue Darlehen, Leasingverträge oder Garantien für die Endbegünstigten, die vom Finanzintermediär spätestens am Sonntag, dem 31. Dezember 2023, gemäß den in den Betriebsvereinbarungen festgelegten Bedingungen geschaffen wurden.

**HAUPTDOKUMENT**

Durchführungsbeschluss [2014/660 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0660) vom 11. September 2014 über die [Musterfinanzierungsvereinbarung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0660) für den Beitrag des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zu einem gemeinsamen, nicht begrenzten Garantieinstrument und zu einem Instrument zur finanziellen Verbriefung für kleine und mittlere Unternehmen. Unternehmen mit großer Größe (ABl. L 271 vom 12.9.2014, S. 58-92)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Verordnung (EU) Nr o[1301/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1301) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und die spezifischen Bestimmungen über die ‚Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1080 / 2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289-302)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EU) Nr o1301/2013 wurden in das Originaldokument aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1301-20180802) hat nur dokumentarischen Wert.

Verordnung (EU) Nr o[1291/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1291) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Entscheidung n o1982/2006 / EG (ABl L 347, 20.12.2013, S. 104-173)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1291-20150704) .

Verordnung (EU) Nr o[1287/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1287) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 In - Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung der Entscheidung zur Gründung o1639/2006 / EG (ABl L 347, 20.12.2013, S. 33–49)

Richtlinie [2013/36 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013L0036) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die aufsichtsrechtliche Überwachung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen zur Änderung der Richtlinie 2002/87 / EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006 / 48 / EG und 2006/49 / EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338-436)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013L0036-20180709) .

Verordnung (EU) Nr. O[575/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0575) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und Änderung der Verordnung (EU) Nr. O648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1) 1-337)

Bitte beachten [Sie die konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R0575-20190101)

Verordnung (EU, Euratom) Nr o[966/2012](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32012R0966) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr o1605/2002 (ABl L 298, 26.10.2012, S. 1-96)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02012R0966-20170101) .

letzte Aktualisierung 01.02.2019

**Umsetzung der Entscheidung über die Initiative zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Durchführungsbeschluss 2014/660 / EU über die Musterfinanzierungsvereinbarung für den Beitrag des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zu einem gemeinsamen Instrument für unbeschränkte Garantien und einem Verbriefungsfinanzinstrument zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0660)

**WAS IST DAS THEMA DIESER ENTSCHEIDUNG?**

Es soll garantieren:

* dass die Finanzinstrumente der Europäischen Union (EU), die [kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/sme.html) , schnell reagieren können, indem sie ein Musterfinanzierungsabkommen schaffen, das darauf abzielt, einheitliche Bedingungen und Gleichbehandlung für und zwischen den teilnehmenden EU-Ländern unter Verwendung der verfügbaren Ressourcen sicherzustellen ;;
* kohärente Regeln für den Beitrag dieser Ressourcen zu einem einzelnen Finanzierungsabkommen, das von den teilnehmenden EU-Ländern und der [Europäischen Investitionsbank (EIB)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_investment_bank.html) oder dem [Europäischen Investitionsfonds (EIF) geschlossen wurde,](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eif.org/) sowie für die Bedingungen, die in Delegationsvereinbarungen für andere Quellen im Rahmen des Abkommens enthalten sind [COSME](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1901_3) (Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen) und [Horizont 2020-Programme](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html) .

**WICHTIGE PUNKTE**

**Umfang**

Mit dieser Entscheidung wird die Musterfinanzierungsvereinbarung für den finanziellen Beitrag festgelegt :

* der [Europäische](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:2602_3)[Fonds für](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:0301_1)[regionale Entwicklung und (EFRE)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:2602_3) und der [Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (EAFRD)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:0301_1) ;
* **unbegrenzte Garantie**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4340536%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) und **Verbriefung**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4340536%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) Finanzinstrumente für KMU; und
* abgeschlossen zwischen der EIB und dem EIF und jedem teilnehmenden EU - Land.

**Regeln**

Die Regeln für die Musterfinanzierungsvereinbarung sind im Anhang der Entscheidung aufgeführt. Sie decken eine Reihe von Elementen ab, darunter:

* Förder- und Ausschlusskriterien [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4340536%26from%3DEN%23keyterm_E0003#keyterm_E0003) ;
* allgemeine Grundsätze für die Umsetzung und Verwaltung der beiden Finanzinstrumente;
* territoriale Abdeckung;
* minimale Hebel, Zwischenwerte und Strafen bewirken ;
* Aufgaben und Pflichten des EIF;
* Auswahl von Finanzintermediären und Betriebsvereinbarungen;
* Führung;
* Beiträge.

**SEIT WANN GILT DIESE ENTSCHEIDUNG ?**

Es gilt seit dem 13. September 2014.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Ländliche Entwicklung 2014-2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020_fr) ( *Europäische Kommission*)
* [Europäischer Fonds für regionale Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/regional_policy/fr/funding/erdf/) ( *Europäische Kommission*)
* [Fondsmanagementsystem in der Europäischen Union - EFRE](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/sfc/en/2014/fund/erdf) ( *Europäische Kommission*)

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Uncapped Guarantee :**Bietet Banken, die neue Kreditportfolios **aufbauen, unbegrenzte**Portfoliogarantien und geplante teilweise Entlastung von den Kapitalanforderungen. Im Gegenzug übertragen die einleitenden Finanzinstitute die Vorteile dieser Instrumente in Form einer Akzeptanz eines höheren Kundenrisikos, eines geringeren Sicherheitenbedarfs und / oder geringerer Kosten auf KMU.

**Verbriefung:**Transaktionen, die durch ein bestehendes Kreditportfolio abgesichert sind. Im Gegenzug erklären sich die einleitenden Finanzinstitute ausdrücklich damit einverstanden, KMU in Regionen, die die Zulassungskriterien für in die Struktur eingezahlte europäische Mittel erfüllen, neue europäische Finanzmittel anzubieten.

**Neue Finanzierungsmethode durch Schulden**: Neue Darlehen, Leasingverträge oder Garantien für die Endbegünstigten, die vom Finanzintermediär spätestens am Sonntag, dem 31. Dezember 2023, gemäß den in den Betriebsvereinbarungen festgelegten Bedingungen geschaffen wurden.

**HAUPTDOKUMENT**

Durchführungsbeschluss [2014/660 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0660) vom 11. September 2014 über die [Musterfinanzierungsvereinbarung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014D0660) für den Beitrag des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zu einem gemeinsamen, nicht begrenzten Garantieinstrument und zu einem Instrument zur finanziellen Verbriefung für kleine und mittlere Unternehmen. Unternehmen mit großer Größe (ABl. L 271 vom 12.9.2014, S. 58-92)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Verordnung (EU) Nr o[1301/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1301) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und die spezifischen Bestimmungen über die ‚Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1080 / 2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289-302)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EU) Nr o1301/2013 wurden in das Originaldokument aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1301-20180802) hat nur dokumentarischen Wert.

Verordnung (EU) Nr o[1291/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1291) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Entscheidung n o1982/2006 / EG (ABl L 347, 20.12.2013, S. 104-173)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1291-20150704) .

Verordnung (EU) Nr o[1287/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1287) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 In - Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung der Entscheidung zur Gründung o1639/2006 / EG (ABl L 347, 20.12.2013, S. 33–49)

Richtlinie [2013/36 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013L0036) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die aufsichtsrechtliche Überwachung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen zur Änderung der Richtlinie 2002/87 / EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006 / 48 / EG und 2006/49 / EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338-436)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013L0036-20180709) .

Verordnung (EU) Nr. O[575/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0575) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und Änderung der Verordnung (EU) Nr. O648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1) 1-337)

Bitte beachten [Sie die konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R0575-20190101)

Verordnung (EU, Euratom) Nr o[966/2012](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32012R0966) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr o1605/2002 (ABl L 298, 26.10.2012, S. 1-96)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02012R0966-20170101) .

letzte Aktualisierung 01.02.2019

**Mechanismus zur Überwachung von Treibhausgasen**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS**

[Verordnung (EU) Nr. O525/2013 - Mechanismus zur Überwachung und Meldung von Treibhausgasemissionen und anderen Informationen im Zusammenhang mit dem Klimawandel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0525)

**WAS IST DAS GEGENSTAND DIESER VERORDNUNG?**

* Die Verordnung über Überwachungsmechanismen (RMS) erweitert und stärkt den bisherigen Mechanismus zur Überwachung der Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union (EU) erheblich.
* Ziel ist es, die Verfahren und Regeln für die Überwachung und Meldung von Treibhausgasemissionen zu verbessern.
* Durch die Integration der neuen Überwachungs- und Berichtspflichten aus dem EU- Paket [„Klima und Energie 2020“](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2020_fr) und den jüngsten Entscheidungen des [Rahmenübereinkommens](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://unfccc.int/2860.php) der [Vereinten Nationen über Klimaänderungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://unfccc.int/2860.php) (UNFCCC) ersetzt es den alten Überwachungsmechanismus, der durch den [Beschluss Nr. 280 / 2004/ EG](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32004D0280) .

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Regel:

* fördert **Überwachungs-, Berichterstattungs- und Überprüfungsverfahren**und -regeln , die die Umsetzung nationaler und internationaler Verpflichtungen ermöglichen;
* Einrichtung eines europäischen **Treibhausgasinventarsystems**[\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:2001_11%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) zur Verbesserung der Transparenz und Vollständigkeit der THG-Inventare der EU-Länder;
* integriert Informationen aus EU-Ländern zu **ihren Planungs- und Anpassungsstrategien an den Klimawandel**, die Aspekte wie Überschwemmungen, Dürren und extreme Temperaturen abdecken;
* Verbesserung der Erklärung der EU und der EU-Länder zur **finanziellen und technologischen Unterstützung**der Entwicklungsländer;
* garantiert **die Aktualität, Transparenz, Genauigkeit, Vergleichbarkeit und Vollständigkeit der**von der EU und den EU-Ländern gemeldeten **Daten**.

**SEIT WANN GILT DIESE VERORDNUNG ?**

Es gilt seit dem 8. Juli 2013.

**KONTEXT**

* Im Anschluss an die verschiedenen internationalen Klimaverhandlungen und die neuen Anforderungen der UNFCCC, und unter Berücksichtigung der Entwicklung der europäischen Gesetzgebung, den Beschluss Nr 280/2004/ EG, die weniger strenge Maßnahmen, die Treibhausgasemissionen der EU zu überwachen und die Umsetzung [Kyoto - Protokolls](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php) , erforderlich deutlich verbessert werden.
* 2013 hat die EU ihre Verordnung über den Überwachungsmechanismus verabschiedet, mit der der Beschluss Nr. 280/2004/ EG aufgehoben wurde . Es verfügte daher über einen starken Berichterstattungsmechanismus für EU-Projektionen, -Politiken und -Maßnahmen in Bezug auf Treibhausgasemissionen.
* Die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) veröffentlicht jedes Jahr ihren Bericht über den Stand der Klimaschutzmaßnahmen. Darüber hinaus berichtet sie regelmäßig an die Vereinten Nationen.
* Weitere Informationen finden Sie unter:
  + die Seite mit dem Titel [„Emissionsüberwachung und -berichterstattung“](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/progress/monitoring_fr) auf der Website der Europäischen Kommission;
  + die Seite ["Klimawandel"](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eea.europa.eu/themes/climate) auf der Website der Europäischen Umweltagentur.

**\* SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Treibhausgasinventar :**Dies ist ein Emissionsinventar, das sieben verschiedene Treibhausgase aus allen Sektoren überwacht, einschließlich

* Energie,
* industrieller Prozess,
* Abfall,
* Landwirtschaft,
* Land Einsatz , Land Nutzung Änderung und Forstwirtschaft (LULUCF).

Das EU-Treibhausgasinventar wird jährlich von der Europäischen Kommission mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur erstellt.

**HAUPTDOKUMENT**

Verordnung (EU) Nr. O[525/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0525) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über einen Mechanismus zur Überwachung und Meldung von Treibhausgasemissionen sowie zur Meldung anderer Informationen zum Klima auf nationaler Ebene und auf Ebene der Union Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 280/2004/ EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 13-40)

Aufeinanderfolgende Änderungen der Verordnung (EU) Nr. O525/2013 wurden in den Grundtext aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R0525-20140717) hat nur dokumentarischen Wert.

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Verordnungen Delegierten (EU) n o[666/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R0666) der Kommission vom 12. März 2014 die wesentlichen Anforderungen , die für eine Union Inventarsystem zur Gründung und unter Berücksichtigung der möglichen Veränderungen in der globalen Erwärmung und Vorräte im Zusammenhang Leitlinien im gegenseitigen Einvernehmen auf internationalen Ebene erlassen mit der Verordnung (EU) Nr o525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl L 179 vom 2014.06.19, S. 26-30 . )

Durchführungsverordnung (EU) Nr o[749/2014](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32014R0749) der Kommission vom 30. Juni 2014 über die Struktur, Präsentation, hinsichtlich der Übertragung und Überprüfung der von den Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) vorgelegt n o525/2013 des Europäischen Parlaments und des der Rat (ABl. L 203 vom 11.7.2014, S. 23-90)

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel ‚Fortschritte bei der Ziele im Rahmen des Kyoto - Protokolls zu erreichen und die Ziele der Union für 2020‘ [gemäß Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr o525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über einen Mechanismus zur Überwachung und Meldung von Treibhausgasemissionen sowie zur Meldung anderer Informationen zum Klimawandel und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 280/2004/ EG auf nationaler und Unionsebene ] [ [KOM (2014) ) 689 Finale](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52014DC0689) vom 28. Oktober 2014]

letzte Aktualisierung 28.11.2016

**Präferenzielle Ursprungsregeln für den gesamten Euro-Mittelmeerraum**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Beschluss 2013/94 / EU über das regionale Übereinkommen über die bevorzugten Herkunftsregeln für den gesamten Euro-Mittelmeerraum](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013D0094)

**WAS IST DAS THEMA DIESER ENTSCHEIDUNG?**

* Damit wird das regionale Übereinkommen über die Vorzugsregeln für den gesamten Euro-Mittelmeerraum [\* abgeschlossen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:rx0014%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) .
* Diese Konvention ermöglicht es den Ländern des gesamten euro-mediterranen Raums (in den nachstehenden Schlüsselpunkten aufgeführt), von gemeinsamen Regeln und einer Vorzugsbehandlung in Bezug auf Zölle zu profitieren.
* Ziel ist es, eine tiefere wirtschaftliche Integration zu fördern und stärkere Handelsbeziehungen in der Region herzustellen.

**WICHTIGE PUNKTE**

Im April 2011 wurde im Namen der Europäischen Union ein regionales Übereinkommen über die Herkunft der im gesamten euro-mediterranen Raum gehandelten Waren unterzeichnet . Dieses Übereinkommen vereint in einem **einzigen Rechtsinstrument**alle Vorschriften über die Herkunft der im europäischen Handel gehandelten Waren Teil der Union etwa sechzig Freihandelsabkommen - bilaterale Handelsabkommen zwischen den Ländern des Pan-Euro-Mittelmeerraums einschließlich der Teilnehmer [am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (PSA)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/glossary/terms/sap_en) der Union.

**Vertragsparteien**

Neben der Union sind die Vertragsparteien dieses Übereinkommens wie folgt:

* die Staaten der [Europäischen Freihandelsassoziation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.efta.int/) : Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz;
* die Unterzeichner der [Erklärung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/euromed/docs/bd_en.pdf) von [Barcelona](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/euromed/docs/bd_en.pdf) : Algerien, Palästinensische Autonomiebehörde, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien und die Türkei;
* die Färöer;
* die Teilnehmer an der SAP: Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien sowie das Kosovo ( 1);
* das Georgien, Moldawien und die Ukraine.

**Ursprungsprodukte**

Damit Vorzugstarife gelten können, muss der Ursprung der Waren festgestellt werden. Die Waren gelten als Erzeugnisse mit Ursprung in der europaweiten Kumulationszone, wenn es sich um Folgendes handelt:

* vollständig im Gebiet einer Vertragspartei des Übereinkommens gewonnen (z. B. gewonnen, geerntet oder bei lebenden Tieren geboren und aufgewachsen);
* zusammengesetzt aus Materialien mit Ursprung in Ländern, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben (Materialien ohne Ursprungseigenschaft), die jedoch im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei des Übereinkommens ausreichend bearbeitet oder verarbeitet wurden (Anhang II von Anhang I);
* aus dem [Europäischen Wirtschaftsraum](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:em0024) importiert und an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens exportiert.

**Pan-Euro-Mittelmeer-Kumulationszone**

Die Konvention basiert auf einem **Kumulierungssystem,**nach dem die Vertragsparteien der Konvention die von den anderen Parteien stammenden Produkte so verwenden können, als ob sie in ihrem Hoheitsgebiet hergestellt worden wären. In Übereinstimmung mit dem pan-euro-mediterranen System der Ursprungskumulation gilt zwischen der Union und vielen der betreffenden Länder ein System der [diagonalen Kumulierung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.wcoomd.org/fr/topics/origin/instrument-and-tools/comparative-study-on-preferential-rules-of-origin/specific-topics/study-annex/cum-dia.aspx) .

**Herkunftsnachweis**

* Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes der Ausstellung **Zertifikate**von **Zirkulation**von Waren [EUR.1](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://www.chamber-international.com/exporting-chamber-international/documentation-for-export-and-import/eur-1-certificates/) oder EUR-MED , dass attestieren ihre Herkunft. Importeure anderer Vertragsparteien des Übereinkommens können somit von Zollpräferenzzöllen profitieren.
* Zugelassene Ausführer können auch eine **Ursprungserklärung**oder eine Ursprungserklärung EUR-MED ausstellen .

**Bestimmungen über die administrative Zusammenarbeit**

Die Zollbehörden der Parteien werden zusammenarbeiten (z. B. durch Austausch von Mustern der Abdrücke der Briefmarken, die für die Ausstellung der Bewegungszertifikate EUR.1 und EUR-MED verwendet wurden, oder durch Überprüfung der Ursprungsnachweise).

**Management und Implementierung**

Ein gemeinsamer Ausschuss aus Vertretern aller Vertragsparteien ist für die Verwaltung und Umsetzung des Übereinkommens verantwortlich.

( 1) Diese Bezeichnung lässt die Standpunkte zum Status unberührt und steht im Einklang mit der [Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/172/89/PDF/N9917289.pdf%3FOpenElement) sowie der [Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.icj-cij.org/files/case-related/141/16013.pdf) zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. 

**SEIT WANN GILT DIESE ENTSCHEIDUNG ?**

Es gilt seit dem 26. März 2012.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Das pan-euro-mediterrane Kumulationssystem und das pan-euro-mediterrane Übereinkommen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/calculation-customs-duties/rules-origin/general-aspects-preferential-origin/arrangements-list/paneuromediterranean-cumulation-pem-convention_fr) ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Regeln Ursprung:**die echte „wirtschaftliche“ Nationalität der gehandelten Waren , die in Ordnung bestimmt werden , um zu entscheiden , wie sie in Bezug auf den Zölle behandelt werden sollen. Der bevorzugte Ursprung wird Waren aus bestimmten Ländern verliehen, die bestimmte Kriterien erfüllen, z. B. mehr Arbeit oder Verarbeitung als erforderlich, um einen nicht bevorzugten Ursprung zu erhalten.

**HAUPTDOKUMENT**

Beschluss [2013/94 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013D0094) des Rates vom 26. März 2012 zum Abschluss des regionalen Übereinkommens über die bevorzugten Ursprungsregeln für den gesamten Euro-Mittelmeerraum (ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 3-158)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Beschluss [2013/93 / EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013D0093) des Rates vom 14. April 2011 über die Unterzeichnung des regionalen Übereinkommens über präferenzielle Ursprungsregeln für den gesamten Euro-Mittelmeerraum im Namen der Europäischen Union (ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 1-2) )

letzte Aktualisierung 09.02.2018

**Gemeinsames europäisches Regime für Exporte**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Verordnung (EU) 2015/479 über die gemeinsame Ausfuhrregelung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R0479)

**WAS IST DAS GEGENSTAND DIESER VERORDNUNG?**

Die Verordnung definiert das Grundprinzip, dass Exporte aus Ländern der Europäischen Union (EU) in andere Länder keinen mengenmäßigen Beschränkungen unterliegen . Sie enthält auch die Regeln für die Verfahren zur Annahme von Schutzmaßnahmen.

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Verordnung gilt für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

**Schutzmaßnahmen**

* Um eine kritische Situation aufgrund eines Mangels an wesentlichen Produkten zu verhindern, kann die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) die Ausfuhr eines Erzeugnisses von der Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung abhängig machen. Diese Maßnahmen können auf bestimmte Bestimmungsorte oder auf Ausfuhren aus bestimmten Regionen der EU beschränkt sein. Sie wirken sich jedoch nicht auf Produkte aus, die auf dem Weg zur EU-Grenze sind.
* Beispielsweise erforderte die Durchführungsverordnung (EU) [2020/402](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32020R0402) im Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie für einen begrenzten Zeitraum, dass bestimmte persönliche Schutzausrüstungen - unabhängig davon, ob sie aus der EU stammen oder nicht - von den zuständigen Behörden von genehmigt wurden EU-Länder, die außerhalb der EU exportiert werden sollen, mit Ausnahme von Ländern der [Europäischen Freihandelsassoziation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_free_trade_association.html) , von EU-Lieferketten abhängigen Gebieten (z. B. Andorra) und einigen [überseeischen Gebieten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:1105_1) . Diese Maßnahme zielte darauf ab, die Verfügbarkeit persönlicher Schutzausrüstung in EU-Ländern sicherzustellen, um die Verbreitung von COVID-19 zu verhindern. Mit dem [Durchführungsgesetz](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/implementing_acts.html) wurde das Verfahren für die Beantragung einer Zulassung festgelegt, und in Anhang I sind die zugelassenen Produkte aufgeführt (Schutzbrille und Visier, Handschuhe, Schutzkleidung, Mund-Nasen-Schutzausrüstung und Gesichtsschutz).
* Die Kommission muss die Schutzmaßnahmen ergreifen, die von den Interessen der EU im Einklang mit den bestehenden internationalen Verpflichtungen (die sich beispielsweise aus dem Beitritt der EU zur [Welthandelsorganisation ergeben](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:r11010) ) erforderlich sind .

**Information und Beratung**

* Wenn ein EU-Land der Ansicht ist, dass Schutzmaßnahmen aufgrund außergewöhnlicher Marktentwicklungen erforderlich sein könnten, muss es die Kommission informieren, die die anderen EU-Länder warnt.
* Die Kommission kann die EU-Länder auffordern, statistische Daten zu Markttrends für ein bestimmtes Produkt bereitzustellen, um dessen Wirtschafts- und Handelssituation zu bewerten.

**Implementierung**

Der gemäß der Verordnung (EU) [2015/478 eingesetzte Schutzausschuss](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R0478) aus Vertretern der EU-Länder über [das gemeinsame](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:070202_3)[Einfuhrregime](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R0478) unterstützt die Kommission bei der Umsetzung der Verordnung.

**SEIT WANN GILT DIESE VERORDNUNG ?**

Es ist seit 16 angewendet April 2015. Es wird die Verordnung (EG) n o[1061/2009](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32009R1061) mit sofortiger Wirkung.

**KONTEXT**

Diese Regelung [kodifiziert](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/codification.html) Verordnung (EG) n o1061/2009, die mehrfach und in wesentlichen Punkten geändert wurden. Es ist Teil der gemeinsamen Handelspolitik der EU, die auf einheitlichen Grundsätzen für alle EU-Länder beruht.

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Exporte aus der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/trade/import-and-export-rules/export-from-eu/) ( *Europäische Kommission*).

**HAUPTDOKUMENT**

Verordnung (EU) [2015/479](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R0479) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die gemeinsame Ausfuhrregelung ( konsolidierter Text) (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 34-40)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Durchführungsverordnung (EU) [2020/402](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32020R0402) der [Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32020R0402) vom 14. März 2020, [wonach](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32020R0402) die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse der Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung unterliegt (ABl. L 77 I vom 15.3.2020, S. 1-7)

Aufeinanderfolgende Änderungen der Durchführungsverordnung (EU) 2020/402 wurden in den Originaltext aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02020R0402-20200321) hat nur dokumentarischen Wert.

Verordnung (EU) [2015/478](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32015R0478) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die gemeinsame Einfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16-33)

letzte Aktualisierung 08.04.2020

**Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung - Verfahrensregeln für Ermittlungen**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0883)

[Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die wirksame Untersuchung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32020R2223)

**WAS IST DER ZWECK DIESER VORSCHRIFTEN ?**

Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 gerichtet an:

* [Stärkung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31999D0352) der Unabhängigkeit des [Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:l34008) , das durch den Beschluss [1999/352 / EG, EGKS, Euratom eingerichtet wurde](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31999D0352) , um Betrug, Korruption und illegale Aktivitäten zu bekämpfen, die die [finanziellen Interessen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_union.html) der Europäischen Union (EU [)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:l34008)[beeinträchtigen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31999D0352) könnten ) [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4401811%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) ;
* machen die Untersuchungen der Agentur effizienter zu gestalten ;
* Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen und den verschiedenen betroffenen Stellen;
* Stärkung der Rechte der von den Ermittlungen Betroffenen.

Die Änderungsverordnung (EU, Euratom) 2020/2223 zielt darauf ab:

* Anpassung der Arbeitsweise des OLAF im Hinblick auf die Schaffung der [Europäischen Staatsanwaltschaft und die Wirksamkeit der Untersuchungen durch die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_prosecutor.html) gemäß der Definition in der Verordnung (EU) [2017/1939](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32017R1939) (siehe [Zusammenfassung der Dokumente](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4319113) ), um dies sicherzustellen optimale Komplementarität; und
* Stärkung der Wirksamkeit der Ermittlungsfunktion des OLAF in Bezug auf bestimmte spezifische Fragen, insbesondere:
  + die neuen Regeln für Kontrollen und Inspektionen vor Ort
  + Zugriff auf Bankkontoinformationen
  + die Einrichtung eines Kontrollers für Verfahrensgarantien
  + Zugang zum Abschlussbericht der betroffenen Person
  + die Stärkung der Rolle der Koordinierung der Betrugsbekämpfungsdienste in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und
  + die zur Verbesserung der neuen Gesetze der Untersuchungen zu überwachen.

**WICHTIGE PUNKTE**

**Das Büro:**

* führt interne und externe Untersuchungen durch;
* bietet Unterstützung der Europäischen Staatsanwaltschaft im Rahmen einer engen Zusammenarbeit, den Austausch von Informationen, Komplementarität und Vorbeugung gegen Vervielfältigung;
* unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Organisation einer engen Zusammenarbeit zwischen ihren Betrugsbekämpfungsbehörden;
* entwickelt Betrugsbekämpfungsmaßnahmen als [Dienstleistung der Europäischen Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) ;
* trägt zur Konzeption und Entwicklung von Strategien zur Betrugsbekämpfung und Korruptionsbekämpfung bei, um die finanziellen Interessen der Europäischen Union zu schützen;
* fördert und koordiniert den Austausch operativer Erfahrungen und bewährter Verfahrenspraktiken;
* gegebenenfalls [gemeinsamen Ermittlungsteams](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eurojust.europa.eu/judicial-cooperation/eurojust-role-facilitating-judicial-cooperation-instruments/joint-investigation-teams) beitreten ;
* unterstützt gemeinsame nationale Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung.

**Interne Untersuchungen**

**Das Büro:**

* führt administrative Untersuchungen innerhalb der Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Europäischen Union sowie unter den Wirtschaftsteilnehmern durch; [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4401811%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) ;
* hat ohne vorherige Ankündigung und unverzüglich Zugang zu relevanten Informationen in Bezug auf das untersuchte Element;
* kann Beamte, andere Bedienstete und Organe um mündliche und schriftliche Informationen bitten;
* Informieren Sie die betroffenen [Institutionen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_institutions.html) , Einrichtungen, Ämter und [Agenturen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_agencies.html) , wenn eine Untersuchung einen ihrer Mitarbeiter betrifft, und konsultieren Sie sie gegebenenfalls, wenn vorbeugende Verwaltungsmaßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union ergriffen werden müssen.

Durch die Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 kann das OLAF im Rahmen seiner Untersuchungen Zugang zu privater Ausrüstung erhalten, die für berufliche Zwecke verwendet wird , wenn letztere Grund zu der Annahme hat, dass ihr Inhalt beeinträchtigt werden könnte Ermittlung. Der Zugang würde auf internen Vorschriften beruhen, die von jeder betroffenen Institution, Einrichtung, Einrichtung oder Agentur in Bezug auf ihre Mitarbeiter und Mitglieder zu erlassen sind.

**Externe Umfragen**

**Das Büro:**

* Durchführung von Vor-Ort - Kontrollen und Überprüfungen sowie andere Ermittlungstätigkeiten in den EU - Ländern, in Drittländern und in internationalen Organisationen und den Wirtschaftsbeteiligten im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU, Euratom) n o883 / 2013 und der Verordnung (EG, Euratom) n o[2185/96](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31996R2185) , sowie die Bestimmungen der Kooperationsabkommen und die gegenseitige Unterstützung;
* kann den zuständigen nationalen Behörden der Länder der Europäischen Union Informationen über Betrug, Korruption oder andere illegale Aktivitäten, die finanziellen Interessen schaden, übermitteln, damit sie die entsprechenden Maßnahmen ergreifen können.

muss gemäß den in der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 festgelegten Regeln für externe Untersuchungen auf private Geräte zugreifen, die für berufliche Zwecke verwendet werden; Der Zugang erfolgt unter Bedingungen und in einem Umfang, der mit dem identisch ist, was die nationalen Behörden des betreffenden Landes zur Untersuchung privater Vereinbarungen tun können.

**Durchführung von Untersuchungen**

**Der Generaldirektor des Amtes:**

* beschließt , bei ausreichendem Verdacht, von sich aus oder auf Ersuchen einer Institution, Einrichtung, Einrichtung oder Agentur oder eines EU-Landes eine externe oder interne Untersuchung einzuleiten;
* kann relevante Informationen an die betreffende EU-Einrichtung, Einrichtung oder Agentur oder das betreffende Land übermitteln, wenn sie beschließt, keine Untersuchung einzuleiten;
* leitet die Durchführung von Untersuchungen gegebenenfalls auf der Grundlage schriftlicher Anweisungen;
* [dem Überwachungsausschuss](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/supervisory-committee-olaf/) einen Bericht vorlegen, wenn eine Untersuchung nach Ablauf der Frist von 12 Monaten und danach alle 6 Monate nicht abgeschlossen werden kann ;
* Übermittlung von Informationen, die während einer internen Untersuchung in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, an die nationalen Justizbehörden;

**OLAF:**

* führen Untersuchungen in einem objektiv und unparteiisch, Verfahrensgarantien und das Prinzip der Unschuldsvermutung zu respektieren;
* Strafverfolgung und Verteidigung;
* kann jederzeit während der Untersuchung mit angemessener Ankündigung eine betroffene Person oder einen Zeugen anhören - die Person hat das Recht, sich nicht selbst zu belasten oder von einer Person ihrer Wahl unterstützt zu werden;
* Erstellen Sie eine Aufzeichnung des Interviews und geben Sie der betroffenen Person eine Kopie.
* bietet dem Betroffenen die Möglichkeit, sich zu den Tatsachen zu äußern, mit denen er beschuldigt wird;
* behandelt alle im Rahmen externer und interner Untersuchungen übermittelten oder erhaltenen Informationen unter Wahrung der Vertraulichkeit;
* kooperiert mit der Europäischen Staatsanwaltschaft, [Eurojust](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurojust.html) , [Europol](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/europol.html) und den zuständigen Behörden der Länder der Europäischen Union, Drittländern der Europäischen Union und internationalen Organisationen.

**Zugriff auf Bankkontoinformationen**

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 werden die Untersuchungsbefugnisse des OLAF gestärkt. Das OLAF kann in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden Informationen zu Bankkonten und gegebenenfalls zu Transaktionen anfordern. Dies unter den gleichen Bedingungen wie für die zuständigen nationalen Behörden und vorbehaltlich eines schriftlichen Antrags, der die Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit dieses Antrags begründet.

**Kontrolleur der Verfahrensgarantien**

Die unabhängige Stelle als Kontrolleur für Verfahrensgarantien wird gemäß der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 geschaffen. Der für die Überwachung zuständige Verwaltungsrat hat die Aufgabe, die Beschwerden der betroffenen Personen zu bearbeiten, und könnte dem OLAF Empfehlungen zur Lösung des in der Beschwerde aufgeworfenen Problems geben.

**Enge Zusammenarbeit zwischen dem OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft**

Das OLAF und die Europäische Staatsanwaltschaft **spielen**beim Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union eine **ergänzende Rolle**und werden eng zusammenarbeiten. Nach der Änderungsverordnung (EU, Euratom) 2020/2223 bleibt das OLAF ein Verwaltungsorgan, das **Verwaltungsuntersuchungen durchführt, die**zu Empfehlungen, administrativen, disziplinarischen und gerichtlichen Empfehlungen führen können. Das Mandat der Europäischen Staatsanwaltschaft, das 22 der 27 Länder der Europäischen Union abdeckt , basiert auf **strafrechtlichen Ermittlungen**, um die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Personen festzustellen, die an Betrug, Korruption oder anderen Straftaten beteiligt sind, die sich nachteilig auf die finanziellen Interessen von auswirken die Europäische Union, die in ihre Zuständigkeit fällt.

Als Dienststelle der Europäischen Staatsanwaltschaft und im Hinblick auf den Schutz der Zulässigkeit von Beweismitteln sowie der [Grundfreiheiten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/fundamental_rights.html) und Verfahrensgarantien muss sie eng mit der EPPO zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Verfahrensgarantien der Verordnung (EU) eingehalten werden ) 2017/1939 werden respektiert.

**Der Abschlussbericht**

Sie wird am Ende der Untersuchung unter der Aufsicht des Generaldirektors eingerichtet und

* sieht voraus:
  + die Rechtsgrundlage für die Untersuchung
  + die befolgten Verfahrensschritte und die Einhaltung der Garantien
  + die beobachteten Tatsachen und ihre vorläufige rechtliche Qualifikation
  + die geschätzten finanziellen Auswirkungen und
  + die Ergebnisse der Untersuchung;
* es wird vor , wenn nötig, von den Empfehlungen des Generaldirektors über die Folgemaßnahmen zur Untersuchung gegeben werden soll oder nicht, auf der Disziplinar, administrative, finanzielle oder justizielle Maßnahmen , die muss oder nicht die geschätzte Menge Einziehungen genommen und auf sein ;;
* Es wird an das Land oder an die betreffende Institution, Einrichtung, Agentur oder Agentur der Europäischen Union gesendet.

**Die Länder der Europäischen Union :**

* Einrichtung eines Koordinierungsdienstes zur Betrugsbekämpfung ( [AFCOS](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/afcos_fr) ), um eine wirksame Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch mit dem OLAF zu gewährleisten;
* Bereitstellung oder Koordinierung der Unterstützung, die das OLAF benötigt, um seine Aufgaben effektiv auszuführen.

**EU- Institutionen, Gremien und Agenturen :**

* Verabschiedung von Regeln, die die Mitarbeiter zur Zusammenarbeit und Information des Amtes verpflichten;
* Gewährleistung der Vertraulichkeit interner Untersuchungen;
* darf keine parallele Untersuchung derselben Tatsachen einleiten, wenn der Generaldirektor des OLAF eine Untersuchung eingeleitet hat oder dies in Erwägung zieht;
* unverzüglich Informationen über mögliche Fälle von Betrug, Korruption oder anderen illegalen finanziellen Aktivitäten an das OLAF übermitteln .

**Aufhebung**

Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o[1073/1999](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:31999R1073) und die Verordnung (Euratom) Nr o[1074/1999](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:31999R1074) .

**SEIT WANN GELTEN DIESE VORSCHRIFTEN ?**

* Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 gilt ab dem 1. Oktober 2013.
* Die Änderungsverordnung (EU, Euratom) 2020/2223 trat am 17. Januar 2021 in Kraft .

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter :

* [Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/anti-fraud/home_fr) ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Finanzielle Interessen :**Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte, die aus dem Haushalt der Europäischen Union gedeckt sind.

**Wirtschafts Betreiber :**Unternehmen oder andere Organisationen, wie Zulieferer und Auftragnehmer, Waren, Arbeiten oder Dienstleistungen zu liefern.

**Hauptdokumente**

Verordnung (EU, Euratom) n o[883/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R0883) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung durchgeführter Untersuchungen (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) n o1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr o1074/1999 (ABl L 248 vom 2013.09.18, Seite 1-22)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 in den ursprünglichen Text eingearbeitet worden ist. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R0883-20210117) hat nur dokumentarischen Wert.

Verordnung (EU, Euratom) [2020/2223](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32020R2223) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember - 2020 - zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und der effektiven Untersuchung von ‚‘ Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 49-73)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Verordnung (EU) [2017/1939](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32017R1939) des [Rates](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32017R1939) vom 12. Oktober 2017 zur Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft ("EPPO ") (ABl. L 283 vom 31.10.2017, S. 1-71)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02017R1939-20210110) .

Richtlinie (EU) [2017/1371](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32017L1371) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 die Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union durch das Strafrecht (ABl beeinflussen L 198 vom 2017.07.28, S.. 29 -41 )

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat - Bewertung der Durchführung der Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF ) und zur Aufhebung der Verordnung (n EG) o1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie die Verordnung (Euratom) Nr o1074/1999 ( [KOM (2017) 589 endgültig](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017DC0589) von 2017.02.10)         

Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen - Bewertung der Durchführung der Verordnung (EU, Euratom) Nr o883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung durchgeführter Untersuchungen (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung Verordnung (EG) n o1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (Euratom) Nr o1074/1999 den Bericht der Kommission an das Europäische Parlament zu begleiten und den Rat ( [SWD (2017) 332 endgültig](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52017SC0332) von 2017.02.10)         

Beschluss [1999/352 / EG der](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31999D0352) Kommission [, EGKS, Euratom](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31999D0352) vom 28. April 1999 zur Einrichtung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 20-22)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:01999D0352-20160101) .

Verordnung (EG, Euratom) n o[2185/96](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31996R2185) vom 11. November 1996 über die Kontrollen und Überprüfungen von der Kommission durchgeführt für den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl L 292 vom 15.11. 1996, S. . 2-5)

Verordnung (EG, Euratom) Nr o[2988/95](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31995R2988) vom 18. Dezember 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (ABl L 312 vom 23.12.1995, S.. 1-4)

Beschluss [94/140 / EG](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:31994D0140) der Kommission vom 23. Februar 1994 zur Einrichtung eines beratenden Ausschusses für die Koordinierung im Bereich der Betrugsbekämpfung (ABl. L 61 vom 4.3.1994, S. 27–28)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:01994D0140-20050317) .

letzte Änderung 02.02.2021

**Vorschriften der Europäischen Union über die Zulassung, Einfuhr und Herstellung von Tierarzneimitteln**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Richtlinie 2001/82 / EG zur Festlegung eines Gemeinschaftskodex für Tierarzneimittel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32001L0082)

**WAS IST DER ZWECK DIESER RICHTLINIE?**

Sie legt Vorschriften der Europäischen Union (EU) für die Zulassung, Herstellung, Überwachung, den Verkauf, den Vertrieb und die Verwendung von Tierarzneimitteln [\* fest](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l21231%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) .

Sie wird ab dem 28. Januar 2022 aufgehoben und durch die Verordnung (EU) [2019/6 ersetzt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4381220) .

**WICHTIGE PUNKTE**

* Die **nationalen Behörden**müssen:
  + Tierarzneimittel genehmigen , bevor sie verkauft und verwendet werden können;
  + setzt ein vereinfachtes Registrierungsverfahren für **homöopathische Tierarzneimittel**;
  + sicherstellen, dass Hersteller und Vertreiber von Tierarzneimitteln in ihrem Zuständigkeitsbereich über die erforderliche Genehmigung verfügen; Hersteller sollten auch die Dienste eines qualifizierten Experten in Anspruch nehmen.
  + nehmen geeignete Maßnahmen Berichterstattung von möglichen zu fördern **Nebenwirkungen**zu Tierarzneimitteln;
  + Führen Sie in regelmäßigen Abständen **Inspektionen**und Tests durch, um sicherzustellen, dass die Hersteller die gesetzlichen Bestimmungen einhalten.
  + Ausgabe ein **Zertifikat über die gute Herstellungspraxis ,**wenn die Inspektoren der Ansicht , dass die Standards eingehalten werden; Diese Zertifikate werden in eine europäische Datenbank eingetragen und müssen innerhalb von 90 Tagen ausgestellt werden.
  + Aussetzung , Widerruf oder Widerruf der Genehmigung für das Inverkehrbringen eines Produkts, das als gefährlich oder ohne therapeutischen Nutzen angesehen wird.
* Die nationalen Behörden können im Falle einer **schweren Epidemie**die Verwendung von Arzneimitteln genehmigen, für die keine Genehmigung erteilt wurde. Sie müssen zuerst die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) informieren .
* **Die Zulassung für den Markt**:
  + nur für in der EU ansässige Antragsteller gewährt;
  + hat eine anfängliche Gültigkeit von fünf Jahren;
  + kann um weitere fünf Jahre oder auf unbestimmte Zeit verlängert werden.
* Das Verfahren zur Annahme einer Genehmigungsentscheidung muss innerhalb von 210 Tagen nach Eingang des Antrags des Genehmigungsinhabers abgeschlossen sein.
* Der Antragsteller muss alle Verwaltungsinformationen und alle wissenschaftlichen Dokumente vorlegen, die zum Nachweis der **Qualität**, **Sicherheit**und **Wirksamkeit**des Produkts erforderlich sind .
* Der Inhaber der Genehmigung für das Inverkehrbringen muss den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt berücksichtigen, der nach Erhalt seiner Genehmigung erzielt wurde, und die erforderlichen Änderungen an seinen Herstellungs- und Kontrollsystemen vornehmen.
* Eine Koordinierungsgruppe prüft den Antrag, wenn er in mindestens zwei EU-Ländern gestellt wird.
* Auf der Verpackung von Tierarzneimitteln sollten bestimmte **detaillierte Informationen**wie Name und Anschrift des Herstellers, die Wirksamkeit des Produkts und sein Verfallsdatum angegeben sein.
* Die **Ein-**und **Ausfuhr**von Tierarzneimitteln bedarf ebenfalls der Zustimmung.
* Die Gesetzgebung gilt nicht für bestimmte Gegenstände wie Arzneimittel, die in **Forschungs- und Entwicklungsstudien verwendet**oder von einem Apotheker für ein bestimmtes Tier oder eine kleine Gruppe von Tieren hergestellt wurden.
* Die nationalen Behörden können bestimmte Arzneimittel von der Genehmigung für das Inverkehrbringen kleiner Haustiere wie Fische, Vögel, Brieftauben, Terrarientiere (wie Eidechsen oder Heuschrecken), kleine Nagetiere, Frettchen und Kaninchen ausnehmen.

**Aufhebung**

Die Richtlinie 2001/82 / EWG wird ab dem 28. Januar 2022 aufgehoben und durch die Verordnung (EU) [2019/6 ersetzt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R0006) .

**SEIT WANN GILT DIESE RICHTLINIE ?**

Es gilt seit dem 18. Dezember 2001.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Tierarzneimittel und Arzneifuttermittel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/food/animals/health/veterinary-medicines-and-medicated-feed_en) ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Veterinary Drogen :**Alle Stoffe oder Stoffzusammensetzung mit kurativen oder vorbeugenden Eigenschaften in Bezug auf Tierkrankheiten.

**HAUPTDOKUMENT**

Richtlinie [2001/82 / EG](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32001L0082) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Festlegung eines Gemeinschaftskodex für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1-66)

Aufeinanderfolgende Änderungen der Richtlinie 2001/82 / EG wurden in den Originaltext aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02001L0082-20090807) hat nur dokumentarischen Wert.

**ZUGEHÖRIGES DOKUMENT**

Verordnung (EU) [2019/6](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32019R0006) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über Tierarzneimittel und Aufhebung der Richtlinie 2001/82 / EG (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 43-167)

letzte Aktualisierung 17.01.2019

**Internationale Abkommen und die externen Zuständigkeiten der Europäischen Union**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Artikel 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003)

[Artikel 4 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E004)

[Artikel 207 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E207)

[Artikel 216 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E216)

**WAS IST DAS THEMA DIESER ARTIKEL?**

Sie begründen die rechtlichen Befugnisse der Europäischen Union (EU) zur Aushandlung und zum Abschluss internationaler Abkommen und ihre ausschließliche oder geteilte [Zuständigkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:ai0020) für den Abschluss solcher Abkommen.

**WICHTIGE PUNKTE**

**Internationale Abkommen (konventionelle Gesetze, Verträge)**

* Internationale Abkommen mit Nicht-EU-Ländern oder internationalen Organisationen sind ein wesentlicher Bestandteil des EU-Rechts. Diese Vereinbarungen sind vom Primär- und Sekundärrecht getrennt und bilden somit eine *sui generis-*Kategorie . In Übereinstimmung mit bestimmten Urteilen des EuGH können sie [unmittelbare Wirkung haben](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/ALL/%3Furi%3DLEGISSUM:l14547) und ihr rechtlicher Wert ist höher als das Sekundärrecht, das ihm daher entsprechen muss.
* Sie sind völkerrechtliche Verträge und schaffen Rechte und Pflichten für die Vertragsparteien.
* Im Gegensatz zu [einseitigen Rechtsakten ergeben](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:l14528) sich Konventionen und Vereinbarungen nicht aus einem Gesetzgebungsverfahren oder aus dem alleinigen Willen einer Institution.
* [Artikel 216 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E216) nennt die Fälle, in denen die Union befugt ist, solche Abkommen zu schließen.
* Sobald sie ausgehandelt und unterzeichnet sind und je nach betroffenem Gebiet, müssen sie möglicherweise durch einen Akt des Sekundärrechts ratifiziert werden.
* Internationale Abkommen müssen in der gesamten Union angewendet werden. Sie haben einen höheren Wert als einseitige sekundäre Rechtsakte, die daher mit ihnen übereinstimmen müssen.
* Darüber hinaus regelt [Artikel 207 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E207) die [Handelspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_trade_policy.html) der Union, eine wichtige externe Zuständigkeit der Union und ein zentrales Element ihrer Beziehungen zum Rest der Welt.

**Die externen Zuständigkeiten der Union**

* Die Union hat [Rechtspersönlichkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/union_legal_personality.html) und ist daher **Gegenstand des Völkerrechts, das**in der Lage ist, internationale Abkommen im eigenen Namen auszuhandeln und zu schließen, dh über die ihr durch die Verträge übertragenen Zuständigkeiten (oder Befugnisse) auf diesem Gebiet zu verfügen.
* Wenn der Gegenstand des Abkommens nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fällt, müssen auch die Länder der Union es unterzeichnen. Diese Vereinbarungen werden auch als **„gemischte Vereinbarungen“ bezeichnet**.

**Ausschließliche Zuständigkeit und geteilte Zuständigkeit**

* Die [**Verteilung der Zuständigkeiten**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competences.html) zwischen der Union und den Ländern der Union spiegelt sich auch auf internationaler Ebene wider. Wenn die Union ein internationales Abkommen aushandelt und abschließt, hat sie entweder die **ausschließliche Zuständigkeit**oder die **gemeinsame Zuständigkeit mit den Ländern der Union**.
* Für den Fall, dass ihre **Zuständigkeit ausschließlich ist**, ist die Union die einzige, die in der Lage ist, das Abkommen auszuhandeln und abzuschließen. [Darüber hinaus](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003) legt [Artikel 3](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die Bereiche fest, in denen die Union ausschließlich für den Abschluss internationaler Abkommen, einschließlich Handelsabkommen, zuständig ist.
* Für den Fall , dass seine Kompetenz **geteilt**mit den Ländern der Union wird die Vereinbarung sowohl von der Union und von den Ländern der Union abgeschlossen. Es ist dann ein gemischtes Abkommen, dem die EU-Länder zustimmen müssen. Gemischte Abkommen können auch die Verabschiedung eines internen europäischen Rechtsakts erfordern, um die Verpflichtungen zwischen den Ländern der Union und der Union zu teilen. [Artikel 4](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E004) AEUV legt gemeinsame Zuständigkeiten fest.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter :

* [Datenbank des Vertragsbüros](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/world/agreements/default.home.do) ( *Europäischer Auswärtiger Dienst*).

**Hauptdokumente**

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Teil 1: Grundsätze - Titel I: Kategorien und Zuständigkeitsbereiche der Union - [Artikel 3](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 51)  

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Teil 1: Grundsätze - Titel I: Kategorien und Zuständigkeitsbereiche der Union - [Artikel 4](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E004) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 51-52)  

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenpolitik der Union - Titel II - Gemeinsame Handelspolitik - [Artikel 207](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E207) (ex Artikel 133 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 140-141) )   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel V - Internationale Abkommen - [Artikel 216](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E216) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 144)   

letzte Aktualisierung 08.04.2020

**Internationale Abkommen und die externen Zuständigkeiten der Europäischen Union**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Artikel 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003)

[Artikel 4 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E004)

[Artikel 207 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E207)

[Artikel 216 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E216)

**WAS IST DAS THEMA DIESER ARTIKEL?**

Sie begründen die rechtlichen Befugnisse der Europäischen Union (EU) zur Aushandlung und zum Abschluss internationaler Abkommen und ihre ausschließliche oder geteilte [Zuständigkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:ai0020) für den Abschluss solcher Abkommen.

**WICHTIGE PUNKTE**

**Internationale Abkommen (konventionelle Gesetze, Verträge)**

* Internationale Abkommen mit Nicht-EU-Ländern oder internationalen Organisationen sind ein wesentlicher Bestandteil des EU-Rechts. Diese Vereinbarungen sind vom Primär- und Sekundärrecht getrennt und bilden somit eine *sui generis-*Kategorie . In Übereinstimmung mit bestimmten Urteilen des EuGH können sie [unmittelbare Wirkung haben](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/ALL/%3Furi%3DLEGISSUM:l14547) und ihr rechtlicher Wert ist höher als das Sekundärrecht, das ihm daher entsprechen muss.
* Sie sind völkerrechtliche Verträge und schaffen Rechte und Pflichten für die Vertragsparteien.
* Im Gegensatz zu [einseitigen Rechtsakten ergeben](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:l14528) sich Konventionen und Vereinbarungen nicht aus einem Gesetzgebungsverfahren oder aus dem alleinigen Willen einer Institution.
* [Artikel 216 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E216) nennt die Fälle, in denen die Union befugt ist, solche Abkommen zu schließen.
* Sobald sie ausgehandelt und unterzeichnet sind und je nach betroffenem Gebiet, müssen sie möglicherweise durch einen Akt des Sekundärrechts ratifiziert werden.
* Internationale Abkommen müssen in der gesamten Union angewendet werden. Sie haben einen höheren Wert als einseitige sekundäre Rechtsakte, die daher mit ihnen übereinstimmen müssen.
* Darüber hinaus regelt [Artikel 207 AEUV](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E207) die [Handelspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_trade_policy.html) der Union, eine wichtige externe Zuständigkeit der Union und ein zentrales Element ihrer Beziehungen zum Rest der Welt.

**Die externen Zuständigkeiten der Union**

* Die Union hat [Rechtspersönlichkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/union_legal_personality.html) und ist daher **Gegenstand des Völkerrechts, das**in der Lage ist, internationale Abkommen im eigenen Namen auszuhandeln und zu schließen, dh über die ihr durch die Verträge übertragenen Zuständigkeiten (oder Befugnisse) auf diesem Gebiet zu verfügen.
* Wenn der Gegenstand des Abkommens nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fällt, müssen auch die Länder der Union es unterzeichnen. Diese Vereinbarungen werden auch als **„gemischte Vereinbarungen“ bezeichnet**.

**Ausschließliche Zuständigkeit und geteilte Zuständigkeit**

* Die [**Verteilung der Zuständigkeiten**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competences.html) zwischen der Union und den Ländern der Union spiegelt sich auch auf internationaler Ebene wider. Wenn die Union ein internationales Abkommen aushandelt und abschließt, hat sie entweder die **ausschließliche Zuständigkeit**oder die **gemeinsame Zuständigkeit mit den Ländern der Union**.
* Für den Fall, dass ihre **Zuständigkeit ausschließlich ist**, ist die Union die einzige, die in der Lage ist, das Abkommen auszuhandeln und abzuschließen. [Darüber hinaus](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003) legt [Artikel 3](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die Bereiche fest, in denen die Union ausschließlich für den Abschluss internationaler Abkommen, einschließlich Handelsabkommen, zuständig ist.
* Für den Fall , dass seine Kompetenz **geteilt**mit den Ländern der Union wird die Vereinbarung sowohl von der Union und von den Ländern der Union abgeschlossen. Es ist dann ein gemischtes Abkommen, dem die EU-Länder zustimmen müssen. Gemischte Abkommen können auch die Verabschiedung eines internen europäischen Rechtsakts erfordern, um die Verpflichtungen zwischen den Ländern der Union und der Union zu teilen. [Artikel 4](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E004) AEUV legt gemeinsame Zuständigkeiten fest.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter :

* [Datenbank des Vertragsbüros](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/world/agreements/default.home.do) ( *Europäischer Auswärtiger Dienst*).

**Hauptdokumente**

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Teil 1: Grundsätze - Titel I: Kategorien und Zuständigkeitsbereiche der Union - [Artikel 3](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E003) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 51)  

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Teil 1: Grundsätze - Titel I: Kategorien und Zuständigkeitsbereiche der Union - [Artikel 4](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E004) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 51-52)  

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenpolitik der Union - Titel II - Gemeinsame Handelspolitik - [Artikel 207](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E207) (ex Artikel 133 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 140-141) )   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel V - Internationale Abkommen - [Artikel 216](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:12016E216) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 144)   

letzte Aktualisierung 08.04.2020

**Auswärtige Maßnahmen der Europäischen Union**

**ZUSAMMENFASSUNG DER DOKUMENTE :**

[Vertrag über die Europäische Union (EUV), Artikel 21-46 - Das Außenhandeln der Europäischen Union und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M)

[Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Artikel 205-222 - Die Außenaktion der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E/TXT)

**WAS IST DAS OBJEKT DIESER ARTIKEL DER VERTRÄGE?**

Sie zielen darauf ab, der Europäischen Union (EU) die notwendigen Instrumente zur Verfügung zu stellen, um Nicht-EU-Ländern Hilfe zu leisten und mit ihnen zusammenzuarbeiten und Beziehungen und Partnerschaften aufzubauen, insbesondere durch [internationale Abkommen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:ai0034) , auch mit internationalen, regionalen oder globalen Organisationen um die in [Artikel 21](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021) EUV festgelegten Ziele der EU-Außenaktion zu erreichen .

**WICHTIGE PUNKTE**

Artikel 21 EUV definiert die Grundsätze, auf denen [das Auslandshandeln der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/external_responsibilities.html) beruht, und seine Ziele. Diese zielen insbesondere darauf ab:

* Wahrung der Werte der Union, ihrer Grundinteressen, ihrer Sicherheit, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Integrität;
* Festigung und Unterstützung der Demokratie, der [Rechtsstaatlichkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/rule_of_law.html) , der [Menschenrechte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/human_rights.html) und der Grundsätze des [Völkerrechts](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.un.org/fr/sections/what-we-do/uphold-international-law/index.html) ;
* Frieden bewahren , Konflikte verhindern und internationale Sicherheit stärken.

Artikel 21 verpflichtet die EU außerdem, die Kohärenz zwischen ihren externen Maßnahmen und anderen Politikbereichen sicherzustellen. Die Außenaktion der EU umfasst sechs Bereiche:

1. **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**(einschließlich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) - Artikel 23-46 EUV

* Der [Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:ai0009) ist verantwortlich für:
  + Umsetzung der [gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) der [EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) (Artikel 24-41) sowie der [gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) (Artikel 42-46);
  + Beitrag zu ihrer Entwicklung durch Einreichung von Vorschlägen;
  + Gewährleistung der Umsetzung der vom [Europäischen Rat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_council.html) und vom [Rat getroffenen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_council.html) Entscheidungen .
* Der [Europäische Auswärtige Dienst](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_external_action_service.html) unterstützt den Hohen Vertreter bei der Erfüllung seines Mandats.

2. **Entwicklungszusammenarbeit**- Artikel 208-211 des AEUV

* Das langfristige Hauptziel der EU- [Entwicklungszusammenarbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/development_aid.html) ist die Beseitigung der Armut in der Welt durch Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der Entwicklungsländer.

3. **Humanitäre Hilfe**- Artikel 214 AEUV

* Die Operationen der [humanitären Hilfe](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/humanitarian_aid.html) zielen darauf ab, dass die EU Menschen von Opfern von Naturkatastrophen oder Menschen , die nicht *in einem*EU-Land leben, *rechtzeitig*Hilfe und Hilfe bietet und sie schützt.

4. **Unterstützung**- Artikel 212-213 AEUV

* Die EU kann anderen Nicht-EU-Ländern als Entwicklungsländern, auch im Finanzbereich, Hilfe leisten. Diese Maßnahmen müssen mit der EU-Entwicklungspolitik vereinbar sein.

5. **Handel**- Artikel 205-207 AEUV

* Die gemeinsame [Handelspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_trade_policy.html) der EU liegt in der ausschließlichen [Zuständigkeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:ai0020) der EU.
* Das [Europäische Parlament](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html) ist mit dem Rat in Handelsangelegenheiten Mitgesetzgeber.
* Die [Zollunion](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/customs_union.html) muss Folgendes beitragen:
  + die harmonische Entwicklung des Welthandels;
  + zur schrittweisen Aufhebung der Beschränkungen des internationalen Handels und der ausländischen Direktinvestitionen; und
  + zum Abbau von Zoll und anderen Hindernissen.

6. **Solidaritätsklausel**- Artikel 222 AEUV

Die [Solidaritätsklausel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/solidarity_clause.html) bildet die Grundlage für die Modalitäten, die es der EU und den EU-Ländern ermöglichen, gemeinsam zu handeln und die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um:

* Verhinderung der terroristischen Bedrohung auf dem Gebiet eines der EU-Länder;
* schützt ein EU - Land von einem möglichen Terroranschlag und bietet Unterstützung bei Bedarf;
* bringen zu einem EU - Land im Fall einer Naturkatastrophe oder künstliche Unterstützung.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Europäischer Auswärtiger Dienst - Homepage](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en) ( *Europäischer Auswärtiger Dienst*).

**Hauptdokumente**

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 1 - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union - Union - [Artikel 21](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M021) (ABl C 202, 7.6.2016, S. 28-29)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 1 - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union - Union - [Artikel 22](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M022) (ABl C 202, 7.6.2016, S. 29-30)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 23](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M023) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 30)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 24](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M024) (ex Artikel 11 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 30-31)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 25](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M025) (ex Artikel 12 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 31)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 26](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M026) (ex Artikel 13 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 31)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 27](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M027) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 32)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 28](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M028) (ex Artikel 14 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 32)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 29](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M029) (ex Artikel 15 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 33)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 30](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M030) (ex Artikel 22 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 33)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 31](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M031) (ex Artikel 23 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 33-34)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 32](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M032) (ex Artikel 16 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 34)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 33](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M033) (ex Artikel 18 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 34)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 34](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M034) (ex Artikel 19 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 35)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 35](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M035) (ex Artikel 20 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 35)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 36](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M036) (ex Artikel 21 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 35-36)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 37](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M037) (ex Artikel 24 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 36)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 38](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M038) (ex Artikel 25 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 36)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 39](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M039) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 36)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 40](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M040) (ex Artikel 47 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 37)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 1 - Gemeinsam Bestimmungen - [Artikel 41](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M041) (ex Artikel 28 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 37-38)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 2 - Bestimmungen zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - [Artikel 42](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M042) (ex Artikel 17 EUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 38-39)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 2 - Bestimmungen zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - [Artikel 43](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M043) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 39)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 2 - Bestimmungen zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - [Artikel 44](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M044) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 39-40)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 2 - Bestimmungen zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - [Artikel 45](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M045) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 40)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union - Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das Außenhandeln der Union und spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Kapitel 2 - Spezifische Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Abschnitt 2 - Bestimmungen zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - [Artikel 46](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016M046) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 40-41)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Auswärtiges Handeln der Union - Titel I - Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union - [Artikel 205](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E205) (ABl. C 202 vom 7.6. 2016, S. 139)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenpolitik der Union - Titel II - Gemeinsame Handelspolitik - [Artikel 206](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E206) (ex Artikel 131 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 139)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenpolitik der Union - Titel II - Gemeinsame Handelspolitik - [Artikel 207](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E207) (ex Artikel 133 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 140-141) )   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 1 - Entwicklungszusammenarbeit - [Artikel 208](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E208) (ex Artikel 177 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 141)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 1 - Entwicklungszusammenarbeit - [Artikel 209](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E209) (ex Artikel 179 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 141)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 1 - Entwicklungszusammenarbeit - [Artikel 210](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E210) (ex Artikel 180 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 142)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 1 - Entwicklungszusammenarbeit - [Artikel 211](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E211) (ex Artikel 181 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 142)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 2 - Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern - [Artikel 212](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E212) (ex Artikel) 181a TEC) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 142)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 2 - Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern - [Artikel 213](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E213) (ABl. C. 202, 7.6.2016, S. 143)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel III - Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe - Kapitel 3 - Humanitäre Hilfe - [Artikel 214](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E214) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 1) . 143)    

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Auswärtiges Handeln der Union - Titel IV - Restriktive Maßnahmen - [Artikel 215](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E215) (ex Artikel 301 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 144)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel V - Internationale Abkommen - [Artikel 216](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E216) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 144)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Auswärtiges Handeln der Union - Titel V - Internationale Abkommen - [Artikel 217](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E217) (ex Artikel 310 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 144)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel V - Internationale Abkommen - [Artikel 218](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E218) (ex Artikel 300 EGV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 144-146)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Auswärtiges Handeln der Union - Titel V - Internationale Abkommen - [Artikel 219](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E219) (ex Artikel 111 Absätze 1 bis 3 und Absatz 5 EGV) (ABl. C 202, 7.6 .2016, S. 146-147)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenmaßnahmen der Union - Titel VI - Beziehungen der Union zu internationalen Organisationen und Drittländern sowie zu Delegationen der Union - [Artikel 220](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E220) (ex Artikel 302 bis 304 EGV) (ABl. C 202) , 7.6.2016, S. 147)   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Außenpolitik der Union - Titel VI - Beziehungen der Union zu internationalen Organisationen und Drittländern sowie zu Delegationen der Union - [Artikel 221](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E221) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 147) )   

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Fünfter Teil - Auswärtiges Handeln der Union - Titel VII - Solidaritätsklausel - [Artikel 222](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016E222) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 148)   

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016ME/TXT) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 1-388)

letzte Aktualisierung 06.07.2018

**Die neue Strategie der Europäischen Union für den digitalen Binnenmarkt**

Ein digitaler Binnenmarkt würde es Verbrauchern und Unternehmen ermöglichen, die Möglichkeiten des Internets und der digitalen Technologien voll auszuschöpfen.

**HANDLUNG**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt in Europa“ [ [KOM (2015) 192](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015DC0192) endg. Vom 6. Mai 2015]

**SYNTHESE**

Ein digitaler Binnenmarkt würde es Verbrauchern und Unternehmen ermöglichen, die Möglichkeiten des Internets und der digitalen Technologien voll auszuschöpfen.

**WAS IST DAS OBJEKT DER KOMMUNIKATION?**

In der Mitteilung wird die Strategie für einen digitalen Binnenmarkt dargelegt, die eine der [zehn strategischen Prioritäten darstellt,](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_fr.pdf%23page%3D6#page=6) die die Europäische Kommission in ihrer [Agenda für Beschäftigung, Wachstum, Gerechtigkeit und demokratischen Wandel festgelegt hat](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.eesc.europa.eu/resources/docs/jean-claude-juncker---political-guidelines.pdf) .

**WICHTIGE PUNKTE**

Die Strategie definiert **16 gezielte Maßnahmen**unter **drei Säulen**:

* 1.

**Verbesserung des europaweiten Zugangs der Verbraucher zu digitalen Gütern und Dienstleistungen.**Im Rahmen dieser Säule schlägt die Kommission vor:

* + schaffen Regeln zur Erleichterung grenz [-](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l24204) Grenze des [elektronischen Handels](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l24204) ;
  + um die Bewertung [Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l32047) schnellere Umsetzung und konsequente Verbraucherschutzvorschriften zu gewährleisten;
  + um effiziente und kostengünstige grenzüberschreitenden Paketdienste zu gewährleisten;
  + die ungerechtfertigte geografische Sperrung zu beenden, um die Auswahl und den Zugang der europäischen Online-Verbraucher zu verbessern;
  + Ermittlung potenzieller Wettbewerbsbedenken, die sich auf die E-Commerce-Märkte auswirken;
  + der [Gesetzgebung zum Urheberrecht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/index_fr.htm) einen modernen und europäischeren Charakter zu verleihen ;
  + Prüfung der [Satelliten- und Kabelrichtlinie](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l26031) , um festzustellen, ob ihr Geltungsbereich auf Online-Übertragungen von Rundfunkanstalten ausgedehnt werden sollte;
  + um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen , die von den unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen zu verringern.
* 2.

**Schaffung eines Umfelds, das der Entwicklung innovativer digitaler Netzwerke und Dienste und gleicher Wettbewerbsbedingungen förderlich ist.**Die Kommission schlägt vor:

* + die [europäische Telekommunikationsverordnung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/telecoms-rules) zu überarbeiten ;
  + den Rahmen der [audiovisuellen Medien](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/audiovisual.html) auf das 21.Jahrhundert zu überprüfen ;
  + Analyse der Rolle von Online-Plattformen wie Suchmaschinen, sozialen Netzwerken usw. im digitalen Binnenmarkt und Untersuchung der Bekämpfung illegaler Inhalte;
  + Stärkung des Vertrauens und der Sicherheit in digitale Dienste, insbesondere in die Verarbeitung personenbezogener [Daten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l14042) , die eine Überprüfung der [Richtlinie über den Datenschutz und die elektronische Kommunikation beinhalten](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l24120) ;
  + In dem Partner mit der Industrie über [Cyber](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:si0010) - Abdeckung Technologie und Online - Netzwerksicherheit.
* 3.

**Maximieren Sie das Wachstumspotenzial der digitalen Wirtschaft**. Die Kommission beabsichtigt:

* + eine Initiative für den freien Datenfluss zur Förderung des freien Datenflusses in der EU sowie eine [europäische Initiative für Cloud Computing](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/digital-agenda/node/609%23Article#Article) vorschlagen ;
  + Satz Prioritäten für die Standards und die Interoperabilität von Geräten, Anwendungen, Daten - Repositories, Dienste und Netze von entscheidender Bedeutung für den digitalen Binnenmarkt;
  + Förderung einer integrativen digitalen Gesellschaft, in der die Bürger über die Fähigkeiten verfügen, die Möglichkeiten des Internets zu nutzen und ihre Chancen auf eine Beschäftigung zu erhöhen.

Die Kommission wird diese Maßnahmen bis Ende 2016 durchführen.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/priorities/digital-single-market/index_fr.htm) der [Europäischen Kommission zum digitalen Binnenmarkt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/priorities/digital-single-market/index_fr.htm) .

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**\* Geografische Blockierung**: Die Praxis, Verbraucher daran zu hindern, basierend auf ihrem Standort auf eine Website zuzugreifen, oder sie auf eine Online-Verkaufsseite in ihrem Land umzuleiten, auf der unterschiedliche Preise angezeigt werden.

**VERWANDTE AKT**

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt in Europa - Analyse und Belege des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Strategie für einen digitalen Binnenmarkt Binnenmarkt in Europa “[ [SWD (2015) 100 Finale](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52015SC0100) vom 6. Mai 2015]

letzte Aktualisierung 17.08.2015

**Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016ME/TXT)

**EINFÜHRUNG**

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der sich aus dem Vertrag von Lissabon ergibt, wurde aus dem Vertrag über die Gründung der **Europäischen Gemeinschaft**(TEC- oder EG-Vertrag) gemäß dem [Vertrag von Maastricht erstellt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:xy0026) . Der EG-Vertrag selbst stützte sich auf den am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Vertrag zur Gründung der [**Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:xy0023) (TECE) . Die Schaffung der Europäischen Union (EU) durch den Vertrag von Maastricht (7. Februar 1992) war ein neuer Schritt auf die politische Vereinigung Europas.

Die Europäische Union hat die Europäischen Gemeinschaften jedoch nicht ersetzt, sondern in einer einzigen "Drei- Säulen" -Struktur zusammengefasst:

* **Die ersteSäule**bestand aus den Europäischen Gemeinschaften [der EG, der [Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:xy0022) (EGKS) bis 2002 und der [Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dlegissum:4301853) ].
* **die 2 ndSäule**betrifft die Zusammenarbeit zwischen den EU - Ländern im Rahmen der [gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/foreign-security-policy_fr) ;
* **die 3 - teSäule das**die Zusammenarbeit zwischen dem EU - Ländern im Bereich der [Justiz](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/justice.html) und Inneres.

Jeder neue Vertrag führt zur Umnummerierung der Artikel. Der am 13. Dezember 2007 unterzeichnete und am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene [Vertrag von Lissabon](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:ai0033) benannte seinerseits den AEUV in AEUV um, der die drei Säulen zur Schaffung der reformierten EU zusammenführte und erneut neu nummeriert wurde.

Der AEUV ist neben dem [Vertrag über die Europäische Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4301855) (EUV) einer der beiden wichtigsten EU-Verträge . Es bildet die detaillierte Grundlage des EU-Rechts, indem es die Grundsätze und Ziele der EU sowie ihren Anwendungsbereich innerhalb ihrer Politikbereiche definiert. Außerdem werden die organisatorischen und funktionalen Details der EU-Institutionen festgelegt.

**WAS IST DAS OBJEKT DIESES VERTRAGS?**

Wie in seiner früheren Präambel erwähnt, bestand das Ziel des TEC darin, " die Grundlagen für eine immer engere Union zwischen den Völkern Europas zu schaffen". Diese Formulierung ist noch in der Präambel des aktuellen AEUV und des TEU enthalten. Tatsächlich haben diese Verträge der europäischen Integration eine politischere und demokratischere Dimension verliehen, die über das ursprüngliche wirtschaftliche Ziel der Schaffung eines Binnenmarktes hinausgeht.

**WICHTIGE PUNKTE DES KONSOLIDIERTEN VERTRAGS**

* Der erste Teil - **Die Prinzipien:**
  + beschreibt den Geltungsbereich des Vertrags und seine Verbindung zum EUV (Artikel 1);
  + unterstreicht die Zuständigkeiten der EU gemäß ihren Befugnissen in jedem Bereich (Artikel 2, 3, 4, 5 und 6);
  + legt die allgemeinen Grundsätze für EU-Maßnahmen fest (Artikel 7 bis 17).
* Der zweite Teil - **Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft :**
  + verbietet Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit (Artikel 18);
  + argumentiert, dass die EU "jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung bekämpfen wird" (Artikel 19);
  + legt die Unionsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte fest und definiert sie (Artikel 20 bis 24).
* Der dritte Teil, der sich aus den meisten Artikeln zusammensetzt (Artikel 26 bis 197), legt die Rechtsgrundlage für **die internen Politiken und Maßnahmen der Union**in den folgenden Bereichen fest :
  + der [Binnenmarkt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/growth/single-market_fr) (Titel I);
  + den [freien Warenverkehr](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/free-movement-sectors_fr) (Titel II) einschließlich der [Zollunion](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/customs_fr) ;
  + die [gemeinsame Agrarpolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/agricultural_policy.html) und die [gemeinsame Fischereipolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/fisheries.html) (Titel III);
  + Freizügigkeit von Arbeitnehmern (und [Menschen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/youreurope/citizens/residence/residence-rights/index_fr.htm) im Allgemeinen), [Dienstleistungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/growth/single-market/services_fr) und [Kapital](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/financial-markets/capital-movements_fr) (Titel IV);
  + den [Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/freedom_and_security.html) (Titel V), einschließlich [polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/police_judicial_cooperation.html) ;
  + der [Transport](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/transport_fr) (als VI);
  + der [Wettbewerb](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competition.html) , die [Besteuerung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/taxation.html) und [Angleichung der Rechtsvorschriften](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/environment/archives/guide/part1.htm) (Titel VII);
  + die [Wirtschafts- und Geldpolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/economic-monetary-affairs_fr) (Titel VIII), einschließlich Artikel zum Euro;
  + die [Arbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/employment.html) (Titel IX);
  + die [Sozialpolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/social_policy.html) (Titel X) unter Bezugnahme auf die [Europäische Sozialcharta](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.coe.int/fr/web/turin-european-social-charter) (1961) und die [Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:c10107) (1989). Titel XI richtet den [Europäischen Sozialfonds ein](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_social_fund.html) ;
  + die [Bildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/education.html) , die [Ausbildung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/training.html) , die [Jugend](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/youth.html) und [Sport](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/sport_fr) (Titel XII);
  + die [Kultivierung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/culture.html) (Titel XIII);
  + die [öffentliche Gesundheit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/public_health.html) (Titel XIV);
  + der [Verbraucherschutz](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/consumer_protection.html) (Titel XV);
  + die [trans](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/ten.html) (Titel XVI);
  + die [Industrie](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/enterprise_fr) (Titel XVII);
  + die [wirtschaftlichen, sozialen und territorialen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/economic_social_cohesion.html) - mit anderen Worten, Verringerung der Entwicklungsunterschiede (Titel XVIII);
  + [die Forschung und Entwicklung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/research_and_development.html) und [Raum](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/space_fr) (Titel XIX);
  + die [Umwelt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/environment.html) (Titel XX);
  + die [Energie](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/energy.html) (Titel XXI);
  + der [Tourist](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/growth/sectors/tourism_fr) (Titel XXII);
  + der [Katastrophenschutz](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/civil_protection.html) (Titel XXIII);
  + die [administrative Zusammenarbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/taxation_customs/business/tax-cooperation-control/administrative-cooperation_fr) (Titel XXIV).
* Teil IV - **Der Verband der**[**überseeischen Länder und Gebiete**](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europeaid/regions/octs_en) (Artikel 198 bis 204) beschreibt die besonderen Beziehungen zwischen der EU und den überseeischen Gebieten einiger EU-Länder, die im Gegensatz zu den äußersten Regionen nicht Teil der EU sind.
* Der fünfte Teil - **Die Außenaktion der Union**(Artikel 205 bis 222) beschreibt:
  + die gemeinsame Handelspolitik ( [Handel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/trade_fr) );
  + [die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/topics/development-cooperation_fr) für Drittländer der EU;
  + Beziehungen zu Nicht-EU-Ländern (internationale Verträge, [Sanktionen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:25_1) und [Solidarität](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/solidarity_clause.html) zwischen EU-Ländern) und internationalen Organisationen;
  + die Einrichtung von EU-Delegationen;
  + die externen Maßnahmen, die den in Titel V Kapitel 1 des EUV festgelegten Grundsätzen in Bezug auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entsprechen müssen (Artikel 205).
* Der sechste Teil - **Institutionelle und finanzielle Regelungen**betreffen:
  + [EU- Institutionen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies_fr) (Artikel 223 bis 227);
  + die EU-Beratungsgremien (Artikel 300-307);
  + die Europäische Investitionsbank (Artikel 308 und 309);
  + EU- [Rechtsakte](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/eu-law/legal-acts_fr) (Verordnungen, Richtlinien usw.) und [Verfahren](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/eu-law/decision-making/procedures_fr) (Artikel 288 bis 299);
  + den [Haushalt](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/about-eu/money_fr) der EU (Artikel 310 bis 325);
  + die [verstärkte Zusammenarbeit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enhanced_cooperation.html) zwischen den EU-Ländern (Artikel 326 bis 334).
* Teil **7**- **Allgemeine und endgültige Bestimmungen**(Artikel 335 bis 358) befasst sich mit bestimmten rechtlichen Fragen wie der Rechtsfähigkeit der EU, der territorialen und zeitlichen Anwendung, dem Sitz der Organe, den Immunitäten und den Auswirkungen auf die vor 1958 unterzeichneten Verträge oder die Datum des Beitritts.

**SEIT WANN GILT DIESER VERTRAG ?**

Der AEUV wurde am 13. Dezember 2007 von 27 EU-Ländern unterzeichnet (Kroatien ist erst 2013 der EU beigetreten) und trat am 1. Dezember 2009 in Kraft .

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter :

* [Die ursprünglichen Verträge](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.europarl.europa.eu/factsheets/fr/sheet/1/the-first-treaties) ( *Europäisches Parlament*);
* [Geschichte der EU](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.consilium.europa.eu/fr/history/%2340802200881#40802200881) ( *Europäischer Rat*);
* [Europäische Verträge](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://europa.eu/european-union/law/treaties_fr) ( *Europäische Kommission*);
* [Vertragsübersicht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/collection/eu-law/treaties/treaties-overview.html%3Flocale%3Dfr) ( *EUR-Lex*).

**HAUPTDOKUMENT**

[Vertrag](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12016ME/TXT) über die Arbeitsweise der Europäischen Union vom 13. Dezember 2007 - konsolidierte Fassung (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 47-360)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

[Vertrag zur](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:11957E/TXT) Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (nicht im Amtsblatt veröffentlicht)

Die sukzessiven Änderungen des Vertrags wurden in den Grundtext aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02016ME/TXT-20160901) hat nur dokumentarischen Wert.

[Vertrag](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DOJ:JOC_1992_191_R_0001_01) von [Maastricht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DOJ:JOC_1992_191_R_0001_01) vom 7. Februar 1992 (ABl. C 191 vom 29.7.1992, S. 1-112)

[Vertrag von Lissabon](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:12007L%252FTXT) vom 13. Dezember 2007 (ABl. C 306 vom 17.12.2007, S. 1-271)

letzte Aktualisierung 15.12.2017

**Kontrollmechanismus des europäischen Freizügigkeitsraums**

Mit dieser Verordnung wird ein Kontrollmechanismus geschaffen, mit dem die Anwendung des Schengen-Besitzstands innerhalb der Europäischen Union (EU) überprüft werden soll. Es stellt sicher, dass die 22 EU-Mitgliedstaaten und die 4 Drittländer, aus denen der Schengen-Raum besteht, d. H. Insgesamt 26 Länder, in der Praxis einheitliche Standards auf hoher Ebene anwenden. Es stellt auch die Abschaffung der internen Grenzkontrollen in diesem Bereich sicher.

**HANDLUNG**

Verordnung (EU) Nr o[1053/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1053) des Rates über eine Auswertung zur Festlegung und Überwachungsmechanismus für die Anwendung der Schengen - Besitzstand , um zu überprüfen, und zur Aufhebung der Entscheidung des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 über die Einrichtung von ‚‘ einer ständigen Kommission für die Bewertung und Anwendung von Schengen

**SYNTHESE**

Das Hauptziel des Bewertungs- und Kontrollmechanismus besteht darin, **ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten**des Schengen-Raums hinsichtlich ihrer Fähigkeit aufrechtzuerhalten , die geltenden Vorschriften in allen Bereichen der [Gesetzgebung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/schengen_agreement) korrekt umzusetzen [. Schengen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/schengen_agreement) ("Schengen-Besitzstand") .

**GELTUNGSBEREICH DES MECHANISMUS**

Der Bewertungsmechanismus deckt alle Aspekte des Schengen-Besitzstands ab. In Bezug auf das Grenzproblem betrifft es sowohl die Wirksamkeit der Kontrollen an den Außengrenzen als auch das Fehlen von Kontrollen an den Binnengrenzen.

Die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission tragen gemeinsam die Verantwortung für die Umsetzung des Mechanismus. Die Kommission sorgt für eine umfassende Koordinierung.

**ANGEKÜNDIGTE UND UNERWARTETE INSPEKTIONEN**

Zur Umsetzung des Bewertungsmechanismus sollten unter Aufsicht der Kommission mehrjährige (fünf Jahre) und jährliche Inspektionsprogramme erstellt werden. Diese Bewertungen müssen regelmäßig im Hoheitsgebiet aller Staaten des Schengen-Raums in Form von **angekündigten und unangekündigten Inspektionen stattfinden.**

**AKTIONSPLAN ZUR KORREKTUR VON VERLETZUNGEN**

Zu diesem Zweck geschulte und von den EU-Mitgliedstaaten in aller Neutralität ernannte Experten müssen die Vor-Ort-Bewertungen auf der Grundlage der **Risikoanalyse**von [Frontex](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l33216) (Europäische Agentur für das Management der operativen Zusammenarbeit in den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union) durchführen. sowie auf die Unterstützung von [Europol](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:jl0025) (Europäisches Polizeibüro), [Eurojust](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:l33188) (Europäische Agentur zur Stärkung der justiziellen Zusammenarbeit) und anderer europäischer Stellen in den Bereichen, die in den Zuständigkeitsbereich ihres Mandats fallen.

Nach dieser Analyse und den Schlussfolgerungen der Inspektion vor Ort erstellen die Sachverständigen unter Aufsicht der Kommission einen Bericht. Eine Reihe von Empfehlungen kann dann an den inspizierten Mitgliedstaat gerichtet werden. Wenn die Umsetzung der Rechtsvorschriften unzureichend erachtet wird oder in seiner Verpflichtungen ernst ausgefallen ist , muss das Land einen einreichen **Plan**" **Aktionen**an sie zu richten.

**KONTROLLE UND ÜBERWACHUNG**

Alle sechs Monate muss das geprüfte Land der Kommission und anderen EU-Mitgliedstaaten über die Umsetzung seines Aktionsplans Bericht erstatten, um zu bestätigen, dass es die **erforderlichen Maßnahmen**zur Behebung der festgestellten Mängel ergriffen hat . Andere regelmäßige Berichte können erforderlich sein, um die Umsetzung der Maßnahmen zu überwachen. Bei Bedarf kann die Kommission weitere Inspektionen organisieren.

**VERWEISE**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Handlung** | **In Kraft treten** | **Frist für die Umsetzung in den Mitgliedstaaten** | **Offizielle Zeitung** |
| Verordnung (EU) Nr o[1053/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1053) | 26.11.2013 | - - | [ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 1. 27-37](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:OJ.L_.2013.295.01.0027.01.FRA) |

**VERWANDTE RECHTSAKTE**

Verordnung (EU) Nr o[1051/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1051) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) n o562/2006 eine gemeinsame Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen in Umstände zu schaffen Ausnahme (ABl L 295, 6.11.2013, S. 1-10)

letzte Aktualisierung 06.10.2014

**Bewirtschaftungsmaßnahmen der Europäischen Union für die Regionale Fischereimanagementorganisation im Südpazifik (RFMOF)**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Verordnung (EU) 2018/975 - Bewirtschaftungs-, Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen im Übereinkommensbereich der Regionalen Fischereimanagementorganisation im Südpazifik (RFMOF)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32018R0975)

**WAS IST DAS GEGENSTAND DIESER VERORDNUNG?**

* Ziel ist es sicherzustellen, dass die Regeln für die Verwaltung, Erhaltung und Kontrolle des [Kongressgebiets der Regionalen Fischereimanagementorganisation (RFO)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.sprfmo.int/) im [Südpazifik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.sprfmo.int/) vollständig in das Recht der Europäischen Union (EU) integriert sind.
* Die Verordnung wird als Ergänzung zum [europäischen Fischereikontrollsystem](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:pe0012) zur Überprüfung, Inspektion und Anwendung der Vorschriften für die [gemeinsame Fischereipolitik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:02020101_1) durch die nationalen Behörden umgesetzt .

**WICHTIGE PUNKTE**

**ORGPPS**

* ORGPPS ist eine zwischenstaatliche Organisation, die sich der langfristigen Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Fischereiressourcen des Südpazifiks widmet.
* Die EU ist Vertragspartei.

**Umfang**

* Diese Regelung gilt:
  + die EU-Fischereifahrzeuge, die im Bereich des SPRFMO-Übereinkommens tätig sind;
  + Fischereifahrzeuge EU Umladung [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4353955%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) Fischereierzeugnisse mit Ursprung aus dem RFMOF Tagungsbereich;
  + auf Fischereifahrzeugen aus Drittländern , wenn sie fragen einen Hafen der Union oder sie unterliegen der Kontrolle zu geben und sie tragen Fischereierzeugnisse mit Ursprung aus dem Bereich der ORGPPS Konvention.
* Es gilt unbeschadet folgender Regelungen :
  + Verordnung (EG) n o[1005/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32008R1005) (siehe [Zusammenfassung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:pe0005) );
  + Verordnung (EG) n o[1224/2009](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32009R1224) (siehe [Zusammenfassung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/ALL/%3Furi%3DLEGISSUM:pe0012) );
  + Verordnung (EU) [2017/2403](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32017R2403) (siehe [Zusammenfassung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4326429) ).

**Regeln**

* Die EU-Länder müssen sicherstellen, dass die wissenschaftliche Makrelenfischerei in Chile von wissenschaftlichen Beobachtern zu mindestens 10 % abgedeckt wird, und die Fischerei einstellen, wenn sie 100 % ihrer Fanggrenze erreicht haben.
* EU-Schiffe müssen die Vorschriften zum Schutz von **Seevögeln**einhalten , insbesondere in Bezug auf die Verwendung von Narbenschnüren.
* Um schutzbedürftige Meeresökosysteme [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4353955%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) zu schützen , ist es EU-Fischereifahrzeugen ohne vorherige Genehmigung des RFMOF und auf der Grundlage einer vom wissenschaftlichen Ausschuss des ORGPPS durchgeführten Bewertung der Grundfischerei untersagt , Grundfischerei [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4353955%26from%3DEN%23keyterm_E0003#keyterm_E0003) oder Erkundungsfischerei [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4353955%26from%3DEN%23keyterm_E0004#keyterm_E0004) zu betreiben.
* Mindestens 10 % der Langleinenfischer, die auf Grundarten fischen, sollten von Beobachtern erfasst werden, und Grundfischereiaktivitäten sollten innerhalb von 5 Seemeilen von Standorten in dem Gebiet verboten werden, in denen Begegnungen mit für Ökosysteme gefährdeten Seeleuten die Schwellenwerte überschreiten.
* Die Verwendung großer pelagischer Treibnetze (Kiemennetze oder Kombinationen von Netzen mit einer Länge von mehr als 2,5 Kilometern) und aller Tiefwasserkiemennetze [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:4353955%26from%3DEN%23keyterm_E0005#keyterm_E0005) ist im gesamten ORGPPS-Kongressgebiet verboten.
* Die Benachrichtigung über Umladungen von chilenischen Stöcker- und Grundfischarten und deren Überwachung, wenn ein Beobachter an Bord ist, ist erforderlich.
* EU-Länder, deren Schiffe beabsichtigen, mit **Kiemennetzen**durch das Übereinkommensgebiet zu fahren, müssen das RFMOH-Sekretariat mindestens 36 Stunden vor der Einreise der Schiffe in das Gebiet benachrichtigen und sicherstellen, dass Schiffe unter ihrer Flagge ein [Schiffsüberwachungssystem verwenden](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/control/technologies/vms_fr) Berichterstattung alle zwei Stunden im Bereich der RFO-Konvention.
* Die EU-Länder müssen der Kommission bis zum 15. November eines jeden Jahres eine Liste der Fischereifahrzeuge unter ihrer Flagge vorlegen, die für das folgende Jahr im Gebiet des RFO-Übereinkommens zum Fischen zugelassen sind , einschließlich der in Anhang V enthaltenen Informationen . Die Kommission übermittelt diese Liste an das Sekretariat des ORGPPS.
* EU-Länder, deren Schiffe im RFMOF-Gebiet fischen, müssen Beobachtungsprogramme einrichten, um Daten über gefangenen Fisch zu sammeln, die der Kommission vorgelegt werden müssen.

**SEIT WANN GILT DIESE VERORDNUNG ?**

Es gilt seit dem 19. Juli 2018.

**KONTEXT**

* [Die Regionale Fischereimanagementorganisation im Südpazifik](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/fisheries/fisheries-south-pacific-regional-fisheries-management-organisation-sprfmo-new-organisation_fr) ( *Europäische Kommission*)

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Umladung:**Übergabe eines Fangs von einem kleinen Fischereifahrzeug auf ein größeres Schiff, um es für den Transport in eine größere Charge aufzunehmen.

**Gefährdetes marines**Ökosystem **:**Jedes marine Ökosystem, dessen Integrität (d. H. Struktur oder Funktion als Ökosystem) gemäß den besten verfügbaren wissenschaftlichen Informationen und dem Vorsorgeprinzip durch Auswirkungen gefährdet ist. Erhebliche nachteilige Auswirkungen, die sich aus dem physischen Kontakt mit dem unteren Zahnrad während des normalen Verlaufs ergeben von Fischereieinsätzen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Riffe, Seeberge, Kaltwasserkorallen oder Kaltwasserschwammbetten.

**Fischereihintergrund :**Fischen mit einem Fischereifahrzeug mit einem Fahrzeug, das wahrscheinlich Kontakt mit dem Meeresboden hat, oder mit Benthos (Organismen, die in der Nähe des Meeresbodens leben) während des normalen Verlaufs der Fischerei.

**Angeln Sondierungs:**die Fischerei in einem Gebiet , das Gegenstand einer Fangtätigkeit nicht gewesen ist oder gewesen ist keine Fangtätigkeit einer Technik oder eine bestimmte Art von Maschine über die Verwendung von vergangenen zehn Jahren.

**Tiefwasserkiemennetze:**Netze mit einem einzigen **Netzblatt**oder seltener zwei oder drei übereinanderliegenden Blechen, die an denselben Seilen montiert sind. Mehrere Arten von Netzen können mit demselben Zahnrad kombiniert werden. Diese Netze können allein verwendet oder häufiger in großer Anzahl in einer Reihe positioniert werden („Flottille “ von Netzen). Die Maschine kann platziert, am Boden verankert oder treibend, frei oder mit dem Schiff verbunden werden.

**HAUPTDOKUMENT**

Verordnung (EU) [2018/975](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32018R0975) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung von Maßnahmen zur Bewirtschaftung, Erhaltung und Kontrolle, die in dem Gebiet gelten, das unter das Übereinkommen der Regionalen Fischereimanagementorganisation im Südpazifik (RFMOF) fällt (ABl. L 179, 16.7.2018, S. 30-75)

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Verordnung (EU) [2017/2403](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32017R2403) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 die nachhaltige Bewirtschaftung der externen Flotten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) o1006/2008 (ABl L 347 vom 2017.12.28, S.. 81-104)

Verordnung (EU) Nr o[1380/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1380) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 der Gemeinsamen Fischereipolitik, zur Änderung der Verordnungen (EG) o1954/2003 und (EG) o1224/2009 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) o2371/2002 und (EG) o639/2004 und Entscheidung 2004/585 / EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22-61)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EU) Nr o1380/2013 wurden in das Originaldokument aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1380-20190814) hat nur dokumentarischen Wert.

Verordnung (EG) n o[1224/2009](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32009R1224) vom 20. November 2009 über eine Gemeinschaftsregelung zur Überwachung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik der Einhaltung zu gewährleisten, zur Änderung der Verordnungen (EG) n o847/96, (CE) n o2371/2002 (CE) n o811/2004, (CE) n o768/2005, (CE) n o2115/2005, (CE) n o2166/2005, (CE) n o388/2006, (EG) n o509/2007, (EG) n o676/2007, (EG) o1098/2007 (EG) o1300/2008, (EG) o1342/2008 und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) n o2847/93, (EG) o1627/94 und (EG) o1966/2006 (ABl L 343 vom 22.12.2009, S.. 1-50)

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02009R1224-20190814) .

Verordnung (EG) n o[1005/2008](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32008R1005) vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei, zur Änderung der Verordnungen (EWG) o2847/93 (EG) o1936/2001 und (EG) o601/2004 und Aufhebung der Vorschriften (EG) o1093/94 und (EG) o1447/1999 (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1-32 )

Bitte beachten Sie die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02008R1005-20110309) .

letzte Aktualisierung 23.04.2020

**Gewährleistung der Nachhaltigkeit der europäischen Gesundheitssysteme**

Am 4. April 2014 legte die Europäische Kommission Empfehlungen des nationalen Gesundheitssysteme mit den Herausforderungen und Belastungen bewältigen , die so entstehen , dass sie eine hochwertige Gesundheitsversorgung liefern.

**HANDLUNG**

Mitteilung der Kommission zu effizienten, zugänglichen und anpassungsfähigen Gesundheitssystemen [ [KOM ( 2014) 215](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52014DC0215) endg. Vom 4. April 2014]

**SYNTHESE**

Am 4. April 2014 legte die Europäische Kommission Empfehlungen des nationalen Gesundheitssysteme mit den Herausforderungen und Belastungen bewältigen , die so entstehen , dass sie eine hochwertige Gesundheitsversorgung liefern.

**WAS IST DAS OBJEKT DER KOMMUNIKATION?**

Die Mitteilung identifiziert Faktoren, die die allgemeine Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme stärken. Sie müssen mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der steigenden Nachfrage nach Ressourcen fertig werden. Die Empfehlungen richten sich an die Länder der Europäischen Union (EU), die in erster Linie für die Gesundheitsversorgung zuständig sind.

**HAUPTELEMENTE**

Die Mitteilung enthält die folgenden Empfehlungen :

* **Stärkung der Wirksamkeit von Dienstleistungen**durch die Ergebnisse der Bewertung ihrer Wirksamkeit, durch Entwicklung eines integrierten Ansatzes, damit die Behandlung nicht nur im Krankenhaus erfolgt, und durch Gewährleistung der Patientensicherheit und der Qualität der Versorgung;
* **Verbesserung der Zugänglichkeit**der Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung. Eine bessere Planung des Personaleinsatzes und ein effizienterer Drogenkonsum können helfen. Gleiches gilt für die EU-Gesetzgebung zur Patientenmobilität, die es ihnen ermöglicht, in einem anderen Land als ihrem eigenen behandelt zu werden.
* **Verbesserung der Anpassungsfähigkeit**der Gesundheitssysteme an ein sich ständig änderndes Umfeld durch Ermittlung innovativer Lösungen sowie durch Ausweitung und Verbesserung der Nutzung von Informationen sowie anderer neuer Technologien.

**KONTEXT**

Die Empfehlungen sind das Ergebnis umfangreicher Untersuchungen zum Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Effizienz der Gesundheitssysteme und zur Krankenhausreform. Diese Forschung bestätigte:

* **dass Gesundheitsmaßnahmen komplex sind**und nur langfristig effektiv bewertet werden können;
* **dass eine frühzeitige Diagnose**von Darmkrebs, Gebärmutterhalskrebs und Brustkrebs durch öffentliche [Screening-](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:c11505d) Programme **die Ergebnisse der Gesundheitsversorgung verbessern kann**;
* **dass die Organisation und Verwaltung der Gesundheitsversorgung**erhebliche Auswirkungen auf die Erleichterung des **Zugangs von Patienten**zu solchen Diensten haben kann.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der [Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/health/systems_performance_assessment/health_systems_organisation/index_fr.htm) der Europäischen Kommission.

letzte Aktualisierung 03.11.2014

**Fokus auf europäische Forschung und Innovation**

Diese Mitteilung der Europäischen Kommission über Forschung und Innovation (F & I) als Quellen für erneutes Wachstum befasst sich mit Lösungen zur Verbesserung der Auswirkungen von Forschung und Innovation, die eine zentrale Rolle für das künftige Wirtschaftswachstum Europas spielen werden. In der Mitteilung werden Lösungen zur Verbesserung der Qualität der Investitionen der EU-Länder in diesem Bereich vorgeschlagen. Sie unterstreicht ferner, dass das Potenzial für europäisches Wachstum in der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen liegt und dass Europa gut positioniert ist, um dieses Potenzial auszuschöpfen.

**HANDLUNG**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - "Forschung und Innovation als Quellen für erneutes Wachstum" [ [KOM (2014) 339 endg. Vom](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52014DC0339) 10. Juni 2014 - nicht veröffentlicht in das Amtsblatt].

**SYNTHESE**

In Bezug auf die [Strategie Europa 2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:em0028) und die jüngsten [jährlichen Wachstumserhebungen](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/annual-growth-surveys/index_fr.htm) wird in der Mitteilung empfohlen, dass die Regierungen wachstumsfördernden Ausgaben, einschließlich FuI, Vorrang einräumen, obwohl sie auch bestrebt sind, ihr Defizit und ihre Verschuldung auf nationaler Ebene zu verringern (Haushaltskonsolidierung).

Diese Investitionen müssen von **FuE-Reformsystemen begleitet werden**, um die Qualität, Effizienz und Wirkung der **FuI-**Ausgaben zu verbessern. In der Mitteilung wird die Notwendigkeit betont, den Multiplikatoreffekt der öffentlichen FuE-Ausgaben für Unternehmensinvestitionen voll auszuschöpfen, und es wird empfohlen, die Reformen in diesem Bereich an die Merkmale jedes Landes anzupassen.

Die EU-Länder müssen sich auf drei Hauptreformen konzentrieren :

* 1.

**Verbesserung der Qualität der Strategieentwicklung und des politischen Entscheidungsprozesses**: zum Beispiel durch Schaffung einer allgemeinen FuI-Strategie mit Führung auf einem ausreichend hohen politischen Niveau, während sie auf eine kleine Anzahl von Schlüsselstärken und -chancen gelenkt wird (durchdachte Spezialisierung);

* 2.

**Verbesserung der Qualität von Programmen, Zielressourcen und Finanzierungsmechanismen**: Fokussierung von FuI-Programmen auf größere gesellschaftliche Herausforderungen und Anliegen der Bürger, Zuweisung von Finanzmitteln auf Wettbewerbsbasis sowie Anpassung und Bereitstellung von FuE-Programmen für Unternehmen;

* 3.

**Verbesserung der Qualität öffentlicher FuE-Einrichtungen**: Ermutigen Sie beispielsweise Einrichtungen, die öffentliche FuE-Mittel erhalten, einen unternehmerischen Ansatz zu verfolgen und nach neuen Möglichkeiten und Partnerschaften zu suchen, auch außerhalb Europas, und ziehen Sie gleichzeitig die bestqualifizierten Forscher für die Zusammenarbeit mit ihnen an.

Um die EU-Länder bei der Umsetzung erfolgreicher FuE-Reformen zu unterstützen, wird die Kommission auf den Erfahrungen [der](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:em0041) Leitinitiative [der Innovations-](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:em0041) und [Innovationsunion (](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:em0041)[Europäischer Forschungsraum)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/research/era/index_fr.htm) aufbauen und gleichzeitig die im Rahmen von [Horizont 2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Duriserv:2701_4) verfügbare Infrastruktur nutzen .

Die Mitteilung kommt zu dem Schluss, dass erfolgreiche Innovationen sowohl von der Qualität der öffentlichen Politik als auch von einem entschlossen innovativen Umfeld abhängen. Es bietet erfolgreiche Beispiele für FuI auf EU-Ebene, wie den Start der Innovationsunion, und weist darauf hin, dass weitere Anstrengungen in Bereichen wie der Vertiefung des Binnenmarkts, der Stärkung der Innovationskapazitäten des öffentlichen Sektors und der Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln erforderlich sind. Entwicklung persönlicher Fähigkeiten und Anregung der Forschung an den Grenzen des Wissens (in neuen und aufstrebenden Bereichen als interdisziplinär, als Reaktion auf unkonventionelle Ansätze).

letzte Aktualisierung 23.09.2014

**Förderung des Unternehmergeistes europäischer KMU - COSME-Programm**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Verordnung (EU) Nr. O1287/2013 - Aufstellung eines Programms zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) (2014-2020)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1287)

**WAS IST DER ZWECK DER VERORDNUNG?**

Es wird ein Programm der Europäischen Union (EU) eingerichtet, das darauf abzielt, die Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu stärken, indem die Bedingungen für ihre Entwicklung verbessert werden.

**WICHTIGE PUNKTE**

* KMU **leisten**den **Hauptbeitrag zum Wirtschaftswachstum und zur Beschäftigung**in der EU. Im Rahmen des Programms zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen ( [COSME](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/growth/smes/cosme_fr) ) ist es für KMU jetzt einfacher, durch Zugang zu Finanzmitteln und Märkten, Vereinfachung der Vorschriften und Förderung des Unternehmertums wettbewerbsfähig zu bleiben.
* COSME wird einen **direkten Kommunikationskanal**zwischen europäischen KMU und der [Europäischen Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) bieten .

**Günstigere Bedingungen für Unternehmen**

* Das COSME-Programm wird Maßnahmen unterstützen, **die den Zugang von**KMU **zu Finanzmitteln**von der Startphase bis zur Wachstumsphase **verbessern**. Zu den Finanzinstrumenten zählen die Kapitalrisikojahre der Fazilitäten und die Darlehensgarantien. In einigen Fällen können diese in Verbindung mit nationalen Finanzinstrumenten für die Regionalpolitik und dem Programm [Horizont 2020](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html) für Forschung und Innovation verwendet werden.
* Das Programm wird auch einen **besseren Zugang zu Märkten innerhalb und außerhalb der EU ermöglichen**. Es wird Informationen in folgenden Bereichen bereitstellen:
  + die Möglichkeiten der Verkaufsstellen,
  + die Markteintrittsbarrieren außerhalb der EU,
  + die Beratung zu rechtlichen Verfahren und Bräuchen.
* Unterstützungsdienste zu **Rechten des geistigen Eigentums**, einschließlich Unterstützung für grenzüberschreitende Business-to-Business-Zusammenarbeit, Technologietransfer, Forschung und Entwicklung sowie Innovationspartnerschaften, werden ebenfalls angeboten.

**Förderung des Wettbewerbs**

* Um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Unternehmen zu halten, um das Programm Ziele **der Konzeption und Umsetzung zu verbessern**von bestehenden Politiken , die Sorge KMU. Es wird auch die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit**fördern und die **Entwicklung von Produkten, Dienstleistungen und Technologien unterstützen**.
* KMU werden auch ermutigt, **umweltverträglich zu handeln**und **soziale Verantwortung**zu demonstrieren .

**Unternehmenskultur**

* Das Programm wird sich auch auf die Förderung des Unternehmertums konzentrieren. Ziel ist es, eine Unternehmenskultur innerhalb der EU zu schaffen, **indem die Hindernisse beseitigt werden**, die das Wachstum kleiner Unternehmen behindern, insbesondere indem die regulatorische Belastung, die KMU bereits belastet, verringert wird.
* Das Programm wird **jungen Unternehmerinnen**sowie anderen spezifischen Zielgruppen wie **älteren Menschen und Unternehmern, die sozial benachteiligten Gruppen angehören,**besondere Aufmerksamkeit **widmen**.

**Finanzierung**

Das Programm verfügt über ein Budget von 2,3 Milliarden Euro über einen Zeitraum von sieben Jahren für den Zeitraum 2014-2020. Es wird von [der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen verwaltet](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/easme/) .

**SEIT WANN GELTEN DIE VORSCHRIFTEN ?**

Es gilt seit dem 23. Dezember 2013.

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [COSME-Programm](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/growth/smes/cosme_fr) ( *Europäische Kommission*).

**HAUPTDOKUMENT**

Verordnung (EU) Nr o[1287/2013](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32013R1287) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU Gründung (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung der Entscheidung o1639/2006 / EG (ABl L 347, 20.12.2013, S. 33–49)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02013R1287-20131220)

letzte Aktualisierung 01.03.2018

**Besteuerung von Zins- und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Richtlinie 2003/49 / EG - Gemeinsames Steuersystem für Zins- und Lizenzgebührenzahlungen zwischen verbundenen Unternehmen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32003L0049)

**WAS IST DER ZWECK DIESER RICHTLINIE?**

Ziel ist es, eine gerechte Besteuerung von Zahlungen zwischen verbundenen Unternehmen [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l31039%26from%3DEN%23keyterm_E0003#keyterm_E0003) aus verschiedenen Ländern der Europäischen Union (EU) sicherzustellen und gleichzeitig eine Doppelbesteuerung zwischen Ländern der Union zu vermeiden. Es gilt für:

* Zinszahlungen [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l31039%26from%3DEN%23keyterm_E0001#keyterm_E0001) ;
* Lizenzgebühren [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l31039%26from%3DEN%23keyterm_E0002#keyterm_E0002) .

**WICHTIGE PUNKTE**

Diese Richtlinie zielt darauf ab, die im Herkunftsland der Union erhobenen Steuern abzuschaffen, während das Land der Empfangsunion die gleiche Zahlung vorschreibt.

Hauptziel ist es daher sicherzustellen, dass Zahlungen nicht in mehr als einem Land besteuert werden (Doppelbesteuerung).

In einem Land der Union fällige Zins- und Lizenzgebühren sind von allen Steuern in diesem Land befreit, wenn der Begünstigte [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l31039%26from%3DEN%23keyterm_E0004#keyterm_E0004) der Zinsen oder Lizenzgebühren:

* ein Unternehmen aus einem anderen EU-Land [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l31039%26from%3DEN%23keyterm_E0005#keyterm_E0005) ;
* oder eine Betriebsstätte [\*](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/%3Furi%3DLEGISSUM:l31039%26from%3DEN%23keyterm_E0006#keyterm_E0006) in einem anderen Land der Union.

Der **Anhang**zur Richtlinie enthält eine **Liste der Arten von Unternehmen, für**die die Richtlinie gilt. Die Richtlinie wurde geändert, um die Arten von Unternehmen in den Ländern zu berücksichtigen, die 2004, 2007 und 2013 der Europäischen Union beigetreten sind .

Wenn ein verbundenes Unternehmen oder eine Betriebsstätte in einem Land der Union, das nicht das eigene ist, eine übermäßige Steuer auf Zinsen oder Lizenzgebühren zahlt, muss es eine **Rückerstattung**beantragen . Das Land erstattet die einbehaltene Steuerüberschreitung innerhalb eines Jahres nach Eingang des Antrags und der unterstützenden Informationen, die es vernünftigerweise vom Unternehmen oder der Betriebsstätte anfordern kann. Wurde die einbehaltene Steuer innerhalb dieser Frist nicht erstattet, hat die Gesellschaft oder Betriebsstätte nach Ablauf der betreffenden Frist Anspruch auf Zinsen auf die erstattete Steuer. Diese Zinsen werden zu einem Satz berechnet, der dem nationalen Zinssatz entspricht, der in vergleichbaren Fällen nach dem nationalen Recht des betreffenden Staates gilt.

Diese Richtlinie schließt die Anwendung nationaler oder vertraglicher Bestimmungen zur **Verhinderung von Betrug und Missbrauch nicht aus**. Die Länder der Union können die Vorteile dieser Richtlinie ableiten oder ihre Anwendung bei Transaktionen ablehnen, deren Hauptziel oder eines der Hauptziele Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung oder -missbrauch ist.

Einige Länder profitierten von einer **Übergangsphase**, die zu einer Verzögerung bei der Anwendung der Richtlinie führte.

Das [Internationale Büro für Steuerdokumentation](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://www.ibfd.org/) führte 2006 eine [Umfrage](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/resources/documents/common/publications/studies/survey_ir_dir.pdf) zur Umsetzung der Richtlinie für die [Europäische Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) durch, und die Kommission veröffentlichte 2009 einen eigenen [Bericht](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52009DC0179) über ihre Umsetzung . 2011 nahm die Kommission einen [Vorschlag](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52011PC0714) für eine [Neufassung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/legislation_recasting.html) der Richtlinie in um seinen Anwendungsbereich zu erweitern und Situationen zu vermeiden, in denen eine Steuervergünstigung gewährt wird, das entsprechende Einkommen jedoch tatsächlich nicht steuerpflichtig ist (doppeltes Fehlen von Steuern).

**SEIT WANN GILT DIESE RICHTLINIE ?**

Es gilt seit dem 26. Juni 2003 und muss am 1. Januar 2004 in den Ländern der Union in Kraft getreten sein .

**KONTEXT**

Weitere Informationen finden Sie unter:

* [Steuersystem für grenzüberschreitende Zins- und Lizenzgebührenzahlungen in der Europäischen Union](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/company-tax/taxation-crossborder-interest-royalty-payments-eu-union_fr) ( *Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Zinszahlungen :**Einkünfte aus Schulden jeglicher Art, unabhängig davon, ob sie von Hypothekengarantien oder einer Gewinnbeteiligungsklausel des Schuldners begleitet sind oder nicht, und insbesondere Einkünfte aus Anleihen oder Darlehen (langfristige Verpflichtungen, die einen festen Zinssatz beinhalten, ausgegeben von ein Unternehmen und durch Vermögenswerte garantiert), einschließlich Prämien und Lose, die mit diesen Anleihen oder Darlehen verbunden sind. Verzugsstrafen gelten nicht als Zinsen.

**Zahlungsgebühren :**Zahlungen jeglicher Art, die als Entschädigung für die Nutzung oder das Recht zur Nutzung eines Urheberrechts an einem literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werk erhalten werden, einschließlich:

* die Kinofilme und Computersoftware,
* Lizenzen,
* Marken,
* Designs oder Modelle,
* die Pläne,
* die geheimen Formeln oder Prozesse sowie Informationen in Bezug auf Erfahrungen, die in der industriellen, kommerziellen oder wissenschaftlichen Erfahrung gesammelt wurden.

Zahlungen, die für die Nutzung oder das Zugeständnis der Nutzung eines Rechts an industriellen, gewerblichen oder wissenschaftlichen Geräten eingehen, gelten als Lizenzgebühren.

**Beteiligte Unternehmen :**Beide Unternehmen gelten als assoziierte Unternehmen:

* wenn einer eine direkte Beteiligung von mindestens 25 % des Kapitals des anderen hält, oder
* wenn ein drittes Unternehmen eine direkte Beteiligung von mindestens 25 % des Kapitals der beiden Unternehmen hat.

**Begünstigter:**Das Unternehmen, das diese Zahlungen auf eigene Rechnung und nicht als Vertreter, beispielsweise als Vertreter, Treuhänder oder Zeichnungsberechtigter einer anderen Person, einzieht.

Eine Betriebsstätte gilt nur dann als Begünstigter, wenn sich die Zahlung tatsächlich auf diese Betriebsstätte bezieht.

**Unternehmen aus einem anderen EU-Land :**Dieses Unternehmen muss die folgenden drei Kriterien erfüllen:

* Es wurde gemäß den Rechtsvorschriften eines Landes der Union gegründet (d. h. es hat seinen Sitz, seine Zentralverwaltung oder seine Hauptniederlassung innerhalb der Union und seine Aktivitäten stehen in einem wirksamen und dauerhaften Zusammenhang mit der Wirtschaft dieses Landes).
* es hat seinen steuerlichen Wohnsitz in diesem Land der Union,
* es unterliegt der Körperschaftsteuer.

**Betriebsstätte :**jeder feste Geschäftssitz in einem EU-Land, in dem die Tätigkeit eines Unternehmens aus einem anderen EU-Land ganz oder teilweise ausgeübt wird.

**HAUPTDOKUMENT**

[Richtlinie 2003/49 / EG](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32003L0049) des [Rates](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32003L0049) vom 3. Juni 2003 über ein gemeinsames Steuersystem für Zins- und Lizenzgebührenzahlungen zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (ABl. L 157 vom 26.6.2003, S. 49-54)

Die sukzessiven Änderungen und Korrekturen der Richtlinie 2003/49 / EG wurden in den Originaltext aufgenommen. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02003L0049-20130701) hat nur dokumentarischen Wert.

**ZUGEHÖRIGES DOKUMENT**

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über ein gemeinsames Steuersystem für Zins- und Lizenzgebührenzahlungen zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten ( [KOM ( 2011) 714](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:52011PC0714) endg. Vom 11.11.2011)

letzte Aktualisierung 04.07.2018

**Flugverkehrsmanagement : Organisation und Nutzung des Luftraums im einheitlichen europäischen Himmel**

**ZUSAMMENFASSUNG DES DOKUMENTS :**

[Verordnung (EG) n o551/2004 - Organisation und Nutzung des Luftraums im einheitlichen europäischen Luftraum ( „Verordnung über Luftraum“)](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32004R0551)

**WAS IST DAS GEGENSTAND DIESER VERORDNUNG?**

* Im Rahmen Verwaltung des Gesetzespakets für den Luftverkehr auf die Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums im Rahmen der Verordnung gerichtet (EG) n o[549/2004](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32004R0549) (siehe [Zusammenfassung](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:l24020) ), die Nutzung des Luftraums Europäischen Union mit positiven Auswirkungen optimieren die Regulierungsziele für Verzögerungen und das Wachstum des Luftverkehrs.
* Diese Verordnung wurde durch die Verordnung (EG) n o[1070/2009](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32009R1070) aus der Perspektive der Fähigkeiten Ausbauplanes der [Europäischen Agentur für Flugsicherheit](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3DLEGISSUM:4359400) in der Sicherheit des Luftverkehrsmanagements. Diese Änderung ermöglicht es der [Europäischen Kommission](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) , die Maßnahmen nach technischen oder betrieblichen Entwicklungen zu aktualisieren und die grundlegenden Kriterien und Verfahren für die Ausübung bestimmter Netzverwaltungsfunktionen festzulegen.

**WICHTIGE PUNKTE**

**Schaffung des einheitlichen europäischen Himmels**

Das Ziel ist:

* Bereitstellung von Instrumenten zur Bewältigung von Schwankungen der Flugverkehrskapazität;
* Verbesserung der Sicherheit: Sicherstellen, dass in allen Ländern der Europäischen Union (EU) in Flugsicherungssystemen und -verfahren die gleichen Sicherheitsniveaus eingehalten werden;
* Verringerung der Fragmentierung der Flugverkehrsdienste: Unterschiede in den nationalen Ansätzen für das Flugverkehrsmanagement und dessen Organisation führen zu Inkonsistenzen und Mängeln, die sich negativ auf den Binnenverkehrsmarkt auswirken.
* Verbesserung der Integration militärischer Systeme in die Organisation der Flugsicherung;
* Erleichterung der Einführung neuer Technologien.

**Netzwerkdesign und -verwaltung**

Um Initiativen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf der Ebene der funktionalen Luftraumblöcke zu unterstützen, werden die Funktionen des Flugverkehrsnetzmanagements es ermöglichen, den Luftraum optimal zu nutzen und sicherzustellen, dass seine Nutzer die von ihnen bevorzugte Route einschlagen können, während sie dies gewähren Maximaler Zugang zu Luftraum- und Flugsicherungsdiensten.

**Flexibles Luftraummanagement**

Die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Behörden wird verstärkt, insbesondere im Hinblick auf die effiziente Zuteilung und Nutzung des Luftraums für militärische Zwecke, einschließlich der Kriterien und Grundsätze, die diese Zuteilung und Nutzung regeln sollten, und insbesondere ihre Offenheit für Flüge. Zivilisten.

**SEIT WANN GILT DIESE VERORDNUNG ?**

Es gilt seit dem 20. April 2004.

**KONTEXT**

Siehe auch:

* [Einheitlicher europäischer Himmel](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://ec.europa.eu/transport/modes/air/ses_en) ( *Europäische Kommission*).

**HAUPTDOKUMENT**

Verordnung (EG) n o[551/2004](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:32004R0551) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Ordnung und Nutzung des Luftraums im einheitlichen europäischen Luftraum (Luftraum - Verordnung) (ABl L 96 vom 31.3.2004, S.. 20- 25)

Aufeinander folgende Änderungen der Verordnung (EG) n o551/2004 wurden in den Ursprungstext eingearbeitet. Diese [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02004R0551-20091204) hat nur dokumentarischen Wert.

**ZUGEHÖRIGE DOKUMENTE**

Verordnung (EU) [2018/1139](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32018R1139) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über gemeinsame Vorschriften im Bereich der Zivilluftfahrt und eine Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit zur Gründung und zur Änderung der Verordnungen (EG) n o2111/2005 (EG) n o1008/2008, (EU) n o996/2010 (EU) n o376/2014 und Richtlinien 2014/30 / EU und 2014/53 / EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung ( EG) n o552/2004 und (EG) n o216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie die Verordnung (EWG) n o3922/91 (ABl L 212 vom 22.8. 2018, S.. 1-122)

Verordnung (EG) n o[549/2004](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/%3Furi%3Dcelex:32004R0549) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über den Rahmen für die Schaffung des einheitlichen europäischen Luftraums ( „Rahmenverordnung“) (ABl L zur Festlegung 96 vom 31.3.2004, S.. 1 -9)

Siehe die [konsolidierte Version](https://translate.google.com/translate?hl=en&prev=_t&sl=auto&tl=de&u=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/AUTO/%3Furi%3Dcelex:02004R0549-20091204) .

letzte Aktualisierung 08.05.2020